

kriens

Entwurf Protokoll

Kriens, 4. November 2021

Sitzungsdatum

Donnerstag, 4. November 2021

Zeit Ort

08:00 Uhr bis 12:00 Uhr /
13:30 Uhr bis 18:00 Uhr,
Pilatussaal, Stadtplatz 1, Kriens

Verfasst durch

Kimena Gisler
Sachbearbeiterin

T 041 329 63 03
kimena.gisler@kriens.ch



Einwohnerratssitzung 2021/2022 Protokoll Nr. 3

Anwesend

Präsidentin

Anita Burkhardt-Künzler

Einwohnerrat

29 Mitglieder

Stadtrat

5 Mitglieder

Stadtschreiberin

Karin Schuhmacher Bürgi

Protokoll

Kimena Gisler

Entschuldigt

Manuel Hunziker

Traktanden

- | | | | |
|-----|--|------------|-----------|
| 1. | <u>Mitteilungen</u> | | Seite 68 |
| 2. | <u>Fragestunde</u>
(max. 30 Min.) | | Seite 70 |
| 3. | <u>Vereidigung</u> Cedric Seger | | Seite 70 |
| 4. | <u>Ersatzwahl in die Kommission für den Rest der Amtsperiode 2020 - 2024</u>
- Kommission für Bildung, Soziales und Gesundheit; Cedric Seger (SP) | | Seite 70 |
| 5. | <u>Bericht und Antrag:</u> Einzonung Grütwäldli zu Gunsten neuem Ökihof mit Forsthof | Nr. 056/21 | Seite 75 |
| 6. | <u>Bericht und Antrag:</u> Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2022 – 2026 mit Budget 2022 | Nr. 064/21 | Seite 75 |
| 7. | <u>Beantwortung Interpellation Zosso:</u> Schliessung Hort- und Mittagstisch im Heinrich Walther Haus und Schulhausschliessung Bleiche | Nr. 031/21 | Seite 92 |
| 8. | <u>Beantwortung Interpellation Zosso:</u> Der Verwaltungsrat der Heime Kriens AG gibt sich eine Lohnerhöhung – ist dies berechtigt? | Nr. 038/21 | Seite 94 |
| 9. | <u>Motion Tanner:</u> Anpassung der Ausgabenkompetenz des Einwohnerrats
<i>Begründung</i> | Nr. 046/21 | Seite 96 |
| 10. | <u>Postulat Ercolani:</u> Solarpanels auf Krienser Dächern
<i>Begründung</i> | Nr. 047/21 | Seite 99 |
| 11. | <u>Postulat Niederberger:</u> Spielplätze für Kriens
<i>Begründung</i> | Nr. 055/21 | Seite 99 |
| 12. | <u>Postulat Nyfeler:</u> Anwendung der «Leichten Sprache» bei Publikationen der Stadt Kriens
<i>Begründung</i> | Nr. 061/21 | Seite 100 |
| 13. | <u>Postulat Koch:</u> Kundenfreundliche Leerungszeiten für Briefeinfürfe! Postalische Grundversorgung quo vadis?
<i>Begründung</i> | Nr. 062/21 | Seite 103 |
| 14. | <u>Bericht Motion Wendelspiess:</u> Projektierungskredit Sichere Wege zu Schulen und Sportstätten | Nr. 280/20 | Seite 103 |
| 15. | <u>Bericht Postulat Koch:</u> Schlittelpiste Krienseregg-Kriens – Umsetzung der verbindlichen Zonenbestimmungen | Nr. 016/20 | Seite 103 |

16.	<u>Bericht Postulat Niederberger:</u> Separate Busspur Bauphase Bypass	Nr. 021/21	Seite 106
17.	<u>Bericht Postulat Burkhardt:</u> Sternenkind-Grab in Kriens	Nr. 024/21	Seite 108
18.	<u>Bericht Postulat Camenisch:</u> Ausbau Ränggloch	Nr. 036/21	Seite 109
19.	<u>Beantwortung Interpellation Camenisch:</u> Betreffend einer Diskrepanz zwischen der Entwicklung der Ausgaben «wirtschaftliche Sozialhilfe für Flüchtliche und vorläufig Aufgenommene (WSH)» im AFP 2021 – 2025 der Stadt Kriens und den kantonalen Voraussagen in der Beantwortung von A 376 (Rüttimann Daniel) im KR.	Nr. 044/21	Seite 112
20.	<u>Postulat Tanner:</u> Pilotversuch: Betriebsauslagerung Parkbad Kriens und Krauer an die Hallenbad AG <i>Begründung</i>	Nr. 063/21	Seite 114
21.	<u>Postulat Tanner:</u> Drive-in-Briefkasten für die Schweizer Post und die Stadt Kriens an der Gemeindehausstrasse <i>Begründung</i>	Nr. 069/21	Seite 116

Neueingangsliste

- Nr. 056/21 Bericht und Antrag: Einzonung Grütwäldli zu Gunsten neuem Ökihof mit Forsthof
Eingang: 22. September 2021
- Nr. 064/21 Bericht und Antrag: Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2022 – 2026 mit Budget 2022
Eingang: 15. September 2021
- Nr. 071/21 Postulat KBVU: Plastikabfall vermeiden
Eingang: 30. September 2021
- Nr. 072/21 Interpellation Gomer: Wie viele Strassen und Plätze mit Frauennamen gibt es in Kriens?
Eingang: 1. Oktober 2021
- Nr. 077/21 Postulat Albrecht: Hilfflosenentschädigung Heime Kriens
Eingang: 2. November 2021
-

Anita Burkhardt-Künzler begrüsst alle Anwesenden zur heutigen Einwohnerratssitzung. Für die Luzerner Zeitung schreibt Stefan Dähler.

Der Sprechende kommt nun zu den Geburtstagen. Enrico Ercolani hatte am 23. Oktober 2021 Geburtstag, Kathrin Gut am 25. Oktober 2021, Hans Fluder am 27. Oktober 2021 und Christine Kaufmann-Wolf am 1. November 2021.

Entschuldigt hat sich Manuel Hunziker, Erwin Schwarz und Michèle Akermann.

Die Pausen sind von 10:00 Uhr bis 10:20 und von 15:30 bis 15:50 Uhr. Sitzungsschluss ist um 18:00 Uhr.

1. Mitteilungen

Zur Traktandenliste sind gemäss Anita Burkhardt-Künzler folgende Änderungsanträge eingegangen.

Traktandum 3 «Vereidigung Cedric Seger» wird unmittelbar nach den Mitteilungen gemacht und anschliessend an die Vereidigung wird sogleich Traktandum 4 «Ersatzwahl in die Kommission» behandelt.

Da nicht opponiert wird, gelten die Änderungsanträge als überwiesen.

Traktandum 5, Bericht und Antrag: Einzonung Grütwäldli zu Gunsten neuem Ökihof mit Forsthof (Nr. 056/21)

Der Stadtrat beantragt den Bericht und Antrag «Einzonung Grütwäldli zu Gunsten neuem Ökihof mit Forsthof» (Nr. 056/21) zu abtraktandieren.

Maurus Frey muss ein wenig zerknirscht beantragen ein Traktandum zurückzuziehen. Es gibt verfahrensrechtliche Fragen in Bezug auf die Initiative. Dieses Geschäft ist aus einer Initiative entstanden, welche am 7. Mai 2021 vom Einwohnerrat angenommen wurde. Damit diese verfahrensrechtlichen

Fragen geklärt werden können, beantragt der Stadtrat, dass dieses Geschäft heute nicht behandelt wird.

Patrick Koch merkt an, dass man kürzlich festgehalten habe, dass dem Einwohnerrat früher kommuniziert werden solle, falls etwas zurückgezogen würde. Er bittet darum, dass der Einwohnerrat zukünftig sofort informiert wird, sobald dies bekannt ist.

Maurus Frey erläutert, dass der Rat es richtig festgestellt hat, dass es sehr schwammig ausgedrückt wurde. Der Stadtrat hat gestern Nachmittag, mit Rücksprache des Amtes für Gemeinden, festgestellt, dass die Fragestellung Fragen aufwirft. Der Antrag liegt vor für eine Nichteinzonung. Wenn der Einwohnerrat diesem Antrag folgen würde, würde es zu einer Volksabstimmung kommen. Der Stadtrat möchte dies verhindern.

Traktandum 13, Postulat Koch: Kundenfreundliche Leerungszeiten für Briefeinwürfe! Postalische Grundversorgung quo vadis? (Nr. 062/21)

Patrick Koch zog sein Postulat am 29. September 2021 zurück. Er möchte damit einen Beitrag zu einer effizienten Einwohnerratssitzung am 4. November 2021 leisten. Ausserdem habe die Post sein Hauptanliegen in der Zwischenzeit umgesetzt und die Leerungszeiten beim Drive-in-Briefkasten bei der Einfahrt zum Hofmattparking angepasst. Patrick Koch teilt mit, dass es heute neu wieder eine Sonntagsleerung um 15.00 Uhr gebe.

Traktandum 14, Bericht Motion Wendelspiess: Projektierungskredit sichere Wege zu Schulen und Sportstätten (Nr. 280/20)

Hier wurde vom zuständigen Stadtrat Maurus Frey bei der Geschäftsleitung, eine Verlängerung beantragt gemäss Geschäftsordnung Einwohnerrat Art. 59 Abs. 2, die Frist für die Motion Wendelspiess Nr. 280/20 um 6 Monate zu verlängern. Dies wurde von der Geschäftsleitung genehmigt und deshalb wird das Traktandum 14 heute nicht behandelt. Maurus Frey bittet den Einwohnerrat diese Verzögerung in der Berichts- und Antragserstattung zu entschuldigen.

Martin Zellweger fragt an, ob es eine Begründung dazu gibt.

Maurus Frey sagt, dass die Frage auftauchte, ob die ursprüngliche gewählte Form der Motion dem Anliegen entspricht. Der Stadtrat hat einen Planungsbericht vorbereitet und nun hat er sich entschieden, einen entsprechenden Projektierungskredit vorzubereiten. Auch hier ist wieder eine verfahrensrechtliche Frage dahinter.

Die Neueingänge liegen wie gewohnt schriftlich auf.

Mitteilung der Einwohnerratspräsidentin

Gemäss Anita Burkhardt-Künzler erhält neu jedes Einwohnerratsmitglied einen Badge. Dieser Badge ist personalisiert und erlaubt freien Zugang zum Stadthaus-Eingangsbereich (Haupteingang sowie Stadtplatz 1 + 3), zum Pilatussaal und zum Sitzungszimmerbereich im ersten Stock. Der Badge kann

beim Empfang mit einem frei wählbaren Geldbetrag aufgeladen werden, um damit im Sitzungszimmerbereich die Kaffemaschine zu bedienen. Die Türen zum Pilatussaal bleiben aus Sicherheitsgründen während den Einwohnerratssitzungen geschlossen. Sie können von aussen nur mit dem Badge geöffnet werden. Die Zuschauertribüne bleibt für Besucherinnen und Besucher frei zugänglich. Mit der neuen Badge-Regelung wird mit wenig Aufwand die grösstmögliche Sicherheit für alle Sitzungsteilnehmenden gewährt. Die Einwohnerratsmitglieder erhalten zudem einen Mehrwert bei der Nutzung des Stadthauses.

2. Vereidigung Cedric Seger

Anita Burkhardt-Künzler bittet Cedric Seger zu sich nach vorne. Auch bittet sie die Anwesenden sich zu erheben. Cedric Seger legt das Gelübde ab. Er wird mit Applaus im Einwohnerrat willkommen geheissen.

3. Ersatzwahl in die Kommission für den Rest der Amtsperiode 2020 - 2024

- Kommission für Bildung, Soziales und Gesundheit; Cedric Seger (SP)

Gemäss Anita Burkhardt-Künzler liegen die Wahlzettel auf den Pulten. Sie bittet die Stimmenzähler, Simon Solari und Jörg Ziemssen, zusammen mit der Stadtschreiberin nach vorne für die Auszählung.

ausgeteilte Wahlzettel:	27
eingegangene Wahlzettel:	27
leere Wahlzettel:	0
ungültige Wahlzettel:	0
gültige Wahlzettel:	27
absolutes Mehr:	14

<u>gewählt in die Kommission ist:</u>	
Cedric Seger, SP	27

4. Fragestunde

Raoul Niederberger fragt, wie der aktuelle Stand beim alten Gemeindehaus ist?

Roger Erni sagt, dass man in der dritten Verhandlungsrunde mit dem allfälligen Käufer ist. Der Stadtrat hofft, dass Ende Jahr bzw. Anfang des nächsten Jahres, der Verkauf abgeschlossen werden kann.

Hans Fluder hat in diversen Zeitungsartikel gelesen, dass in der Rösslimatt einen Carparkplatz gebaut wird. Wie ist der Stadtrat informiert und wie wird dies abgehandelt?

Maurus Frey bestätigt, dass auf der Rösslimatt ein Carparkplatz entstehen soll. Dieser Standort wurde ausgewählt nachdem der Einwohnerrat für einen Carparkplatz auf dem Hinterschlund opponiert hat. Es

haben Vorabklärungen stattgefunden und die Stadt Kriens hat ihre Rahmenbedingungen bekannt gegeben. Kriens will für die Mehremmissionen entsprechende Kompensationen erreichen. Diese werden nun in einem Baugenehmigungsverfahren abgehandelt.

Enrico Ercolani stellt fest, dass an der letzten Einwohnerratssitzung zweimal gefragt wurde, wie hoch die Kosten für Stadt Kriens anfallen, wegen der Ablehnung des Bauvorhabens der Weinhalde. Bisher hat er leider noch keine Zahlen bekommen.

Maurus Frey erläutert, dass die zuständige Kommission Einblick in die Finanzierungsvereinbarung bekommen hat. Er kann sagen, dass aufgrund dieser Vereinbarung Kosten von rund Fr. 150'000.00 offen sind, welche jetzt bereinigt werden müssen.

Viktor Bienz sagt, dass im Unterhus ein Weg für die Verbindung der Schüler erstellt wurde. Inzwischen kann man feststellen, dass dieser Weg intensiv von Velos benutzt wird. Die Schülerinnen und Schüler laufen bereits wieder im Land. Was gedenkt der Stadtrat hier zu unternehmen?

Maurus Frey stellt fest, dass dies dem Stadtrat nicht bewusst war. Dieser Weg wurde erstellt damit die Schülerinnen und Schüler nicht durch das Land laufen. Dies braucht entsprechende Sensibilisierungsarbeit im Schulhaus. Der Stadtrat wird dies anpacken. Er merkt an, dass auf diesem Weg kein Fahrverbot gilt. Er wird dies prüfen.

Michael Portmann merkt an, dass der Bahnübergang zu Horw geschlossen wurde. Eine geteerte Restfläche wird immer wieder als Parkplatz benützt. Wie ist der Stand? Ist eine Renaturierung vorgesehen?

Maurus Frey sagt, dass der Stadtrat betreffend Parkplätze angefragt wurde. Dieser hat die Anfrage jedoch abgelehnt. Es besteht bereits ein Programm zum Urbangardening. Seitens des Stadtrates ist etwas geplant, jedoch kann dies nicht zeitnah umgesetzt werden.

Simon Solari stellt fest, dass mit der Eröffnung des neuen Denners das Gefahrenpotenzial für Velofahrer massiv erhöht ist. Er möchte, betreffend die Parksituation, wissen, ob diese Ein- und Ausfahrt so bewilligt wurde?

Maurus Frey bestätigt, dass der Dennerparkplatz vermehrt Thema war. Es wurde richtig festgestellt, dass der Kanton die Bewilligungen macht, da es sich um eine Kantonsstrasse handelt. Dieses Projekt wurde so bewilligt. Die Situation wird weiter analysiert und man schaut mit dem Kanton nach einer geeigneten Lösung.

Räto Camenisch erläutert, dass das Hotel Himmelrich eine bemerkenswerte Gastronomie ist. Da das Hotel Schulden bei der Stadt Kriens hatte, fragt er, ob diese nun beglichen sind.

Christine Kaufmann-Wolf bestätigt, dass das Verfahren immer läuft. Beim Betreibungsamt ist jedoch alles erledigt. Zurzeit ist man noch mit dem Tourismusverein dran. Sie kann leider keine tiefere Auskunft geben.

Armin Lisibach fragt betreffend der Zwischennutzung im Bellareal. Wie sieht es dort mit Homeoffice Möglichkeiten aus?

Maurus Frey merkt an, dass das Bellareal viel Potential mit sich bringt. Es soll Möglichkeiten für wirtschaftliche Aktivitäten, aber auch für kulturelle Aktivitäten bieten. Es soll ein vielfältiger Mix entstehen, damit eine Aufwertung entsteht. So dass diese Gelände eine emotionale Bedeutung für Kriens erhalten. Leider geht es nicht so schnell vorwärts, wie sich der Stadtrat dies wünscht.

Andreas Vonesch hat festgestellt, dass in den Sommerferien beim Kirchbühl 1, bereits fünf Jahre nach der Sanierung, alle Fenster neu gestrichen wurden. Weshalb hat ein Malerbetrieb aus Willisau diesen Auftrag erhalten?

Roger Erni wird dies abklären und eine Antwort nachliefern.

Anmerkung der Protokollführung:

Der Betrieb heisst Setz Fensterbau AG, Schötz. Anlässlich der Sanierung des Schulhauses Kirchbühl und der damit verbundenen ordentlichen Submission im 2015 erhielt diese Firma den Zuschlag BKP211.1 Fenster aus Holz. Die Lieferung/Montage der Fenster wurde vor sechs Jahren, in enger Zusammenarbeit mit dem Denkmalschutz vereinbart. Aufgrund der Vorgaben betreffend Farbwahl/Anforderung an Farbanstrich, welche von Seiten Denkmalschutz definiert wurde, hatte die Setz Fensterbau AG nachträglich (im Jahr 2016) eine Offerte zwecks erforderlichen Wartungen, im Zyklus von zwei Jahren, eingereicht. Dieser Fensterwartungsvertrag wurde dazumal von Seite der Stadt Kriens nicht aus- gelöst. Als sich vor wenigen Monaten die bordeauxrote Farbe an den Fenstern abzulösen begann, war klar, dass die Setz Fensterbau AG für die Wartung angefragt wurde und den Zuschlag erhielt. Die ent- sprechenden Arbeiten wurden, wie in der Frage korrekt bemerkt, im Sommer 2021 umgesetzt.

Michael Portmann hat gelesen, dass Cyberangriffe auf Gemeinden bereits Tagesordnung sind. Wie sieht dies in Kriens aus und welche Massnahmen wurden ergriffen um solche Angriffe zu verhindern?

Roger Erni bestätigt, dass dies auf keinen Fall täglich passiert. Kriens hat keine Cyberangriffe in den letzten Monaten über sich ergehen lassen müssen. Der Anbieter GICT hat dies im Griff.

Tomas Kobi hat in einem Artikel gelesen, dass die Moore in der Schweiz austrocknen. Ist dies auch in Kriens der Fall?

Maurus Frey kann keine Auskunft darüber geben. Sein Departement befasst sich täglich mit den Moo- ren. Er wird eine Antwort nachliefern.

Anmerkung der Protokollführung:

Um Hochmoore vor dem Klimawandel zu schützen, sollten alle bestehenden Drainagen in heutigen Hochmooren beseitigt werden. Die Wiederherstellung der natürlichen Bedingungen bzw. der Wieder- vernässung ist eine wichtige Präventionsmassnahme gegen die «Austrocknungsgefahr» durch den Kli- mawandel. Die Flachmoore sind von veränderten Niederschlägen generell weniger stark betroffen, da sie durch ihre Anbindung ans Grund- und Quellwasser alternative Wasserspeisungsmöglichkeiten ha- ben. Im 2005 erfolgten in den Hochmooren Foremoos und Hüenermöslie Renaturierungsmassnahmen

zur Wiederherstellung der ursprünglichen Oberfläche und zur Wiedervernässung. Im 2017 erfolgte eine Überprüfung der durchgeführten Massnahmen. Es wurden anschliessend zerfallene Dämme, die mit Kunststoffplane abgedichtet waren entfernt und die Grabensohle auf 1 Meter verbreitert. Die Grabenabschnitte, bei jenen neuen Holzbohlendämmen errichtet wurden, wurden mit Torf oder Sägemehl gefüllt. Aufgrund der Zuständigkeit erfolgten diese Massnahmen unter der Koordination der Dienststelle Landwirtschaft und Wald (lawa). Bezüglich einer Wirkungskontrolle alle fünf Jahre ist die Stadt Kriens im Gespräch mit der Dienststelle. Alle sechs Jahre werden im Rahmen der Wirkungskontrolle Biotopschutz Schweiz (WBS) anhand von Fernerkundungsdaten der Gehölzdeckungsgrad, offener Boden, offene Wasserflächen usw. durch die Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft (WSL) ausgewertet. Diese Daten dienen als Frühwarnsystem für den Bund und die Kantone. Aufgrund der Höhenlage (>1000 m.ü.M) und der Exposition (Kessellage) erachtet die WSL das klimatische Risiko für die Hochmoore von Kriens vorerst als gering.

Hans Fluder berichtet von einem Rega Hubschrauber und zwei bis drei Polizeiautos, welche am Sonntag 17. Oktober 2021 beim Asylzentrum Grosshof eingerückt sind. Weiss der Stadtrat was dort passiert ist?

Cla Büchi sagt, der Stadtrat wurde vom Kanton informiert, dass an diesem Tag eine Person an einem natürlichen Tod gestorben ist, ohne jegliche Gewalteinwirkung. Es wird vermutet, dass die Person erst verstarb als die Rega schon vor Ort war. Ansonsten würden die nicht ausrücken.

Daniel Rösch erinnert, dass der Carparkplatz auf dem Hinterschlund abgewendet werden konnte und nun ist dort eine Wagenburg. Dies hatte schon in der Vergangenheit zu Unmut geführt. Wie ist die Haltung vom Stadtrat und was ist der aktuelle Stand?

Maurus Frey bedankt sich für die Frage und bestätigt, dass sich eine alternative Wohngruppe auf dem Areal Hinterschlund Niedergelassen hat. Aktuell ist es eine privatrechtliche Frage zwischen den Grundstückbesitzer (Stadt Luzern) und den Nutzenden. Diese müssen zu einer Einigung kommen. Wenn dies nicht der Fall ist, müsste das Gelände geräumt werden. Wenn sie sich jedoch einig werden, würde anschliessend von der Stadt geprüft werden, ob diese Nutzung Zonenkonform ist. Da es eine Mischzone Wohnen/Arbeiten ist, kann man davon ausgehen, dass diese Nutzung bewilligungsfähig wäre.

Beda Lengwiler stellt vermehrt Ausfälle im Personalbereich der Stadt Kriens fest. Besitzt die Stadt Kriens ein Betriebliches Gesundheitsmanagement für die Prävention und wie sieht dieses aus?

Christine Kaufmann-Wolf fragt nach, was Beda Lengwiler ganz genau meint mit den vermehrten Ausfällen. Momentan gibt es nicht viele lange Ausfälle. Es gibt durchaus vereinzelte, weil dort wirklich Gesundheitliche Probleme vorhanden sind. Bei Überlastung wird genau hingeschaut. Ein Konzept, wie von Beda Lengwiler angesprochen, gibt es jedoch nicht. Die Personalabteilung hat jederzeit ein Auge auf die Ausfälle und bespricht dies wenn nötig auch mit den entsprechenden Abteilungsleitenden, um das Problem zu ermitteln.

Erich Tschümperlin möchte wissen, wieso die Goals auf dem öffentlichen Kunstrasen im Kleinfeld angekettet sind. Dieses Spielfeld ist frei damit Jugendliche oder auch ältere dort Fussball spielen können. Sein Sohn ist mit seinen Freunden schon öfters in die Allmend Fussballspielen gegangen, weil man in Kriens nicht mehr auf die Goals spielen kann. Seiner Meinung nach ist dies widersinnig.

Roger Erni gibt Erich Tschümperlin einerseits recht, sagt aber, dass diese Massnahmen vom Sportclub Kriens aufgrund von Vandalismus gemacht wurden. Er hat den Vertrag zwischen dem Sportclub Kriens und der Stadtverwaltung Kriens vor sich und laut gemäss diesem, ist der Sportclub verantwortlich für die Anschaffung von Sportinfrastruktur, sprich Goals und Netze. Der Sportclub hatte nach zwei bis dreimal erneuern der Netze genug und hat sich im Sommer 2021 dazu entschieden, die Goals anzuketten. Nun laufen Verhandlungen, um abzuklären, ob die Stadt Kriens im Fall von Vandalismus die Kosten für neue Netze übernimmt.

Räto Camenisch ist der Meinung, dass Bypass Luzern für Kriens eines der grössten Probleme ist. Nun ist es um dieses Thema sehr still geworden. Was ist ungefähr der Stand zwischen Kanton, Bund, Astra und Kriens und wie präsentiert sich die momentane Situation?

Christine Kaufmann-Wolf berichtet, dass hinter den Kulissen einiges läuft. Der Bundesrat war in Kriens und sie durfte einen ganzen Tag mit dem Bundesrat unterwegs sein. Natürlich nutzte sie diese Chance um Frau Sommaruga zu zeigen, wo der Bypass verläuft und konnte Dokumente von der Einhausung abgeben. Weiter durfte die Stadtpräsidentin bei den Nationalräten und Nationalrätinnen der Kommission Verkehr und Fernmeldewesen zu Gast sein. Dies wurde vom Nationalrat Michael Tönggi eingefeldt, welcher zurzeit Präsident der Kommission ist. Sie durfte alle informieren und Dokumentation abgeben, sowie auch die Absichten von Kriens in eigenen Worten mitteilen. Dort konnte sehr viel Wohlwollen geschafft werden. Des Weiteren war die Stadt Kriens beim Regierungsrat Fabian Peter, weil er als Vermittler zwischen der Stadt Kriens und ASTRA auftritt. Der Termin beim ASTRA steht nun an und ist bereits terminiert. Dort kann mit den nächsten Schritten weitergefahren werden.

Beat Tanner erzählt, dass die FDP-Fraktion für eine Standaktion den Dorfplatz gemietet hat. Beim Bau- und Umweltdepartement hat er die Auskunft bekommen, dass in Zukunft der Dorfplatz für politische Anlässe nicht mehr zur Verfügung gestellt wird.

Maurus Frey sagt, dass diese Auskunft nicht abschliessend korrekt sei. Aktuell wird die Belebung vom Stadtplatz angestrebt, deswegen werden Nutzungen, welche aktuell auf dem Dorfplatz sind, auf den Stadtplatz verschoben, damit die neu erstellte Infrastruktur auf dem Stadtplatz entsprechend belebt wird. Wie zum Beispiel der Wochenmarkt am Donnerstag. Veranstaltungen, welche aus traditionellen oder aufgrund der Erreichbarkeit im Zusammenhang mit dem Dorfplatz stehen, können weiterhin dort stattfinden. Es ist nicht so, dass der Dorfplatz nicht mehr benutzt werden darf, sondern es soll ein Anreiz geschaffen werden. Deshalb sind aktuell auch vergünstigte Mietbedingungen auf dem Stadtplatz. Damit das erwünschte Leben auf dem momentan noch kahlen Stadtplatz einzieht.

Michèle Albrecht fragt betreffend die Baustellensituation beim Hotel Central. Die Situation ist momentan vor allem für Fussgänger sehr schlecht, die Strassenbeleuchtung ist ungenügend und das schon seit langer Zeit. Hat der Stadtrat weitere Informationen?

Diese Situation ist auch für Maurus Frey unbefriedigend. Das ist für ihn ein Beispiel dafür dass die Gewichtung vom öffentlichen Raum zu kurz gekommen ist. Der öffentliche Raum wurde zurückgebunden aufgrund einer Baustelle, welche das Trottoir verengt bzw. versperrt. Besitzrechtlich ist es jedoch so, dass das Trottoir zum Hotel Central dazugehört. Er konnte auf diese Baubewilligung jedoch keinen Einfluss mehr nehmen, da das Gesuch bei seinem Amtsantritt bereits bewilligt war.

5. Bericht und Antrag: Einzonung Grütwäldli zu Gunsten neuem Ökihof mit Forsthof**Nr. 056/21**

Der Bericht und Antrag wurde abtraktandiert.

6. Bericht und Antrag: Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2022 – 2025 mit Budget 2022**Nr. 064/21**

Anita Burkhardt-Künzler begrüsst als Sachverständigen Franz Bucher.

Gemäss Martin Zellweger bedankt sich die Kommission für Finanzen und Gemeindeentwicklung beim Stadtrat, bei den Abteilungen und den Verantwortungsträgern für ihr grosses Engagement sich der Herausforderung zu stellen, die Krienser Finanzsituation zu verbessern und das Fundament für eine wiederum positivere Entwicklung der Stadt zu ermöglichen. Die Kommission sieht dabei auch, dass der Stadtrat trotz dem engen Korsett bemüht ist den Werterhalt der Krienser Infrastruktur und Weiterentwicklung der Stadt nicht vollständig ausser Kraft zu setzen. Diese Bemühungen sind ein grosser Balance-Akt. Die politischen Lager ziehen dabei am linken und rechten Rockzipfel in Richtung Aufwand-Reduktion oder aber Ertrags-Steigerung. Leider verderben steigende Kosten, im Bildungs- wie auch im sozialen Bereich gutgemeinte Pläne und der Einwohnerrat wird einmal mehr mit einem Budget konfrontiert, welches sich munter in die Verlustdimensionen der letzten Dekade einreicht. Die einen sagen Optimieren und Aufwand reduzieren bevor überhaupt daran gedacht werden darf noch mehr Geld beim Volk einzufordern. Die andern signalisieren, dass dieser Punkt schon lange erreicht ist und fordern weitere Steuermassnahmen. Auch der Stadtrat sieht dies so und signalisiert die entsprechende Erhöhung im Finanzplan für die Folgejahre. Inzwischen sieht man die Realität des Steuerwachstums, welches nur sehr flach nach vorne zeigt anstatt wie über Jahre gehofft steil nach oben. Die Krienser Steuerstruktur bleibt stabil, nach unten aber leider auch nach oben – das zeigt auch eine detaillierte Steueranalyse, welche in der Kommission in der September-Sitzung behandelt wurde. Jetzt geht es darum den Weg zu finden, ob die Ausgaben den Einnahmen weiter angepasst werden können oder ob man die Einnahmen den Ausgaben anpassen will – diese Frage scheidet die Geister. In der Diskussion innerhalb der Kommission wurde viel Wert daraufgelegt, Transparenz zu schaffen, zu verstehen welche Kosten zwingend sind, Wachstums-bedingt oder durch Kantonale Vorgaben bestimmt, oder wo sich Kosten durch Leistungsanpassungen oder Effizienz verändern lassen. Im Speziellen müssen die grossen Kostenblöcke und deren Wachstum verstanden und unter Kontrolle sein. Beispielsweise ist der Bildungsbereich ein wesentlicher Kostentreiber. Der Stadtrat bemüht sich die Transparenz zu schaffen. Es ist jedoch letztendlich nicht Ziel der Kommission alle Detailpositionen zu diskutieren. Im Rahmen der Globalbudgets setzt der Einwohnerrat letztendlich die Leitplanken und der Stadtrat hat dann die Aufgabe - im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben - die Details auf Basis von korrekten Ausgabenbewilligung zum Wohl der Stadt zu lenken. Trotzdem wurden einige kritische Detailfragen gestellt, viele Themen hinterfragt aber auch Anregungen gegeben. Der Stadtrat war in Corpore anwesend, gemeinsam mit der Stadtschreiberin und dem Abteilungsleiter Finanzdienste. Die Kommissionsmitglieder wurden offen mit Informationen bedient. Offene Fragen wurden im Nachhinein grösstenteils oder werden heute noch beantwortet. Der Stadtrat bestätigt, dass das Budget 2022 nicht Finanzstrategiekonform ist. Es schreibt einen hohen Verlust, die gewünschte Steuererhöhung ist tiefer als vom Stadtrat beantragt, aber auch die Aufwand-senkenden Massnahmen entsprechen nicht der Finanzstrategie. Die Kommission anerkennt, dass der Stadtrat bemüht ist der Finanzstrategie zu folgen auch wenn dies in dem aktuellen Budget leider misslingt. Die Kommission ist sich grösstenteils einig wie sich das Resultat der zukünftigen Rechnungen entwickeln soll. Unterschiedliche Auffassungen herrschen nach wie vor beim Weg dorthin. Die KFG legt damit den folgenden Controlling-Bericht zum vorliegenden Budget/AFP 2022 – 26 vor: *«Bericht der Kommission für Finanzen und Gemeindeent-*

wicklung (Controlling-Kommission) an den Einwohnerrat der Gemeinde Kriens Als Controlling-Kommission haben wir den Aufgaben- und Finanzplan für die Periode vom 01.01.2022 bis 31.12.2026 und das Budget (Erfolgsrechnung und Investitionsrechnung) inkl. Steuerfuss für das Jahr 2022 der Stadt Kriens beurteilt. Unsere Beurteilung erfolgte nach bestem Wissen und Gewissen nach dem gesetzlichen Auftrag sowie dem Handbuch Finanzhaushalt der Gemeinden, Kapitel 2.5 Controlling. Gemäss unserer Beurteilung entsprechen der Aufgaben- und Finanzplan sowie das Budget den gesetzlichen Vorschriften. Die aufgezeigte Entwicklung der Stadt erachten wir als nach wie vor angespannt, aber vertretbar, sofern der Stadtrat für das Jahr 2023 ein ausgeglichenes Budget vorlegt. Wir empfehlen, das vorliegende Budget mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 3'255'857.00 inkl. einem Steuerfuss von 1.95 Einheiten zu genehmigen.»

Armin Lisibach dankt im Namen der KBVU der Verwaltung und dem Stadtrat für die Erstellung. In der KBVU wurde das Handlungsthema alias Bericht und Antrag: Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2022 – 2026 mit Budget 2022 ausgiebig besprochen. Alle Fraktionen waren sich der Detailberatung einig und sind gemeinsam und konstruktiv eingetreten. Zur Begründung sind verschiedenste Meldungen und Punkte angemerkt worden. Grundsätzlich ist auch die KBVU vom Gesamtergebnis nicht erfreut, die Haltung ist aber auch in natürlichem Sinne Parteienabhängig und deshalb werde er sachlich unterwegs bleiben. Auf der Personalseite ist es vor allem Fachpersonen-basiert, aber die durch die KBVU unterstützten Bereiche betrifft dies mit 10 % (Fehler im Dossier). Die Frage, ob ein baulicher und betrieblicher Unterhalt aktuell überhaupt gewährleistet werden kann steht definitiv im Raume. Wieviel wird der Aufwand sein, um die Nutzung möglichst gewährleisten zu können, wird die Tätigkeiten entsprechend zeigen. Grundsätzlich ist eine effiziente und nachhaltige Planung nach wie vor wichtig. Die Kommission KBVU ist fraktionsabhängig sehr heterogen unterwegs. Zum einen soll nicht immer eingespart werden, da dies meistens die schwächeren treffe. Es sollen auch Einnahmemöglichkeiten in den Raum gestellt werden, denn das Budget sollte definitiv ausgeglichen sein. Basierend auf den Ressorts und den Globalbudgets «30 Umwelt- und Sicherheitsdienste», «35 Planungs- und Baudienste» und «40 Verkehrs- und Infrastrukturdienste» empfiehlt die KBVU dem Antrag mit 6 zu 1 Stimmen zu zustimmen. Empfiehlt aber nach wie vor die Ausgaben auf die nötigen und wichtigen Themen zu konzentrieren.

Raoul Niederberger möchte sich im Namen der KBSG bei der gesamten Verwaltung für ihren grossen Effort bedanken. Legt sie dem Einwohnerrat doch heute bereits das dritte Budget innerhalb eines Jahres vor. Sämtliche Fraktionen traten auf das Geschäft ein. In der Eintretensdebatte zeichnete sich grosse Unterschiede ab, wie man zum vorgelegten Budget steht. Als kleinster gemeinsamer Nenner innerhalb der Kommission konnte lediglich ein Punkt gefunden werden, dass der prognostizierte Aufwandüberschuss von rund 3.2 Millionen Franken unschön ist. Damit war die Einigkeit innerhalb der Kommission dann aber auch schön erschöpft. Weiter wurde ein Kaldeidoskop an Meinungen vertreten. Für die einen hatte der Stadtrat mit dem vorgelegten Budget die Zielsetzungen aus der Finanzstrategie deutlich verpasst. Es müssen weiter Sparanstrengungen getroffen werden. Mit einem solche hohen Verlust würde die Verschuldung weiterwachsen, was man eigentlich verhindern wollte. Für die anderen gibt es keinen weiteren Spielraum mehr für weitere Sparanstrengungen. Es braucht nun unbedingt mehr Einnahmen, um wieder schwarze Zahlen zu schreiben. Insofern wurde das Minus von 3.2 Millionen Franken als auch Konsequenz des Regierungsratsentschiedes gesehen. Diese Unterschiede spiegeln sich sodann auch darin, wie sich die Fraktionen in der Abstimmung über den B+A zu verhalten planten: Ablehnung, Rückweisung und Zustimmung. In der Detailberatung konzentrierte sich die KBSG, wie gewohnt, auf die in ihren Zuständigkeitsbereich fallenden Globalbudgets des Sozial- und des Bildungs- und Kulturdepartements. Generell machten hier die seit Jahren steigenden Sozial- und Bildungskosten sorgen, wie es auch der Vorredner bereits erwähnt hat. Wie man diesem Problem entgegenwirken können, darin war sich die Kommission indes wiederum uneinig. Die verschiedenen Fragen zu den Globalbudget wurden von den anwesenden Abteilungsleitern kompetent beantwortet. In der Schlussabstimmung stimmten die Kommissionsmitglieder mit Blick auf die in den Zuständigkeitsbereich der Kommission fallenden Globalbudgets mit fünf «Ja» gegen zwei «Nein» dem Beschlusstext und dem Budget 21 zu.

Laut Cyrill Zosso bedankt sich die Grüne/glp-Fraktion dem Stadtrat und der Verwaltung einmal mehr für die erbrachte Arbeit. Keine einfache Arbeit, sind sich doch alle bewusst, wie angespannt die finanzielle Lage in Kriens ist und dass man zusätzlich Covid-bedingt grosse wirtschaftliche Unsicherheiten hat. Auf Zentralplus liess der Finanzchef verlauten: «Uns ist bewusst, dass die Parteien bis weit in die Mitte nicht glücklich sein werden damit.» Die Fraktion hat sich gefragt, von welcher Seite er wohl begonnen hat. Auch der Grünen/glp-Fraktion macht das Budget mit einem Defizit von über 3 Millionen Franken nicht glücklich. Ein ausgeglichenes Budget 2022 hätte aber schwer überrascht, fehlen doch Steuereinnahmen im Umfang von zwei Millionen Franken durch die vom Regierungsrat unzureichend bewilligte Steuererhöhung. Und auch bei den Einsparungsmöglichkeiten hat der Stadtrat nicht mehr viel Spielraum, sind diese doch bereits weitreichend ausgeschöpft. Doch auch in diesem Budget sind Sparmassnahmen zu finden, wiederum bei den Betreuungsgutscheinen und den hauswirtschaftlichen Leistungen der Spitex. Auch müssen gewisse Schulkinder bald wie die Hühner auf der Stange sitzen, da man sich für Einsparungen bei den Klassengrössen über das kantonale Mittel hochschrauben. Und die Verwaltung erbringt hocheffiziente Arbeit im Vergleich mit den anderen K5 Gemeinden. Wie viele Bewohner betreute in den K5 Gemeinden wohl im Jahr 2020 eine Verwaltungsmitarbeiterin/ein Verwaltungsmitarbeiter? Stadt Luzern: 50, Emmen: 85, Horw: 90 und Kriens 104. Es kann also nicht sein, dass der Einwohnerrat die Arbeit der Verwaltung weiterhin als ineffizient geisseln, ohne die erbrachte Leistung auch gebührend anzuerkennen. Dass die Kosten für die Stadt Kriens dermassen steigen, ist unschön. Nicht einmal die geplante Steuererhöhung 2021 hätte ausgereicht, um diese Kosten zu decken. Aber der Stadtrat zeigt auf, wo das grösste Kostenwachstum herkommt. Es ist nicht der laschen Buchführung verschuldet. 2.5 Millionen Franken zusätzlich durch den Personalaufwand bei der Bildung, ein grosser Teil durch eine kantonale Lohnerhöhung. Und dann muss bei den Sozialdiensten aufgestockt werden. Das ist nicht eine Erhöhung aus Spass, sondern die Reaktion auf eine der grössten Pandemien der Menschheit. Hier wird explizit von einer «befristeten Aufstockung nur nach Bedarf» gesprochen. Wie könnten man denn hier sonst reagieren? Die Fraktion empfindet es als wenig seriös und kontraproduktiv, durch weitere Sparmassnahmen das Personal zu gefährden, die Effizienz mit budgetlosem Zustand und sparbedingten Eigengoals zu mindern oder Infrastrukturen verlottern zu lassen. Wer jetzt innerhalb von wenigen Monaten vom Stadtrat verlangt, ein Millionendefizit weg zu sparen, macht keine seriöse Politik. Ein solches strukturelle Defizit zu lösen, braucht längerfristiges handeln. Dies werden auch sie vom Stadtrat einfordern. Dieser muss aufzeigen, welche zusätzlichen Kosten über die letzten Jahre durch äussere Faktoren für die Stadt dazugekommen sind oder vom Kanton auf die Stadt abgewälzt wurden und wie darauf reagiert werden kann. Die Grüne/glp-Fraktion ist bereit, dieses Budget mitzutragen. Sie wollen den Stadtrat ein Jahr seine Arbeit mit gültigem Budget machen lassen und die Rechnung 2021, sowie den Ausblick 2022 abwarten. Auch unterstützen sie die Anstrengungen des Stadtrates, mit den anderen K5 Gemeinden beim Kanton vorzusprechen und Druck zu machen, damit die Zentrumsgemeinden gebührend entlastet werden. Die Fraktion wird bei unverändert negativer Entwicklung vehement eine Steuererhöhung einfordern, damit man für die Gestaltung der Stadt wieder Spielraum erhalte und auf Herausforderungen der Zukunft regieren kann. Es ist die gemeinsame Aufgabe, über die kommenden Jahren gesunde Stadtfinanzen zu erreichen. Diese Herausforderung sollten alle gemeinsam annehmen. Somit ist die Fraktion für eintreten und nimmt den Aufgaben- und Finanzplan 2022-2026 zur Kenntnis.

Auch Martin Zellweger startet mit den positiven Aussagen, nämlich den Dank an alle Beteiligten, die sich ins Zeug gelegt haben, um ein Budget zu erarbeiten. Sie attestieren dem Stadtrat auch den ehrlichen Willen und Bemühungen, die Stadt Kriens in eine gute Zukunft und in eine bessere finanzielle Richtung leiten zu wollen. Diesem Engagement gilt ihrem Dank. Leider sieht die Fraktion nicht denselben Weg, dieses Ziel zu erreichen. Sie denken wesentlich bürgerlicher, eine Eigenschaft die sie beim jetzigen Stadtrat aufgrund des vorgelegten Budgets nicht unbedingt erkennen können. Die SVP-Fraktion ist massiv enttäuscht über den angekündigten Verlust von 3.25 Millionen Franken. Für das Resultat darf aber der Regierungsratsentscheid für die abgeschwächte Steuererhöhung definitiv nicht hinhalten, so wie das immer wieder genannt wird. Noch vor wenigen Monaten hat der Stadtrat für 2022 AFP/Budget Version 2 mit einem Steuerfuss von 1.95 einen Verlust von einer Million Franken ange-

zeigt. Mit dem Effekt des Ressourcenausgleichs wie er jetzt im Budget zu Gunsten von Kriens eingeplant ist, würde dies einem Minus von knapp einer halben Million entsprechen und nicht 3.25 Millionen Franken. Der Steuerfuss ist also definitiv nicht der Grund für die massive Abweichung der Stadträtlichen Planung gegenüber dem letzten AFP. Es ist auch nicht die defensive Budgetierung der Steuereinnahmen. Mit dieser kann die Fraktion gut leben, solange es nicht als Begründung für eine Steuerfusserhöhung genommen wird. Defensive Budgetierung von Einnahmen ist normalerweise ein gutes Mittel um Kosten im Damm zu halten. Grund für das massiv schlechtere Resultat sind also steigende Kosten. Insgesamt 6 Millionen Franken höhere Personal-, und Sach- und übrige Aufwendungen im Budget 2022 gegenüber dem Budget 2021. Auch die Fraktion sieht, dass gewisse Kostenvorgaben im Bereich der Bildung – im Speziellen die Lehrerlöhne – oder Schülerzahl bedingte Wachstumskosten zusätzlich einzurechnen sind. Dasselbe gilt auch im Bereich der Sozialversicherungsleistungen. Trotzdem sind ihre Erwartungen in Bezug auf mögliche Gegenmassnahmen nicht erfüllt. Es gibt Vorgaben, aber nicht alles ist nicht zu beeinflussen. Die Finanzstrategie hat für Entlastungsmassnahmen für die laufende Legislatur klare Ziele vorgegeben. Diese wurden für 2020 und 2021 mehrheitlich eingehalten, leider wurde im Budget 2022 teilweise wieder darauf verzichtet. Ebenso wurden die für 2022 vorgegebenen zusätzlichen Fr. 900'000.00 nur teilweise umgesetzt. So wird der Weg zu einer besseren Finanzlage nicht geebnet und es ist sicherlich auch nicht die Grundlage um das Volk erneut um mehr Steuern anzufragen wie es im AFP vorgesehen ist. Sie erkennen aus den bisherigen Gesprächen von Mitte links und somit auch vom Stadtrat keinen weiteren Sparwillen für das Budget 2022. Man nimmt dieses Jahr einen Verlust in Kauf und setzt im AFP auf zusätzliche Steuereinnahmen und will so die Finanzen ins Lot bringen. Die SVP-Fraktion bevorzugt, dass die Stadt Kriens erst lernt mit den Einnahmen zu wirtschaften welche sie hat. Sie verzichten auf weitere Anträge zur Kostenreduktion da diese in der politischen Konstellation gegen Mitte-links schlichtweg chancenlos sind. Die Fraktion wird jedoch einen Antrag auf Rückweisung des Budgets stellen mit dem Ziel ein neues Budget zu erstellen, das ohne Steuererhöhung den Aufwandüberschuss um mindestens die Hälfte senkt. Auch werden sie den Antrag stellen den Aufgaben- und Finanzplan ablehnend zur Kenntnis zu nehmen. Die Ankündigung einer weiteren Steuererhöhung ohne das Resultat 2021 zu kennen ist bereits Resignation und angezeigter Wille auch zukünftig auf weitere Sparmassnahmen wie sie in der Finanzstrategie bedingt werden auch weiterhin zu verzichten. In Kenntnis der politischen Kräfte im Einwohnerrat müssen sie leider davon ausgehen, dass das vorliegende Budget von Mitte Links angenommen wird. Auch in dieser Situation bittet er zu berücksichtigen, dass damit der Einwohnerrat lediglich zu den Leistungsaufträgen sowie zu Aufwand oder Ertragsüberschuss pro Abteilung ja sagt. Dasselbe gilt auch für die Investitionen. Es liegt also voll und ganz in der Hand des Stadtrats, ob er wie im letzten Jahr, beispielsweise Fr. 54'000.00 im Rahmen einer Matchuhr resp. Sichtschutz fürs Stadion Kleinfeld einsetzen will oder doch wohl lieber für Salärmassnahmen bei den Mitarbeitern. Nun möchte die Stadt Kriens auch für Vandalismus noch Verpflichtungen übernehmen, was auch klar zugesprochen werde. Die SVP-Fraktion tritt auf das Geschäft ein, stellt jedoch den Antrag auf Rückweisung des Budgets mit dem Auftrag an den Stadtrat ein Budget vorzulegen, welches ohne Steuererhöhung und mit den Entlastungsmassnahmen gemäss Finanzstrategie den Verlust mindestens halbiert.

Auch wenn das Resultat dieses Berichts & Antrages klar nicht den Vorstellungen der FDP-Fraktion entspricht, danken Jörg Ziemssen den Mitarbeitenden der Stadtverwaltung und dem Stadtrat für die Anstrengungen und die Erarbeitung dieses vorliegenden Budgets inklusive Aufgaben- und Finanzplan. Die Fraktion tritt darauf ein. Die FDP-Fraktion stellt die nachfolgenden drei Anträge. Das Budget 2022 ist mit dem Ziel einer deutlichen Reduzierung des budgetierten Aufwandüberschusses zurückzuweisen. Es ist über jeden einzelnen Beschlusstext im AFP abzustimmen. Die Fraktion stellt den Antrag den AFP ablehnend zur Kenntnis zu nehmen. Da ihre Anträge fast gleich wie jene der SVP-Fraktion sind, verzichtet die FDP-Fraktion auf ihre Anträge und unterstützen diesen schriftlich eingereichten Antrag. Die FDP-Fraktion ist sehr enttäuscht, dass der Stadtrat bereits beim ersten richtigen selbstarbeiteten Budget 2022 seine Bescheidenheit vermissen liess. Das Ausgabenwachstum ist beträchtlich und liegt über der Finanzplanung aus dem Jahr 2021. Gegenüber diesem Budget steigt der Personalaufwand um 4,8 % oder gut 3 Millionen Franken und der Sach- und Betriebsaufwand um sage und

schreibe 12,3 % oder gut 2 Millionen Franken. Die vorgesehene Lohnerhöhung zu Gunsten der Mitarbeitenden von 1 % ist für die Fraktion nachvollziehbar. Sie wünschen sich aber einen effizienten Einsatz dieser Mittel. Dort wo Nachholbedürfnisse bestehen und dort wo gegenüber wichtigen Leistungsträgern ein Zeichen gesetzt werden muss gehört die Lohnerhöhung hin. Eine generelle Giesskannenverteilung wäre nicht sinnvoll. Die FDP-Fraktion geht davon aus, dass der Stadtrat in diesem Thema gut unterwegs ist. Die Voraussetzungen für die Erstellung dieses Berichts und Antrages wären ihres Erachtens gut gewesen, um die vom Stadtrat gemachten Anstrengungen bei der Erarbeitung des Budgets 2021-Version 2 fortzuführen und die Finanzstrategie gesamthaft umzusetzen. Das Titelbild dieses Berichts & Antrages zeigt den neuen urbanen Ortsteil der Stadt Kriens. Kürzlich konnte dieser Bahnhof offiziell eingeweiht werden und das Mattenhof und Schweighof-Quartier machten ein Eröffnungsfest bei schönem Wetter. Dieses Bild ist gut gewählt und zeigt für Jörg Ziemssen, sinnbildlich Aufbruchstimmung. Kriens bietet in diesem neuen Quartier ein bisher nicht gekanntes, urbanes und spannendes Lebensgefühl an. Ein Bahnhof, welcher attraktive Verkehrsanbindungen aufweist, sowie einen direkten Zugang ins Freigleis anbietet. Das wird von den neuen Bewohnern sehr geschätzt und ist attraktiv. Schaut man auf die Homepage des PilatusTower, dann zeigen dies auch die Zahlen der bisher ab Plan verkauften Eigentumswohnungen auf. Hoffentlich geht es mit dieser positiven Entwicklung des neuen Stadtteils weiter und der Baustart für die PilatusArena kann bald erfolgen. Leider wird im finanziellen Bereich die Aufbruchstimmung vermisst. Für die Fraktion wird mit diesem konkordanten Budget aufgezeigt, dass der Stadtrat im Umgang mit den Krienser Finanzen seine Bescheidenheit deutlich vermissen lässt. Der «frische Wind» hat beim Thema Finanzen aus der Sicht der Fraktion eine grosse strategische Chance verpasst und setzt die Finanzstrategie nicht konsequent um. Die FDP-Fraktion wäre kompromissbereit gewesen, die Strategie des Stadtrates, welcher er im Budget 2021-Version 2 umsetzte zähneknirschend mitzutragen. Hätte der Stadtrat seine angefangene Strategie weitergezogen, dann wäre für das Budget 2022 ein budgetierter Verlust von unter 2 Millionen Franken für die Liberalen knapp akzeptabel gewesen. Dies entspricht in etwa dem Betrag durch die vom Regierungsrat nicht erhaltene Steuererhöhung von 1/20. Anstelle, dass der Stadtrat den Krienser Einwohnerrat näher zueinander bringt und bei den Finanzen ein klares Zeichen setzt diese verbessern zu wollen, wird der Krienser Einwohnerrat in zwei Lager geteilt. Die eine Seite will unverändert über den finanziellen Verhältnissen. Die andere Seite möchte einen effizienteren Umgang mit dem Steuergeld, sowie keine weitere Schuldenerhöhung erreichen. Da diese vom Stadtrat geplante Steuererhöhung für 2021 nicht klappte setzte er mit der Medienmitteilung zum Budget 2022 sogar noch einen drauf und droht bereits heute mit einer noch höheren Steuererhöhung auf das Jahr 2023. Diese Drohung wird gemacht, weil man schon heute einen grosszügigen Ausbau vorfinanziert wurde. Aus ihrer Sicht muss man zuerst die internen Hausaufgaben machen, bevor man überhaupt eine Steuererhöhung anspricht. Dieses Engagement haben sie bei diesem Budget vermisst. Eine weitere Steuererhöhung ist für sie aus heutiger Sicht nicht möglich mitzutragen. Die Bevölkerung hat sich klar gegen eine Steuererhöhung ausgesprochen und ist gegen eine weitere Umverteilung der finanziellen Mittel. Wenn man die Verluste der Jahresergebnisse der letzten 10 Jahre kumuliert, wird ersichtlich, dass Kriens seit Jahren finanziell über ihren Verhältnissen lebt. Man leistet sich vieles. Zu vieles. Schaut man sich diese eindrücklichen Zahlen an, dann gab man weit über 20 Millionen Franken zuviel an Steuergeldern aus. Mit diesem bereits ausgegebenen Steuergeld könnte Kriens fünf Jahre lang die nun vom Stadtrat angeordnete Steuererhöhung von 1/10 finanzieren. Nimmt man noch die Budgets 2021 und 2022 hinzu, dann sogar noch ein Jahr später. Von den vielen Millionen, welche bei den grossen Investitionen in den letzten Jahren bei den Bauabrechnungen überschossen wurden, spricht man hier gar nicht. Wie konnte dies passieren? Die Fraktion staunt immer noch über diesen Umstand. In den letzten Jahren hat man Steuergelder ausgegeben bevor man diese eingenommen hatte. Obwohl die neuen Wohnungen noch nicht alle gebaut waren schraubte man die Einwohnerzahlen (vorallem im AFP 2015 und folgende) bewusst nach oben. Selbst das Budgetreferendum 2016 der FDP-Fraktion und SVP-Fraktion, fand kein Gehör, obwohl dieses Budget zu einem Bilanzfehlbetrag führte. Die Mitte-Linksmehrheit und der Stadtrat haben immer wieder versichert, dass die 4-Säulenstrategie aufgehe. Die Folge war, dass die Einnahmen in der Vergangenheit bei den natürlichen Personen deutlich zu hoch budgetiert wurden. Nur dank Mehreinnahmen in den anderen Steuerbereichen konnte jeweils ein noch grösserer Verlust verhindert werden. Selbstverständlich waren beim Planungsprozess die erhöhten Ausgaben durch die unrealistischen Einnahmen gedeckt, was die FDP-Fraktion stets ohne Erfolg bemängelt hat. Und somit

war das Geld bereits weg. Die Fraktion dankt hier jedoch dem neuen Stadtrat, dass er diese Lehren für 2022 gezogen hat und die Steuererträge bei den natürlichen Personen nach unten korrigierte. Schon damals haben die Liberalen auf die Misstände hingewiesen, dass diese Planungen längerfristig ohne weiteren Schuldenaufbau nicht aufgehen könne. Aber die politische Mehrheit im Einwohnerrat kümmerte das wenig. Und zwar über viele Jahre hinweg. Und nun macht man einfach weiter. In der Luzerner Zeitung vom 26. Oktober 2021 hat Jörg Ziemssen über das Horwer Budget gelesen. Dort äusserte sich der Horwer Finanzvorsteher, dass die Gemeinde Horw viele starke Steuerzahlende aus dem «Gebiet Kastanienbaum» habe. Ansonsten stehen sie bei den durchschnittlichen Steuerzahlenden nicht anders da als die Gemeinde Kriens. Kriens hat zwar keinen Kastanienbaum dafür lebt man ausgabenmässig wie andere erfolgreich wirtschaftende Gemeinden oder Städte. Für ihn ist klar, auch wenn dies einige nicht wahrhaben wollen. Das Wort «Einheit der Materie» aus dem PUK-Bericht machte Schlagzeilen. Für Jörg Ziemssen ist auch hier die «Einheit der Materie» gegeben im Zusammenhang mit Minusbeträge und Schuldenerhöhung. Die Stadt Kriens lebt über den finanziellen Verhältnissen. Wieso hat Kriens keinen Handlungsspielraum, welcher sich der Stadtrat so sehnlichst wünscht? Weil Kriens das Geld in den letzten Jahren mit beiden Händen ausgab. Und es geht leider in diesem Stil weiter... Zum Thema Führungsstärke. Es ist immer wieder unangenehm, wenn durch personelle Veränderungen ein grosser Know-How Verlust entsteht. An dieser Stelle dankt er Franz Bucher für seine geleistete Arbeit. Personelle Veränderungen sieht Jörg Ziemssen aber auch als grosse Chance an. Er hört viel Positives von den Mitarbeitern der Stadtverwaltung. Man geht wieder aufeinander zu und tauscht miteinander Themen und Anliegen aus. Er dankt dem Stadtrat, dass hier eine neue Arbeitskultur am Entstehen ist. Das erachtet er als sehr wichtig. Zur Führungsstärke gehört aber auch, den internen Budgetprozess weiter zu optimieren. Hier sieht die Fraktion grosses Optimierungspotenzial bestehende Muster zu überprüfen und allenfalls alte Zöpfe abzuschneiden. Er ist überzeugt, dass dank den kürzlich neu ernannten Führungspersonen (Karin Schuhmacher Bürgi, Karin Portmann-Orlowski und David Schilling) auch neues externes Wissen und Erfahrungen einfließen kann. Dies unterstützt den Führungsstil des «frischen Windes» bestimmt. Dazu wünscht er viel Weitsicht, Beharrlichkeit und Engagement beim Überprüfen von Bestehendem und der Einbringung von neuen Ideen bei allen involvierten Personen. Man spricht hier nicht über ein Sparpaket, sondern nur wenigstens keinen weiteren Ausbau der Ausgaben. Was die Fraktion ist besonders ärgert, dass der Stadtrat die Finanzstrategie nur auf der Einnahmenseite umsetzt. Deshalb verschiebt er auch die Einführung des Finanzhaushaltsreglements auf die lange Bank. Sie weisen darauf hin, dass der Regierungsrat die Einführung des Finanzhaushaltsreglements von der Stadt Kriens erwartet. Er dankt Thomas Kobi nochmals an dieser Stelle für den tollen Einwohnerratsausflug. Vielleicht haben sich einige geachtet, als man beim Kloster Fischingen aus der Bibliothek rauskam. Dieses Schnappschuss Bild hat er beim Treppenabgang gemacht. Die FDP-die Liberalen Kriens hat nachgedacht. So kann es mit den Krienser Finanzen nicht weitergehen. Andere setzen sich beim Thema Finanzen wohl lieber ein Denkmal, wann man die letzten zehn Jahren betrachte. Es darf nicht sein, dass die guten Steuerzahler weiter abwandern und die Stadt auf den zu hohen Ausgaben sitzen bleiben. Aus ihrer Sicht muss mit Augenmass darauf geachtet werden, dass die Differenz zu Horw und Luzern nicht noch grösser wird. Mit der heutigen Abstimmung werden die zukünftigen Weichen gestellt. Mit dieser Abstimmung zum konkordanten Budget 2022 wird festgelegt wie die Mehrheitsverhältnisse beim Thema Finanzen in Zukunft aussehen werden. Die Voraussetzungen wären aus ihrer Sicht sehr gut gewesen. Die Liberalen hätten Kompromissbereitschaft gezeigt. Der Stimmbürger hat mit dem «frischen Wind» eine gute Basis gelegt, dass man einiges überdenken und neu ausrichten sollte. Die Stimmberechtigten haben mit der Ablehnung einer Steuererhöhung ein deutliches Zeichen gesetzt. Zur Erinnerung 2/3 der Krienser wollen keine Steuererhöhung. Bis jetzt hat keiner der Verantwortlichen seine Verantwortung für die heutige finanzielle Situation übernommen. Die Fraktion steht für einen massvolleren Umgang beim Ausbau der Ausgaben. Sie haben unverändert grosses Interesse an einer nachhaltigen Krienser Finanzpolitik. Die Fraktion wünschet keinen weiteren Ausbau der Krienser Schulden wegen höheren Ausgaben. Sie sind interessiert, dass ein 100 %iger Selbstfinanzierungsgrad erreicht werden kann. Der Leidensdruck bei den Finanzen scheint immer noch nicht gross genug zu sein. Die FDP-Fraktion vermisst die Bescheidenheit. So darf es nicht weitergehen. Sie kämpfen unverändert weiter für eine Gesundung der Krienser Finanzen. Eine unglaublich grosse Chance wurde mit dem Erstellen des Budgets 2022 aus seiner Sicht verpasst. Anstelle frischer Wind bei den Finanzen heisst es nun: «vom Winde verweht».

Andreas Vonesch dankt im Namen der Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion dem Stadtrat und dem ganzen Finanzdepartement für die umfassende und herausfordernde Aufgabe im Budgetierungsprozess. Das Budget und den AFP zu erstellen ist eine Herkulesaufgabe. Das möchte die Fraktion würdigen. Ein vorgelegtes Budget 2022 mit 3.2 Millionen Franken Defizit, ein Selbstfinanzierungsgrad, der unter 70 % rutscht und die Vorgaben des Kantons nicht mehr erfüllt, eine Nettoschuld pro Kopf, die um ein Mehrfaches das Kantonale Mittel übersteigt, über 200 Millionen Franken verzinsliche Schulden, eine Deckelung der Nettoinvestitionen auf magere 10 Millionen Franken, ein Bevölkerungswachstum und Steuereinnahmen, die sich nicht so entwickeln wie erhofft. Daneben ein Gemeinwesen, das ganz viele gebundene Ausgaben hat, welche nicht ausgesucht werden können, mit einem sehr kleinen nutzbaren Spielraum bei freibestimbaren Ausgaben. Das aktuelle Budget ist unbefriedigend und enttäuschend. Die aktuelle finanzielle Situation der Stadt Kriens ist düster und verursacht bei der Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion ein beklemmendes Gefühl. Und die schön farbigen Grafiken auf Seite 27 führen das sehr bildlich vor Augen. Um diese Durststrecke zu überwinden, braucht es nun Rückgrat und Ausdauer. Der Stadtrat hat aus ihrer Sicht seine Hausaufgaben gemacht, einen realistischen AFP und ein ehrliches Budget 2022 vorgelegt. Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion hat bereits letztes Jahr in den Budgetdebatten 1 und 2 die Budgetversionen unterstützt und werden ihre konsequente Haltung auch jetzt weiterführen. Deshalb sind sie geschlossen für Eintreten und werden dem aufgezeigten Weg zustimmen. Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion hält deshalb weiterhin auch an der Viersäulenstrategie fest. Zu den ersten drei Säulen erlaubt er sich mir budgetbezogen einige Anmerkungen: 1. Säule: Ausgaben optimieren. Dies hat man in den letzten Jahren immer wieder gemacht. Wie will man das Ziel einer attraktiven und lebenswerten Stadt Kriens erreichen, wenn jährlich an der Ausgabenschraube gedreht wird, schon wieder eine Nullrunde bei den Lohnmassnahmen durchwinken will, obwohl man genau weiss, dass die Verwaltung schon jetzt mit dem Minimum an Ressourcen arbeitet. Oder dass man mit Betreuungsangeboten und mit Klassengrössen über dem kantonalen Durchschnitt die Bildung schwächt und Kriens dadurch für gutes Lehrpersonal und Familien unattraktiv macht. Auch viele gute und wichtige Projekte können einfach nicht realisiert werden, weil das Geld dazu fehlt. 2. Säule: Einnahmen optimieren. Anscheinend haben einige diese Säule einfach aus ihrem Gedächtnis gestrichen. Man verweigert der Stadt den dringend notwendigen finanziellen Handlungsspielraum, indem man gegen eine Steuererhöhung ist und den nicht gewährten halben Steuerzehntel durch die Regierung fast als Sieg feiert. Man verweigert Gebührenerhöhungen (z.B. bei den Billettsteuern) oder bei der Nachkommenserbschaftsteuer. Kriens kommt nicht aus der Krise, wenn man nicht bereit ist auch die Einnahmeseite zu stärken. Etwas kurios mutet in diesem Zusammenhang auch an, dass man in den letzten Budgets die Steuererträge als zu optimistisch getadelt hat und wenn sie nun dem realistischen Bevölkerungszuwachs entsprechend eingestellt werden, reklamiert man eine zu pessimistische Annahme. Dass der Stadtrat nun auf eine mögliche Steuererhöhung auf 2023 hinweist, ist ehrlich. Die angezeigte Steuererhöhung wird wahrscheinlich unabdingbar sein. Dazu will die Fraktion jedoch die Zahlen der Rechnung 2021 und den nächsten Forecast abwarten. 3. Säule: Investitionen und Desinvestitionen im Gleichgewicht. Seit 2014 ist jedes Jahr die Desinvestition der Liegenschaft Bosmatt ein Thema. Aber nichts passiert. Und auch jedes Jahr hofft man auf die Immobilienstrategie des Stadtrates. Denn hier sieht die Fraktion noch Potential für den Schuldenabbau. Allen Anwesenden liegt Kriens am Herzen. Gemeinsam muss an einer tragfähigen Lösung gebaut werden. Der Rat muss zusammenstehen und schauen, welches der beste Weg ist. Der Bevölkerung muss ein positives Signal aus dem Parlament gesendet werden. Und das beste Zeichen ist, wenn der Einwohnerrat dem Stadtrat den Rücken stärkt und ihm vertrauen, dass er den Steuerfranken am richtigen Ort einsetzt. Man sieht es jedoch am vorgelegten Budget: Auch ein frischer Wind kann nicht zaubern. Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion bittet den Rat, dem Budget zuzustimmen und den AFP zu genehmigen. Wird das Budget abgelehnt, droht wiederum eine handlungsunfähige Stadt und einen weiteren budgetlosen Zustand kann sich Kriens wirklich nicht erlauben.

Auch Michael Portmann dankt im Namen der SP-Fraktion dem Stadtrat und der Stadtverwaltung für die grosse Arbeit, welche in diesem Budget sichtbar wird. Die Fraktion wird auf das Budget eintreten und es genehmigen. Das Budget 2022 zeigt knallhart auf, wie es um die Finanzen der Stadt Kriens steht.

Wie so oft in den letzten 10 Jahren werden die Einnahmen nicht ausreichen, um die Fixkosten zu decken. Wer meint, dass dies durch die hohen Investitionen in die Zentrumsbauten verursacht wurde, lenkt davon ab, dass die Stadt Kriens bereits 2011 ein strukturelles Defizit auf der Einnahmenseite angezeigt hat. Dass seit damals praktisch nur auf der Ausgabenseite gekürzt wurde, statt auch die Einnahmenseite entsprechend anzupassen, rächt sich bis heute. Jedes Mal, wenn der Kanton Luzern Kosten auf die Stadt Kriens überwälzt hat, entstanden neben den Investitionen zusätzliche Defizite von weit über 20 Millionen Franken. Mit den Kürzungen auf der Ausgabenseite verbunden ist ein politisch erzwungener Personalmangel, der bei solchen ungeplanbaren Ereignissen die Kosten typischerweise erhöht hat als sie zu verringern. Der Personalmangel zeigt sich auch im PUK-Bericht. Schliesslich kann die Stadt Kriens keine Finanzkontrolle solcher Grossprojekte durchführen, wenn dafür wie beim Kleinfeld geschehen gar kein Personal vorgesehen ist. Dass der Stadtrat sich dieser Problematik bewusst ist, wird auch darin sichtbar, dass der Stadtrat die seit Juni 2020 vorliegende Finanzstrategie «Stadtfinanzen im Gleichgewicht» konsequent umsetzt. In dieser Finanzstrategie wird klar aufgezeigt, wie mit einem ausgewogenen Bündel von Massnahmen auf der Ausgaben- und der Einnahmenseite die Finanzen der Stadt Kriens «saniert» werden können. Vorausgesetzt wird dabei aber, dass sich die Politik in der Stadt Kriens zusammenrauft und gemeinsam anpackt. Leider hat man gehört, dass noch nicht alle Parteien im Rat den Ernst der Lage erkannt haben. Die FDP-Fraktion und SVP-Fraktion lehnen schon wieder das Budget ab, so wie sie bisher auch alle Massnahmen auf der Einnahmenseite einseitig blockiert haben. Wer meint, dass dies in heutigen Finanzlage der Stadt Kriens verkraftbar sei, argumentiert an der Realität vorbei. Wie in der Finanzstrategie mehrfach betont, muss die Stadt Kriens auch auf ihr Image als Wohn- und Arbeitsort achten. Die heute stark wachsende Nachfrage bei den familienergänzenden Tagesstrukturen zeigt beispielsweise, dass die Stadt Kriens auf gute Rahmenbedingungen für Familien achten muss. Wer höhere Steuereinnahmen will, muss investieren statt immer mehr Kosten ohne Gegenleistungen auf die Eltern zu überwälzen. Warum sollen gutverdienende Familien nach Kriens ziehen, wenn in den umliegenden Gemeinden die Rahmenbedingungen deutlich besser sind? Es kann nicht sein, dass ausgerechnet die beiden Parteien, die für einen konkordanten Stadtrat geworben haben, nun ihre beiden Stadträte «im Regen stehen» lassen. Die SP-Fraktion sieht die gute, konkordante und realitätsnahe Zusammenarbeit im Stadtrat und unterstützt deshalb den Stadtrat auf seinem Weg zu ausgeglichenen Stadtfinanzen. Sie nehmen dabei ein Finanzhaushaltsreglement in Kauf, welches die Anliegen sicher nicht entgegenkommen wird. Die Fraktion sagt Ja zu einer eigenständigen und selbstständigen Stadt Kriens. Das heisst, die eigenen Werte, Kultur und Tradition pflegen und sich als starker Partner bei der Diskussion um die Überdeckung der Autobahn einbringen. Dass dazu langfristig auch die Fixkosten der Stadt Kriens wieder zu 100 % gedeckt werden müssen, ist für die Fraktion Grundvoraussetzung. Nur so wird die Stadt Kriens ihr enormes Wachstum und zukünftige Herausforderungen von Seiten des Kantons Luzern positiv meistern können. Und exakt deshalb sagen sie auch Ja zum Budget 2022 und dem AFP 2023-2026. Die SP-Fraktion freut sich auf die Detailberatung des Budget 2022, weil da klar und sehr transparent gezeigt wird, wie die Schwächen der Stadt Kriens mit den externen Risiken kollidieren werden.

Martin Zellweger irritiert die Aussage der SP-Fraktion, die SVP-Fraktion und die FDP-Fraktion hätten den Ernst der Lage nicht erkannt. Seit Jahren weisen diese beiden Parteien immer wieder auf die Missstände der finanziellen Entwicklung hin. Er persönlich hat seit seinem Beitritt zum Einwohnerrat regelmässig auf genau diese finanziellen Missstände hingewiesen und sich zur problematischen Finanzplanung und -entwicklung geäussert und hat dabei schlichtweg an eine Mitte-links Wand gesprochen. Er kann auch eine weitere Aussage von Michael Portmann nicht einfach im Raum stehen lassen. Man kann nicht sagen, die Missleistungen und Fehler, welche von der PUK aufgezeigt wurden, seien eine Folge des Personalmangels. Die zu Grunde liegende Ursache der Mängel war die Folge falscher Planung, Umsetzung und fehlenden Controllings. Der Ressourcen-Bedarf für Personal muss eben beim Antrag eines Geschäfts aufgezeigt werden, dann kann man auch fair ja oder nein zum Geschäft sagen. Man kann nicht ein Restaurant eröffnen, vergessen einen Koch einzuplanen und dann sagen, das Restaurant sei nicht gelaufen weil der Koch fehlt. Die wahre Ursache wäre hier, dass er den Koch vergessen und völlig mangelhaft geplant hätte. Wenn man eben den Personalbedarf frühzeitig anzeigt,

nämlich dann, wenn man Leistungen plant und verspricht, dann kann man noch auf die Leistungen verzichten oder sie reduzieren, weil man eben die wahren Kosten kennt. Fehlende Personalressourcen sind also nie oder selten einfach die Ursache, sondern Folge von Fehlplanung und Setzung falscher Prioritäten durch die Führung beim Einsatz von Ressourcen.

Gemäss Pascal Meyer bedanken sich auch die Grünliberalen bei allen Beteiligten für die Ausarbeitung des Budgets 2022. Wie bereits im ihrem Fraktionsvotum ausgeführt, wird die Fraktion das diesjährige Budget wie vorliegend unterstützen. Sie stellen dennoch fest, dass der Stadtrat die eine weitere Verschuldung der Stadt Kriens als gangbarer Weg für das Jahr 2022 sieht. Die Investitionen bei ca. 10 Millionen Franken pro Jahr gehalten werden sollen. Eine Erhöhung der Personal- und Sachaufwandes rund 5 Millionen Franken gegenüber Budget 2021 vorsieht. 2022 keine Steuererhöhung möchte, 2023 die Erhöhung auf 2.05 Einheiten plant. Seit mindestens 12 Jahren kämpft die Stadt Kriens für ausgeglichene Finanzen. Die Grüne/glp-Fraktion erwartet vom Stadtrat, dass er in dieser Legislatur ein stabiles Fundament für die Verbesserung dieser unsäglich langen Geschichte bildet. In der Vergangenheit hat sich der Zyklus über Investitionsstau und Steuersenkungen - Grossinvestitionen mit Steuererhöhungen gedreht. Gleichzeitig wird der Leistungskatalog der staatlichen Aufgaben immer breiter. Die gesetzliche Grundlage für kommunale Aufgaben werden oft nicht kommunal beschlossen, sondern kommen aus nationalen und kantonalen Entscheiden. Das bedeutet, dass die primäre Kompetenz einer kommunalen Verwaltung die effiziente Erledigung dieser breiten Ansprüche ist. Heute wird es offensichtlich, dass in Kriens diese Effizienzansprüche an eine politische Grenze stösst. Die Stadt Kriens hat beim Personal mehr Ausfälle und Abgänge denn je. Das ist ein Wissensverlust, welcher wenig mit nachhaltigen Sparmassnahmen zu begründen ist. Daher sind auch die gezielten Lohnanpassungen in der Verwaltung nötig und richtig. Warum aber die Sachaufwände in Kriens ohne Ausweitung der Leistungsaufträge überproportional stark steigen, ist im vorliegenden Bericht nicht klar ausgeführt. Der Stadtrat hatte auf Wachstum als Erfolgsgarant für eine verbesserte finanzielle Lage gehofft. Bisher hat diese Wachstumsstrategie aus finanzpolitischer Sicht keine Verbesserung der Situation gebracht. Die Grünliberalen unterstützen den Bericht der KFG, dass Kriens für 2023 ein ausgeglichenes Budget vorlegen muss. Weiter sieht die Fraktion eine Steuererhöhung als Ultima Ratio für diese Ausgeglichenheit. Wenn der Stadtrat Mehrheiten im Parlament und der Bevölkerung will, muss eine allfällige Steuererhöhung so begründet werden können, dass erstens kein Zweifel mehr an der Notwendigkeit herrscht und zweitens die mittelfristige Gesundung der Krienser Finanzen mit dieser Strategie mit grosser Sicherheit absehbar ist.

Erich Tschümperlin stellt fest, dass Jörg Ziemssen von der FDP-Fraktion aufgezeigt hat, dass sich in Kriens in den letzten 10 Jahren Defizite angehäuft haben. Die Mitte /Links habe über Jahre gesagt, dass die «vier Säulen Strategie» eintreffen werde. Die «vier Säulen Strategie» wurde von einem bürgerlichen Stadtrat erarbeitet und eingeführt. Dies ist keine Erfindung der Linken. Sie sehen es positiv, dass der Stadtrat diese Strategie nach langer Zeit überarbeitet und frische Zahlen vorgelegt hat. Es gab schon immer eine bürgerliche Mehrheit in Kriens und für die Finanzen der Stadt war noch nie ein Linker verantwortlich. Aber für die finanziellen Probleme ist nicht die bürgerliche Mehrheit verantwortlich, sondern die Grüne/glp-Fraktion und die SP-Fraktion. Und auch die zusätzliche Verschuldung ist im Speziellen von der FDP-Fraktion mitgetragen worden. Sie haben sich vehement für das neue Zentrum eingesetzt. Und sie haben gewusst, dass damit die Schulden massiv ansteigen werden. Es reicht nicht, heute einfach Bescheidenheit und ein ausgeglichenes Budget vom Stadtrat zu fordern. Denn es ist nicht so, dass die Stadt einfach immer mehr Geld ausgibt. Und es ist eine Tatsache, dass die bürgerliche Mehrheit im Kantonsrat immer mehr Aufgaben und Kosten auf die Gemeinden abwälzt. Auch im Kantonsrat haben die Linken keine Mehrheit. Jörg Ziemssen hat mehrfach ausgeführt, dass er und seine Partei einen effizienten Umgang mit den Steuergeldern möchte. Und wer nicht weiteren Einsparungen zustimmt, der betreibt keine seriöse Finanzpolitik. Erich Tschümperlin findet den Vorwurf, dass der Stadtrat nicht effizient mit dem Geld umgeht, unfair. Und dass die Befürworter des vorliegenden Budgets verantwortungslos handeln, basiert auf einer rein zahlenbasierten Sicht auf die Stadt. Es geht

jedoch nicht nur um Zahlen. Die Stadt hat auch Aufgaben zu erfüllen, auch gesetzlich garantierte Leistungen, auf die Menschen in Kriens angewiesen sind. Man darf durchaus enttäuscht sein über das Kostenwachstum. Aber wie soll die Stadt z. B. die Kostensteigerungen bei der Bildung von 2.5 Millionen Franken einfach so kompensieren? Das Wachstum der Kosten ist trotz der Erhöhung der Schülerzahlen pro Klasse, bis ans gesetzliche Limit oder darüber hinaus, eingetroffen. Der Einwohnerrat – und hier vor allem die bürgerliche Mehrheit – ist eine aggressive Wachstumsstrategie gefahren in Kriens. Es wurde noch nie derart viel in so kurzer Zeit gebaut in Kriens. Und nun erntet man vorderhand hauptsächlich Kosten. Dass das Wachstum auch auf der Einnahmenseite einen Beitrag leisten müsste, ist allen klar. Wenn die Erträge nicht kommen, können diese Kosten nicht einfach so geschluckt werden. Dies zeigt sich einmal mehr im Budget. Abschliessend hat er noch eine spezifische Frage zum Budget an den Stadtrat. Was sagt die Spitex zur wiederholten Kürzung der Beiträge der Stadt bei den hauswirtschaftlichen Leistungen? Frühere Kürzungen hat die Spitex teilweise selbst finanziert und nicht an die Kunden weitergegeben. Die Kosten dieser wichtigen Leistung, gerade in Zeiten der Pandemie, kann nicht beliebig erhöht werden.

Räto Camenisch meint, dass das Krienser Volk in den letzten Jahren seine Meinung, betreffend Steuern, immer klar zum Ausdruck gebracht hat. Steuererhöhungen wurden stets abgelehnt und Steuerensenkungen befürwortet. Die Meinung vom Volk ist klar. Das Volk hat vor einem Jahr in einer bemerkenswerten Aktion den Stadtrat ausgewechselt, aufgrund von dem Malaise mit der Zentrumsverwirklichung, welchem die SVP-Fraktion dazumal nur unter Etappierung zugestimmt hat. Der von der Bevölkerung gewünschte frische Winde wurde jedoch nun zu einem Finanzgewitter. Der Stadtrat sendet mit dem Budget nun neue Blitze aus, weil das Volk bisher klar gezeigt hat, dass Ausgaben, welche nicht festgebunden sind, dringend überprüft, gestrichen oder reduziert werden müssen. Vor den kommunalen Gesetzesänderungen soll man nicht zurückschrecken, um das Finanzziel zu erreichen. Es gilt, Geld kann nur ausgegeben werden, wenn es vorhanden ist. Momentan wird jedoch am Volk vorbeipolitisiert und er hofft, dass sich dies bei den nächsten Wahlen zeigen wird.

Laut Rico Ercolani gibt es nur einen Weg für die Stadt Kriens, um grosse Schulden abzubauen und zwar durch Desinvestitionen. Als man das grosse Zentrum in Kriens plante, wusste man, wie viele Millionen dafür gebraucht werden. Wir haben Land in Kriens, wie zum Beispiel das Gabeldingen in Kriens hat 40 Millionen wert und dort laufen nur Kühe rum und essen Gras. Heutzutage haben wir eine ausserordentlich tolle Zinssituation. Dies könnte sich auch mal ändern und dann wird es schwieriger 200 Millionen Schulden mit 5% zu verzinsen. Seiner Meinung nach sollte, wie dazumal bei der Abstimmung beschlossen, das Areal Gabeldingen eingezont werden um darauf ein Villenquartier zu errichten. Dies würde gute Steuerzahler anziehen. Weiter möchte er gerne wissen ob die Stadt Kriens seriös prüft ob alle Personen in den neu gebauten Wohnungen überhaupt in Kriens angemeldet sind. Die Zahl der neuen Einwohnern gegenüber den Bautätigkeiten in Kriens können nicht stimmen.

Beat Tanner gibt Erich Tschümperlin recht, dass die FDP-Fraktion damals für die Erneuerung des Zentrums war. Zu dieser Zeit hatte jedoch alles im Finanzplan Platz und man hatte sogar noch tiefere Fremdkapitalzinse als damals angenommen. Jedoch wurden die Steuern viel zu hoch Budgetiert. Die FDP-Fraktion hat immer interveniert und auf dieses Problem aufmerksam gemacht. Es wurden auch voraussehbare Kosten im Sozialbereich nicht eingeplant da hat die Fraktion ebenfalls interveniert. Der Konsumaufwand wurde durch die falsch eingeplanten Steuereinnahmen massiv erhöht. Die Schulden kommen also nicht aufgrund von den nachhaltigen Investitionen, sondern weil man über den Verhältnissen gelebt hat. Die FDP-Fraktion hatte auch schon im 2011 einen Vorstoss gemacht um eine Schuldenbremse einzuführen, dies wurde jedoch immer von Mitte-Links immer bekämpft. Bei einer Steuererhöhung muss man gut aufpassen. Wenn ein guter Steuerzahler Kriens aufgrund von dem verlässt, kann man sich mal überlegen wie viele Eigentumswohnungen man in Kriens bauen muss um dies wieder zu kompensieren.

Raphael Spörri bezieht sich auf die Metaphern seiner Vorrednern. Auch er hat Angst vor einem Gewitter. Jedoch nur, weil aktuell der Egoismus spürbar ist. Es ist momentan sehr schwierig dem Bürger zu erklären weshalb man in dieser Situation ist, was die Stadt genau wollen und weshalb ein wenig mehr verlangt werden muss. Es war mehr eine Partei-Werberede der FDP als etwas Anderes. Es wurde ein Kompromiss angeregt, er hat jedoch keine andere Lösung gehört, ausser bei Bildung und Sozialbereich zu sparen. Dies sind jedoch Fixgebundene Ausgaben und man kann dort nicht mehr viel sparen. Der Redner wünscht sich etwas mehr Kompromissbereitschaft. Die SP wäre offen für Kompromisse und Michael Portmann werde dies bestimmt nochmal aufzeigen. Der Stadtrat hat diesen Kompromiss bereits gefunden, der Einwohnerrat jedoch noch nicht. Daran muss der ganze Rat noch etwas arbeiten.

Cyrill Zosso wurde darauf hingewiesen, dass er sagte seine Fraktion sieht nicht mehr viel Sparmöglichkeiten. Es sind jedoch wieder Sparmassnahmen eingeflossen und diese werden von der Grüne/GLP-Fraktion mitgetragen. Das sei schon ein Kompromiss. Bei den Hauswirtschaftlichen Leistungen ist ein Abbau von Fr. 100'000, bei den Betreuungsgutscheinen wiederum einen Abbau von Fr. 50'000. Er betont auch, dass gesagt wurde die Grüne/GLP-Fraktion halte sich nicht an die Finanzstrategie. Sie haben jedoch beim Entlastungspaket der Finanzstrategie noch einige weitere Positionen aufgeführt welche der sprechende kurz erwähnt. Er regt dazu an die Finanzstrategie nicht als Allumfassendes Werk anzusehen. Cyrill Zosso vergleicht die Finanzstrategie mit der Bibel, da man bei beiden viel Interpretationsspielraum hat und man es für sich oder gegen andere auslegen kann. Es muss jedoch einen gemeinsamen Weg gefunden werden um weiterzukommen. Mit der Aussage, dass fehlendes Personal eine Fehlplanung ist, ist er einverstanden. Nun wird vom Stadtrat mehr Personal gefordert und der Einwohnerrat will das Budget zurückweisen, weil es zu weit geht. Die Stadtverwaltung braucht Zeit, damit sich die neue Arbeitskultur etablieren kann und diese Zeit sollte die Stadt auch erhalten. Der Redner bezieht sich noch auf die Aussage von Rico Ercolani und erinnert an das 15-Jährige Einzonungs-Moratorium, womit es schwierig wird beim Gabeldingen ein Villenquartier zu eröffnen. Er stellt auch die Langfristigkeit dieser Desinvestition in Frage. Aufgrund von den letztjährigen Erfahrungen ist die Grüne/GLP-Fraktion bereit das Budget 2022 mitzutragen.

Michael Portmann sagt mit dem Budget liegt eine Gesamtplanung für alle Projekte vom Jahr 2022 vor. Dies sei ein sehr Ambitioniertes Programm und benötigt daher Personalressourcen und der Stadtrat zeigt endlich an was er wirklich benötigt. Das wird von der Bürgerlichen Seite gefordert. Dies kann nicht so schnell behoben und finanziert werden und wird daher einiges Kosten. Dieses Defizit in Kauf zu nehmen schmerzt auch der SP-Fraktion. Der Stadtrat wartet die Rechnung 2021 ab, bis er reagiert und auch dies schmerzt der SP-Fraktion. Jedoch sei der Stadtrat sehr Fair und zeigt die Steuererhöhung vorzeitig an und sagt er setzt sie nur um wenn dies auch wirklich sinnvoll ist. Es sei jedoch absurd, dass er als Linker und Cyrill Zosso als Grüner vor dem Einwohnerrat stehe und eine Bürgerliche Finanzstrategie von einem Konkordanten Stadtrat erläutern muss.

Roger Erni merkt an, dass das vorliegende Budget nicht den Vorgaben der Finanzstrategie 2020-2024 (Eine weitere Verschlechterung der finanziellen Lage ist nicht mehr leistbar – schrieb der Stadtrat im Budget 2021 Version 2) entspricht. Der Stadtrat plant im 2022 eine weitere Verschuldung von 4 Millionen Franken. Der Regierungsratsbeschluss vom 5. Mai 2021 attestierte die Stadt Kriens, dass Defizite, wie dasjenige vom 2021 aus eigener Kraft aufgebracht werden. Es muss erwähnt werden, dass die Stadt Kriens per 31. Dezember 2020 39 Millionen Franken Eigenkapital besitzt (exkl. Spezialfinanzierungen im EK und der Aufwertungsreserve). Das erste Budget vom Stadtrat der Legislatur 2020-2024 ist vor dem Rat. Ein konkordantes Budget mit dem Ziel Eigenständigkeit von Kriens sichern und ein kleiner Handlungsspielraum ermöglichen. Der Stadtrat übergibt der KFG vor der Sitzung bereits auf Sachgruppenebene digital Unterlagen ab. Dies dient dazu Vertrauen zu fördern und Transparenz in die Sache reinzubringen. Als Finanzchef will er dem Rat aufzeigen, was der Stadtrat in diesem vorliegenden Budget entschied. Dem Personal 1 % Lohnmassnahmen zu geben (Betrag Fr. 200'000.00). Der

Einwohnerrat zeigt dem Stadtrat stets an, was mit den Personalmassnahmen über den Stellenplan auf Kriens zukommen dürfte. Er bittet den Rat diese Erhöhungen, welche zu weniger Drucksituation und Entlastung von wichtigsten Ressource, dem Personal führen zu gewähren (Betrag: Fr. 200'000.00). Die Ausgabebremse, welche im 2020 gedrückt wurde und im Budget 2021 Versionen 2 nochmals weiter gedrückt, zurückzufahren. Viele nicht nachhaltige Massnahmen wurden im 2022 wie im Budget 2021 erwähnt, aufgehoben (ein Beispiel: Exkursionen der Schulen Fr. 140'000.00) Von den im Finanzplan vorgegebenen Globalbudget-Senkungen (Fr. 900'000.00) wurden Fr. 600'000.00 umgesetzt. Mit Nachdruck sagt er, dass diese auf 10 Millionen (trotz 3 Millionen Franken Defizit) fixiert werden sollten. Es ist wichtig, dass man stetig in die Infrastruktur investieren. Im 2020 schloss mit einem Nettoaufwand von 1.1 Millionen Franken. 7.5 Millionen Franken weniger als budgetiert. Man weiss, dass dies zu einem Selbstfinanzierungsgrad von über 600 % führt. Erstmals findet man im Budget eine Position Stratus. Damit wollte der Stadtrat gemäss Informationen aus diesem Tool die richtigen Investitionen am richtigen Ort vornehmen. Der Stadtrat zeigt im 2023 eine Steuererhöhung von 1/10 Steuereinheiten an. Dies entspricht der Realität und ist ehrlich. Es kommt dem Stadtrat entgegen, dass vor wenigen Wochen der Kanton entscheid auf 2022 die Steuern um 1/10 Einheiten zu senken. Dies bedeutet, dass im 2022 kommen die Krienser Einwohner in den Genuss einer Steuersenkung. Es gilt zu bemerken, dass mit dem vorliegenden Budget der Stadtrat dem Einwohnerrat dieses Reglement nicht auf das Jahr 2022 in zweiter Lesung vorlegen wird. Ziel aus heutiger Sicht ist dieses auf den 1. Januar 2023 in Kraft zu setzen. Es ist genau das Ziel der Kompromissdemokratie, dass keine Partei, keine Gruppierung total glücklich ist mit grossen politischen «Werken».

Anita Burkhardt-Künzler stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist und nun mit der Detailberatung begonnen werden kann.

Detailberatung

Seite 20

Laut Martin Zellweger zeigt die Erfolgsrechnung Seite 20, dass im Budget 2022 Personalkosten sowie Sach- und übriger Betriebsaufwand gegenüber dem Budget 2021 um gut 6 Millionen Franken angestiegen sind. Dies ist die Hauptursache für die Abweichung des Budgets vom Finanzplan-2, welcher dem Einwohnerrat diesen Frühling vorgelegt wurde. Sicher ist auch ein ansehnlicher Teil dieser Mehrkosten durchwachsende Schülerzahlen, Sozialversicherungskosten oder kantonale Vorgaben bedingt und weniger beeinflussbar. Die Finanzstrategie hat auch für die Ablehnung der Erhöhung des Steuerfusses einen Pfad vorgegeben, um das Ausgabenwachstum besser zu kontrollieren. Es ist die erste Säule. Erich Tschümperlin hat vorhin in seinem Votum drauf hingewiesen, dass die 4-Säulenstrategie von einem «Bürgerlichen» eingeführt wurde. Martin Zellweger möchte nur darauf hinweisen, dass auch damals ein Stadtrat in Konkordanz dafür zuständig war. Problem bei der 4-Säulen Strategie war aber nicht die Einführung der Strategie, sondern deren Umsetzung über Zeit. So ist auch die Aussage von Cyrill Zosso etwas bedauerlich, nämlich, dass die heutige Finanzstrategie eine Bibel sei, welche verschieden ausgelegt werden kann. Die Finanzstrategie gibt klare Vorgaben, u.a. gibt sie konkrete Entlastungspakete für 2020 bis 2024 vor. Nämlich 1.8 Millionen Franken für 2020, 3.1 Millionen Franken für 2021 und Fr. 900'000.00 für 2022. Diese Pakete sind zu kumulieren und in dem jeweiligen Folgejahr weiterzuführen. Nur so kann die Finanzstrategie annähernd umgesetzt werden. Es ist für die SVP-Fraktion nicht nachvollziehbar, dass der Stadtrat zum einen Sparbemühungen der Vorjahre nicht weiterführt, aber auch die Vorgaben für das 2022 nicht einhält. Erst recht bei tieferen Steuereinnahmen resp. bei der massiven Kostensteigerung durch nicht steuerbare Faktoren wäre dies ein absolutes Muss. Hier haben wir beim besten Willen kein Verständnis dafür.

Seite 29 – Risiken und Chancen

Michael Portmann betrachtet die Risiken und Chancen. Für ihn sind «Flexible Arbeitsformen» und «Attraktive Büro-Infrastrukturen» Stärken der Stadt Kriens. Diese können direkt beeinflusst werden. Der tiefere Personalstand, das Sparen bei Weiterbildungsmaßnahmen, das Sparen bei den Stufenanstiegen im Lohnsystem und der Fachkräftemangel sind dagegen Schwächen der Stadt Kriens. Auch diese können direkt beeinflusst werden. Wie gut die Stadtverwaltung «zwäg» ist, wird in der Zahl der Ausfalltage und den Fluktuationen in allen Departementen sichtbar. Diese Zahlen sind hoch und zeigen eine angespannte Lage. Vor allem die fehlenden Fachkräfte machen der SP-Fraktion Sorgen.

Seite 38 – Projekt 15.39 Immobilienstrategie

Michael Portmann stellt fest, dass die Immobilienstrategie ein Extra-Projekt aus der Finanzstrategie ist, welches neben allen Daueraufgaben ohne zusätzliche Personalressourcen ausgeführt wurde. Davon gibt es im Budget noch weitere 15 Projekte. All diese Projekte erfordern langfristig ein Reporting und ein Controlling, was Zeit und Personalressourcen braucht. Und wenn die Arbeit aus diesen Projekten als B+A oder Planungsbericht hier im Parlament diskutiert werden sollen, braucht es eine entsprechende Dokumentation, was wieder Zeit braucht und Personalressourcen bindet.

Seite 43 – Chancen und Risiken

Michael Portmann merkt an, dass das HRM2 eingeführt wurde, die Finanzstrategie 2024 vorliegt, Wachstumsstrategien bezüglich den Steuereinnahmen nach unten korrigiert wurden und das Risikomanagement sowie das interne Kontrollsystem eingeführt sind. All das seien Stärken der Stadt Kriens, welche es nun zu nutzen gelte. Leider stehen diesen Stärken wieder die Schwächen aus den Personaldiensten gegenüber: tiefer Personalstand und Mangel an Fachkräften. Bis heute ist die Wirkung der AFR18 unklar, wobei sich doch schon abzeichnet, dass die AFR18 für Kriens ein Verlustgeschäft ist. Weitere echt externe Risiken sind die Stadt Kriens wächst an allen Ecken und Enden, die Corona-Pandemie flackert immer mal wieder auf und der Kanton Luzern verschiebt wacker weiter Ausgaben aus den Sozialversicherungen in die Stadt Kriens. Tiefer Personalstand und Mangel an Fachkräften. Wie um Himmels willen sollen denn diese Herausforderungen gemeistert werden? Müssten solche Risiken nicht dadurch minimiert werden, in dem die Stärken genutzt und die Schwächen behoben werden? Damit könnten auch Chancen ergriffen werden, welche durchaus auch das Potential haben, die Steuereinnahmen zu erhöhen, weil Kriens als Wohn- und Arbeitsort stärken.

Seite 83 – Leistungsauftrag

Laut Michael Portmann ist GEVER als Verwaltungssoftware omnipräsent in der Stadtverwaltung. Alle für die Verwaltung wichtigen Schriftlichkeiten werden über GEVER abgewickelt. Ohne geht nichts. Entsprechend muss ein Mindestaufwand betrieben werden, damit alles einwandfrei funktioniert. Deshalb ist es mehr als verwunderlich, wenn hier im Leistungsauftrag neue Aufgaben erscheinen, welche für den Betrieb der Stadt Kriens unerlässlich sind, und gleichzeitig die Personalressourcen von 4,8 auf 4,15 Vollzeitstellen reduziert werden. Er erinnert sich an die Schwächen auf Seite 29 bei den Präsidialdiensten. «Keine Ressourcen eingestellt für eine Kernaufgabe in der Verwaltung» ist eine weitere Schwäche der Stadt Kriens. An dieser Stelle fordert die SP-Fraktion den Stadtrat dazu auf, dass er hier schleunigst Nägel mit Köpfen schafft und selbstständig und ohne Antrag ihrerseits die Personalressourcen so aufstockt, dass diese Kernaufgabe wieder erfüllt ist.

Seite 88, Einwohnerkontrolle

Enrico Ercolani, möchte gerne wissen wie die Stadt Kriens prüft, ob alle Personen in den neu gebauten Wohnungen überhaupt in Kriens angemeldet sind. Die Zahl der neuen Einwohner gegenüber den Bautätigkeiten in Kriens können nicht stimmen.

Christine Kaufmann-Wolf gibt Enrico Ercolani recht, dass in Kriens sehr viel gebaut wurde und sich Kriens enorm entwickelt hat in den letzten Jahren. Jedoch hat die Stadt Kriens eine Verlagerung der Bevölkerung. Dies hat man mit dem Wohnkalkulator gesehen, welcher von der Hochschule entwickelt wurde. Personen welche bereits in Kriens in älteren Wohnungen gewohnt haben ziehen innerhalb von Kriens in die neu gebauten Liegenschaften. Die älteren Immobilien werden wieder mit Bewohner gefüllt, welche finanziell schwächer sind. Zu der Frage wie dies geprüft wird erklärt die Stadträtin, dass die Einwohnerkontrolle bei den Immobilienfirmen von den neuen Gebäuden Mieterspiegel angefordert hat um zu prüfen, ob alle Personen angemeldet sind. Die Immobilienfirmen melden auch sonst jeden Mieterwechsel, damit dies nachverfolgt werden kann. Es wurde auch festgestellt, dass die Bevölkerung seit der Corona Pandemie und der damit verbundenen Homeoffice-Pflicht eher grössere Wohnungen hat. Wo früher zwei Personen zusammen in einer Wohnung gelebt haben, lebt nun nur noch eine Person.

Erich Tschümperlin fragt betreffend der Spitex für hauswirtschaftliche Leistungen. Diese werden massiv gekürzt, was sagt die Spitex und was für Auswirkungen hat diese Kürzung auf die Leistungsbezügler?

Cla Büchi gibt bekannt, die Leistungsvereinbarung mit der Spitex müsse erneuert werden, weil diese Ende 2021 ausläuft. Es sei jedoch noch offen bis wann genau diese verlängert wird. Darin ist einerseits die gebundene Leistung der Pflege und andererseits die Leistung Hilfe zu Hause oder wie bisher Hauswirtschaftliche Leistungen genannt. Die Stadt Kriens ist mit Spitex in Verhandlung, jedoch bestehen bei der Leistung Hilfe zu Hause noch Uneinigkeiten.

Seite 136

Michèle Albrecht möchte auf ein Dilemma bei der Besprechung der Finanzen aufmerksam machen. Es geht um den hohen Kostendeckungsgrad auf Seite 136 der Schul- und Familienergänzenden Tagesstrukturen. Diese hohen 82% haben Michele Albrecht dazu veranlasst diesen Betrag genauer unter die Lupe zu nehmen. Dies bedeute jedoch, dass die Elternbeiträge um rund 50% erhöht werden müssten. Sie ist einerseits der Meinung, dass finanzstarke Eltern dies auch bezahlen sollen. Ein Mittagessen für Fr. 40 oder eine Nachmittagsbetreuung für über Fr. 100 wäre teurer als bei einer Kinderkrippe. Dies ist für gute Steuerzahler und vor allem doppelverdienende Eltern, welche auf das Betreuungsangebot angewiesen sind sehr unattraktiv.

Roger Erni möchte die von den Einwohnerräten erwähnten Steigungen im Sachaufwand erklären. Dies macht er anhand von fünf Positionen im Heft, welche sich auf dieses Jahr verändert haben. Auf Globalbudgetebene sei nicht genau ersichtlich weshalb sich diese Beträge teilweise um bis zu 39% erhöht haben obwohl sich eigentlich nicht wirklich etwas verändert hat. Deshalb hat auch die KFG beim Stadtrat nachgefragt. Der Stadtrat konnte der KFG dann die Sachgruppen abgeben. Roger Erni bezieht sich nun auf die fünf Beispiele welche eine Steigerung im Sachaufwand verursacht haben, ohne dass es wirklich eine Steigerung in den Ausgaben ist. Seit diesem Jahr werden in den Familienergänzenden Tagesstrukturen die Mittagsmenus nicht mehr selber gekocht, sondern von Menu and More geliefert. Dies kostet Fr. 383'000 und wird im Sach- und Betriebsaufwand verrechnet, jedoch ist auch

der Ertrag um 92% gestiegen und die Mittagsmenus werden dadurch finanziert. Weiter schenkt die Informatikstrategie vom Schul-Lehrplan 21 nun zum ersten Mal ein, denn die GICT Pauschale ist um Fr. 153'000 gestiegen. Die Stadt Kriens hat auch sieben Fälle Schulpsychologischer Dienst welche pro Fall 35'000 kostet. Dies wird dann aber vom Kanton rückvergütet. Es gab noch eine Veränderung bei der Verrechnung von den Mittagessen bei den Sportschülern. Dieses Essen wird von der Stadt Kriens bezahlt und dann an die Eltern weiterverrechnet. Als letzter Punkt nennt Roger Erni noch die Steigerung in der Bildung für die Lehrmittel und dies hat der Stadtrat so entschieden, weil gute Bildung wichtig sei.

Rückweisungsantrag SVP

Martin Zellweger möchte im Namen der SVP-Fraktion folgenden Antrag überweisen:

«Die SVP-Fraktion beantragt die Rückweisung des Budgets mit dem Auftrag an den Stadtrat ein Budget vorzulegen, welches ohne Steuererhöhung und mit den Entlastungsvorschlägen gemäss Finanzstrategie den Verlust mindestens halbiert.»

Raoul Niederberger spricht für die Grüne/GLP-Fraktion und opponiert diesem Antrag, denn die Fraktion ist der Meinung, dass Sparmassnahmen soweit wie möglich ausgereizt sind. Der Stadtrat soll die Chance erhalten jetzt zu arbeiten und sich nicht mit einem Budgetverfahren beschäftigen zu müssen. Dazu findet die Fraktion, dass die SVP sich es ein wenig einfach macht mit dieser Forderung ohne Verbesserungsvorschläge zu unterbreiten.

Erich Tschümperlin meint dieser Antrag klemmt irgendwie, da gar keine Steuererhöhung Budgetiert ist.

Martin Zellweger antwortet, dass dies sich nicht widerspricht. Die SVP möchte eine Halbierung der Schulden ohne dass der Stadtrat einfach die Steuern erhöht.

Michael Portmann hat eine Frage zum Antrag, denn seiner Meinung nach ist dieser Antrag so nicht möglich. Verlust sei ein Begriff aus der Rechnung und ist schon real. Wenn dann müsste ein Defizit halbiert werden. Möchte von der SVP-Fraktion wissen wie dies funktioniert.

Martin Zellweger sagt der Begriff «Verlust» ist seit HRM2 Begrifflichkeit, ansonsten müsste er von einer Fachperson belehrt werden.

Abstimmung Ordnungsantrag Beat Tanner – Fortführung Diskussion

Mit 15:9 Stimmen und zwei Enthaltungen wird der Ordnungsantrag abgelehnt.

Albrecht Michèle	Ja
Bienz Viktor	Enthaltung
Camenisch Rätö	Ja
Ercolani Enrico	Ja
Fluder Hans	Ja
Gomer-Beacco Bettina	Nein
Gut Kathrin	Nein
Kobi Tomas	Nein
Koch Patrick	Nein
Lengwiler Beda	Enthaltung
Lisibach Armin	Ja

Meyer Pascal	Nein
Niederberger Raoul	Nein
Portmann Michael	Nein
Rösch Daniel	Ja
Rüegg Beat	Ja
Seger Cedric	Nein
Solari Simon	Nein
Spörri Raphael	Nein
Stofer Peter	Nein
Tanner Beat	Ja
Tschümperlin Erich	Nein
Vonesch Andreas	Nein
Zellweger Martin	Nein
Ziemssen Jörg	Ja
Zosso Cyrill	Nein

Abstimmung Rückweisungsantrag SVP

Mit 10:16 Stimmen wird der Antrag SVP abgelehnt.

Albrecht Michèle	Nein
Bienz Viktor	Nein
Camenisch Rätö	Ja
Ercolani Enrico	Ja
Fluder Hans	Ja
Gomer-Beacco Bettina	Nein
Gut Kathrin	Nein
Kobi Tomas	Nein
Koch Patrick	Ja
Lengwiler Beda	Nein
Lisibach Armin	Ja
Meyer Pascal	Nein
Niederberger Raoul	Nein
Portmann Michael	Nein
Rösch Daniel	Ja
Rüegg Beat	Ja
Seger Cedric	Nein
Solari Simon	Nein
Spörri Raphael	Nein
Stofer Peter	Nein
Tanner Beat	Ja
Tschümperlin Erich	Nein
Vonesch Andreas	Nein
Zellweger Martin	Ja
Ziemssen Jörg	Ja
Zosso Cyrill	Nein

Änderungsantrag SVP: Seite 7 – Beschlusstext

Martin Zellweger möchte im Namen der SVP-Fraktion folgenden Änderungsantrag überweisen:

Alt: «3. Der Aufgaben- und Finanzplan 2022 – 2026 wird zur Kenntnis genommen.»

Neu: «3. Der Aufgaben- und Finanzplan 2022 – 2026 wird ablehnend zur Kenntnis genommen.»

Martin Zellweger sagt, da die das Budget ablehnen stimmt für uns weder die Ausgangslage der Aufwandsentwicklung, noch möchten wir die angezeigte Steuererhöhung in dieser Form tragen.

Raoul Niederberger sagt, dass die Grüne/GLP Fraktion diesem Antrag opponiert, weil dadurch ein falsches Signal gesendet wird. Die Fraktion unterstützt den Vorschlag auf dem Beschlussetext vom Stadtrat.

Abstimmung Änderungsantrag SVP

Mit 10:16 Stimmen wird der Antrag SVP abgelehnt.

Albrecht Michèle	Nein
Bienz Viktor	Nein
Camenisch Rätö	Ja
Ercolani Enrico	Ja
Fluder Hans	Ja
Gomer-Beacco Bettina	Nein
Gut Kathrin	Nein
Kobi Tomas	Nein
Koch Patrick	Ja
Lengwiler Beda	Nein
Lisibach Armin	Ja
Meyer Pascal	Nein
Niederberger Raoul	Nein
Portmann Michael	Nein
Rösch Daniel	Ja
Rüegg Beat	Ja
Seeger Cedric	Nein
Solari Simon	Nein
Spörri Raphael	Nein
Stofer Peter	Nein
Tanner Beat	Ja
Tschümperlin Erich	Nein
Vonesch Andreas	Nein
Zellweger Martin	Ja
Ziemssen Jörg	Ja
Zosso Cyrill	Nein

Karin Schuhmacher Bürgi liest den **Beschlussetext** vor:

1. Das Budget 2022

- mit einem Aufwandüberschuss von 3'255'857 Franken sowie Investitionsausgaben von 14'864'000 Franken sowie einem Steuerfuss von 1.95 Einheiten (Vorjahr 1.95 Einheiten) mit dem in der Beratung verabschiedeten Inhalt
 - mit den politischen Leistungsaufträgen
 - mit der Feuerwehersatzsteuer für das Jahr 2022 von 2 ‰ analog dem Vorjahr
- wird festgesetzt.

2. Die Beschlüsse gemäss der vorstehenden Ziffer unterliegen dem fakultativen Referendum.

3. Der Aufgaben- und Finanzplan 2022 – 2026 wird zur Kenntnis genommen.

4. Mitteilung an den Stadtrat.

Abstimmung über den Beschlusstext Bericht und Antrag Nr. 064/21:

Der Beschlusstext wird mit 15:10: 1 Enthaltung Stimmen genehmigt.

Albrecht Michèle	Ja
Bienz Viktor	Ja
Camenisch Rätö	Nein
Ercolani Enrico	Nein
Fluder Hans	Nein
Gomer-Beacco Bettina	Ja
Gut Kathrin	Ja
Kobi Tomas	Ja
Koch Patrick	Nein
Lengwiler Beda	Ja
Lisibach Armin	Nein
Meyer Pascal	Ja
Niederberger Raoul	Ja
Portmann Michael	Ja
Rösch Daniel	Nein
Rüegg Beat	Nein
Seeger Cedric	Ja
Solari Simon	Enthaltung
Spörri Raphael	Ja
Stofer Peter	Ja
Tanner Beat	Nein
Tschümperlin Erich	Ja
Vonesch Andreas	Ja
Zellweger Martin	Nein
Ziemssen Jörg	Nein
Zosso Cyrill	Ja

7. Beantwortung Interpellation Zosso: Schliessung Hort- und Mittagstisch im Heinrich Walther Haus und Schulhausschliessung Bleiche **Nr. 031/21**

Die schriftliche Antwort wurde via Extranet zugestellt.

Anita Burkhardt-Künzler fragt den Interpellanten, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Cyrill Zosso wünscht eine Diskussion.

Anita Burkhardt-Künzler stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Laut Cyrill Zosso dankt die Grüne/glp-Fraktion für die Beantwortung der Interpellation und begrüsst es, dass der Stadtrat eine Übergangslösung für den Standort Bleiche gefunden hat. Vor allem auch mit den baurechtlich engen Limitierungen. Dennoch gibt es einige Punkte, die sie irritieren. Der frische Wind hat viele Änderungen versprochen. Unter anderem auch bei der Zusammenarbeit mit dem Einwohnerrat. Dazu passt für die Fraktion die Antworten auf die Fragen nicht, weshalb die Schliessungen dem Einwohnerrat nicht angezeigt wurden. «Es wird auch nirgends erwähnt, dass die Tagesstruktur nicht verschoben werden darf» und «Die Schulraumplanung legt keine definitive Schulraumstrategie fest». Cyrill Zosso ist der Meinung, dass diese Aussagen nicht vertrauenswürdig sind. Der Einwohnerrat sprach heute bereits über Unklarheiten mit den Finanzen in der Immobilienabteilung und die

dadurch ausgelöste PUK. Es wurden dann gemäss neuem Stadtrat viele Lehren gezogen. In der Antwort auf diese Interpellation schreibt der Stadtrat nun, dass die Verschiebungen im Budget 2021 bei den Immobiliendiensten berücksichtigt sei. Ausser diese Beträge sind in irgendwelchen allgemeinen Positionen versteckt, scheint dies aber nicht der Tatsache zu entsprechen. So ist im Budget für die Bleiche eine 0 angezeigt, das Heinrich Walter Haus wird gar nicht aufgeführt. Es scheint auch so, dass Kriens, obwohl das Bleiche im Unterhalt sehr teuer war, trotzdem schlussendlich höhere Ausgaben für die neuen Räumlichkeiten haben. Der Stadtrat weist darauf hin, dass die Schulraumplanung halt keine Schulraumstrategie sei. Er hat sich gefragt, wie langfristig denn die Strategie entwickelt wurde, wenn in einem Hauruck Hort und Schulhaus geschlossen werden, ohne überhaupt die Zeit zu haben, Kommission oder Einwohnerrat zu informieren. Des weiteren hat der Stadtrat nun eine weitere Immobilie mitten in Kriens leer gespielt, ohne Ideen für Zwischennutzungen oder eine weitere Nutzung aufzuzeigen. Zwar konnte das Bleiche kurzfristig gefüllt werden, was hier der langfristige Plan ist, bleibt offen. Dasselbe scheint beim Heinrich-Walter-Haus der Fall zu sein. Auch Leerstände sind nicht gratis und können nicht mit den Kosten der neu anfallenden Miete gegengerechnet werden. Und leere Häuser Mitten in der Stadt sind traurig mit anzusehen. Leider überzeugt die Grüne/glp-Fraktion das Vorgehen des Stadtrates nicht, die mögliche Strategie ist undurchsichtig und nimmt sie als Sparringpartner nicht mit. So steigen die Kosten für die Schulen weiter an und das Krienser Zentrum wird durch die leerstehenden Immobilien nicht attraktiver.

Beat Rüegg bedankt sich im Namen der SVP-Fraktion für diese Interpellation sowie auch für die Beantwortung vom Stadtrat. Es wurde schon seit Jahren über das Schulhaus Bleiche diskutiert und die SVP-Fraktion unterstützt nun die vom Stadtrat gefällte Entscheidung. Es sei aus Betriebswirtschaftlichen und Führungstechnischen Gründen nicht möglich ein Gebäude für nur zwei bis drei Klassen zu erhalten. Der neue Hort Standort wurde in die Zentrumschulanlagen integriert und das vorherige Schulhaus Bleiche wird in den nächsten drei Jahren durch Jungasylanten genutzt und dies wird vom Kanton finanziert. Die SVP-Fraktion erwartet Zeitnahe Nutzungsvorschläge bei der Immobilienstrategie und der definitiven Schulraumplanung 2021.

Daniel Rösch meint es wurde bereits viel diskutiert und Tatsachen sind geschaffen. Eine sinnvolle Zwischennutzung des Schulhauses Bleiche mit der Vermietung an den Kanton Luzern für 3 Jahr ist erfolgt. Für die FDP stimmt somit die Strategie des Stadtrates!

Beda Lengwiler merkt an, dass Die Mitte/Die junge Mitte-Fraktion mit der Beantwortung der Interpellation grundsätzlich zufrieden sind. Die Fragen wurden knapp, aber präzise beantwortet. Sie sind jedoch nicht erfreut darüber, dass Schuleinrichtungen geschlossen werden müssen und gegen längere Schulwege sind sie auch. Doch muss den Tatsachen ins Auge geblickt und akzeptiert werden, dass Kriens durch die finanzielle Lage und folglich knappen Mittel auch auf gewisse Sachen verzichten muss. Deswegen versteht die Fraktion den Entscheid. Die Fraktion ist der Meinung, dass es Sinn macht, den Hort und Mittagstisch in der Nähe der bestehenden Schulhäuser liegen. Deshalb ist der Standort im Heinrich Walterhaus nicht mehr sinnvoll. Bezüglich der neuen Nutzung des Bleiche Schulhauses sind sie sehr positiv gestimmt. Mit Asylschulungen wurde sehr schnell ein sinnvolles Nutzen gefunden. Die Fraktion unterstützt diesen Nutzen aus drei Gründen. Das Gebäude steht nicht lange leer. Sie halten die Integration und folglich auch die Schulung von Asylanten für sehr wichtig. Die Stadt Kriens kann durch die Vermietung das Gebäude behalten und gleichzeitig einen Ertrag erzielen. Die Mitte/Die junge Mitte-Fraktion hofft inständig, dass der Stadtrat ebenfalls für das Heinrich Walther Haus einen geeigneten Nutzen findet. Zusammenfassend nimmt die Fraktion die Beantwortung der Interpellation zur Kenntnis. Sie finden die Schliessung schade, haben jedoch Verständnis. Der Stadtrat hat schnell einen geeigneten Ersatz gefunden.

Kathrin Gut dankt für die Antwort vom Stadtrat. Zwischen der Fragestellung und der Beantwortung hat sich einiges geklärt. Die Zwischennutzung als Schulhaus für die Kinder von Asylsuchenden begrüsst die SP-Fraktion, somit sollte auch der Platz um das Schulhaus Bleiche weiterhin offen sein für die Bevölkerung. Der Hort und der Mittagstisch Grossfeld liegt ab Herbst neben den Schulhäusern im Zentrum. Die Nähe zu den Schulhäusern und der Platz zum Spielen ist vorhanden. Sie fragt, was die Stadt für eine Nachfolgelösung für das Heinrich Walther Haus gedenkt.

Marco Frauenknecht dankt für die Rückmeldungen. Zusammenarbeit, Finanzen und Hauruckaktionen wurden angesprochen, in der KBSG hat er jeweils informiert, diese Informationen sind geflossen. Zur Schulraumplanung sind im Jahr 2020 Themen wie Schliessungen oder neue Standorte noch nicht angeschaut worden. Die KBSG wurde vom zuständigen Stadtrat informiert, dass die Schulraumplanung 2021 seit zwei Wochen vorliegt. Dies hat auch eine neue Schulraumstrategie zur Folge. Der Stadtrat wird in der Klausur Ende November diesbezüglich vom Bildungs- und Kulturdepartement informiert. Bis jetzt hat man im 2-Jahresrhythmus die Schulraumplanung eruiert. Stand heute hat man keine Schulraumstrategie, doch dem wird nun entgegengewirkt. Mit dieser werde man anschliessend in die Kommissionen gehen und danach in den Einwohnerrat. Die Immobilienstrategie wird man, wie von Roger Erni bereits erwähnt, im Einwohnerrat diskutieren, die beiden Gebäude HWH und Bleiche sind dort neben vielen anderen Gebäuden auch mitinbegriffen. Marco Frauenknecht betont, dass dies keine Hauruckübungen sind, sondern dies wurde vom Stadtrat geprüft und anschliessend entschieden. Zusammenfassend ist der Stadtrat heute dankbar, dass man mit der Horwerstrasse einen neuen Raum für die Tagesstruktur gefunden hat.

8. Beantwortung Interpellation Zosso: Der Verwaltungsrat der Heime Kriens AG gibt sich eine Lohnerhöhung – ist dies berechtigt? Nr. 038/21

Die schriftliche Antwort wurde via Extranet zugestellt.

Anita Burkhardt-Künzler fragt den Interpellanten, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Cyrill Zosso wünscht eine Diskussion.

Anita Burkhardt-Künzler stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Cyrill Zosso merkt an, dass die Grüne/glp-Fraktion dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation dankt. Generell ist die Fraktion zufrieden mit der Antwort und dankt auch dem Verwaltungsrat für die erbrachte Arbeit. Unklar für sie ist, weshalb der Stadtrat in der Antwort die «langfristigen Strategieziele» und das «interne Kontrollsystem» als «ausserordentliche Arbeiten» hervorheben. Aus ihrer Sicht, und gemäss einer Definition auf vr-wissen.ch, zählen genau die «Entwicklung der strategischen Ziele», sowie die «Kontrolle der Ausführungsorgane hinsichtlich der Zielerreichung» zu den zentralen Aufgaben des Verwaltungsrates. Zum Schluss würde die Fraktion es sehr begrüssen, wenn die detaillierte Aufführung der Vergütungen beigegeben wird und freuen sich auf die positive Weiterentwicklung der Heime.

Martin Zellweger möchte hervorheben, dass der Stadtrat mit der Beantwortung der Interpellation transparent berichtet. Auf den ersten Blick sind die Ausführungen plausibel. Ins Auge sticht dabei sicher auch die nicht unerhebliche Entschädigung der ständerätlichen Verwaltungsräte. Dieses Honorar fliesst mit dem

neuen Besoldungsreglement jetzt endlich grösstenteils in die Stadtkasse. Grundsätzlich ist das Führen einer tieferen Grundpauschale für den Verwaltungsrat sinnvoll. Extra-Aufgaben können so separat und gezielter vergeben werden, nicht nach dem Giesskannen-Prinzip. Andererseits muss aber auch klar definiert sein, was denn zu den Grundaufgaben gehört. Das kommt aus diesem Bericht nicht direkt hervor. Folgt man der BDO Schweiz Publikation zu den VR Honoraren bei KMUs 2020, so kann man feststellen, dass im Grundsatz das Honorar auch mit den Zusatzvergütungen bei den Mitgliedern durchaus im Mittleren Bereich von vergleichbaren KMU liegt. Die Beantwortung schafft Transparenz. Die SVP-Fraktion bedankt sich beim Stadtrat.

Daniel Rösch dankt im Namen der FDP-Fraktion dem Stadtrat für die Beantwortung. Der Stadtrat hat die Entschädigungen detailliert über die Jahre aufgelistet. Im Vergleich zur Entschädigung einer Einwohnerrätin oder eines Einwohnerrates ist das kein Vergleich, da herrscht sicher eine gewisse Ungleichheit bezüglich der Entschädigung. Jetzt könnte man stundenlang diskutieren, wer mehr Verantwortung hat. Ein Verwaltungsrat der Heime Kriens oder ein Mitglied des Einwohnerrates. Wer effizienter arbeitet ist aber klar ersichtlich. Der Verwaltungsrat wird an seinen Leistungen gemessen. Diese waren bisher gut. Dem Verwaltungsrat soll seine Entschädigung gegönnt sein. Er hat grosse Herausforderungen vor sich. Mit dem Grossfeld warten grosse Herausforderungen auf den Verwaltungsrat.

Laut Andreas Vonesch dankt Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion dem Stadtrat für die gute Beantwortung der Fragen. Es wird darin klar aufgezeigt, wie sich die Entschädigungen des Verwaltungsrats generell zusammensetzen und wie sich dies zahlenmässig auf die Jahre 2018 bis 2020 ausgewirkt hat. Der Fraktion scheint es logisch und gerechtfertigt, dass der tatsächlich geleistete Mehraufwand auch entsprechend entschädigt wird. Es darf nicht vergessen werden, dass die Heime Kriens AG unternehmerisch eigenständig unterwegs sind und dies erfolgreich. Die Beantwortung der Fragen zeigt auch auf, dass mit dem Projekt «Grossfeld» weitere herausfordernde Arbeiten auf den Verwaltungsrat warten. Die Fraktion dankt dem Verwaltungsrat der Heime Kriens AG für die Arbeit zugunsten aller Bewohnerinnen und Bewohnern.

Kathrin Gut dankt dem Stadtrat für die transparente Beantwortung. Die Mehraufwände hat sie bereits im Votum betreffend den Heimen Kriens auch schon angesprochen. Die Begründung damals betreffend den höheren war nachvollziehbar. In Zukunft ist sicherlich die finanzielle Gesamtlage der Heime auch bei den Verwaltungsrat Honoraren zu berücksichtigen. Bei einer gemeinnützigen AG sollte auf jeden Fall darauf geachtet werden, dass den Angestellten angemessene Löhne ausbezahlt werden können. Besonders bei dem ausgetrockneten Arbeitsmarkt, Fachpersonen sind sehr schwer zu finden. Die Basis ist es, welche täglich all ihre Kräfte in die Arbeit stecken, trotz widrigen Umständen wie Corona und vermehrten Krankheitsausfällen. Ganzheitlich gesehen ist es zu vermeiden, dass die Heimtaxen infolge steigender Kosten ansteigen dies steigert wieder die Sozialausgaben wie die Ergänzungsleistungen und die wirtschaftliche Sozialhilfe als Taxausgleich. Transparenz und eine sehr gute Begründung der Zahlen sind die Voraussetzung um Vertrauen zu schaffen. Sie fragt, ob es ein Kostendach bei den Verwaltungsrathonoraren gibt. Insgesamt hofft die SP-Fraktion, dass die Bauprojekte im Grossfeld zeitnah angepackt werden können und sind sich auch bewusst, dass dies mehr Zeitaufwand seitens des Verwaltungsrates generiert. Für weitere detaillierte Aufstellung ist die Fraktion dankbar.

Cla Büchi dankt für die Rückmeldungen und die Wertschätzung der Arbeit des Verwaltungsrates. Es stehen doch einige wichtige Aufgaben an. Das Grossfeld wird neu gebaut und auch im Zunacher besteht Sanierungsbedarf. Es wurde angesprochen wurde das Vergütungen weiterhin ersichtlich sein sollten, im Dezember kommt Eignerstrategie und das wird dann dort auch so definiert. Der Stadtrat hat bei der GV von der Heim AG nachgefragt, was genau die Aufgaben des Verwaltungsrates sind. Die Antworten wurden im August nachgereicht. Diese Aufgaben wurden teilweise in der Beantwortung der Interpellation integriert, es gibt jedoch noch einige weitere welche der Sozialvorsteher kurz aufzählt. Strategieentwicklung der Heime Kriens AG, Wettbewerb Begleitung und Ausführung Grossfeld, Sanierung Zunacher, Zusammenarbeit mit dem

Personalverband inklusive den Workshops welche in dieser Zusammenarbeit geführt werden, Abstimmung vom GAV, Analyse Massnahme Bewohner- und Personal Umfrage, Umsetzung Massnahmen Covid, Rekrutierung neue Verwaltungsratsmitglieder, Diskussion der Leistungsvereinbarung mit Stadt Kriens. Es gibt kein Kostendach, jedoch ist die Vergütung fixiert auf Fr. 9'000 pro Jahr für jedes Verwaltungsratsmitglied. Heime Kriens AG hat eine sehr tiefe Fluktuationsrate deshalb ist davon auszugehen, dass die Zufriedenheit der Mitarbeiter gegeben ist.

9. Motion Tanner: Anpassung der Ausgabenkompetenz des Einwohnerrats

Nr. 046/21

Gemäss Anita Burkhardt-Künzler ist der Stadtrat für die Überweisung dieses Postulats. Er fragt den Einwohnerrat, ob jemand opponiert.

Als Beat Tanner die Begründung des Stadtrates zu unserer Motion Anpassung der Ausgabenkompetenz des Einwohnerrats gelesen hat, hatte er im ersten Moment das Gefühl, dass er die ablehnende Haltung des alten Stadtrates aus dem Jahre 2013 zu seiner Motion «Änderung der Finanzkompetenz des Gemeinderats in der Gemeindeordnung» liest. Er hat das Datum noch einmal richtig angeschaut und hat festgestellt, dass es doch eine Antwort auf die aktuelle Motion vom Stadtrat ist. Zu seinem Erstaunen sind offenbar kein neuer Wind und keine Einsicht im Stadthaus eingekehrt. Da zum einen die Gemeindeordnung davon betroffen ist und es für Änderungen eine Volksabstimmung braucht und weil die FDP-Fraktion eine gewisse Verbindlichkeit des Stadtrates will. Aus diesen Gründen hat sich die Fraktion für eine Motion entschieden. Bewusst haben sie in ihren Forderungen auf eine definierte Höhe verzichtet. Die Absicht war, dass der neue Stadtrat einen Vorschlag dazu bringen kann und der Einwohnerrat dann über eine allfällig neue Kompetenzhöhe beraten kann. Aufgrund der Behandlung in der KFG ist die Fraktion bereit, die Motion in ein Postulat umzuwandeln, um einer Überweisung des Anliegens den Boden zu ebnet. Er erinnert den Rat daran, dass eine Überweisung des Anliegens als Postulat nicht gleich bindet für den Stadtrat ist. Im Vergleich mit anderen Städten oder Gemeinden hat die Stadt Kriens eine sehr Hohe Ausgabenkompetenz für den Stadtrat. Das heisst aber auch, dass für Geschäfte bis 2.6 Millionen Franken kein Referendum ergriffen werden kann. Hier kommt dem Stadtrat eine sehr hohe Verantwortung zu. Für die FDP-Fraktion ist klar, dass im Vergleich zu anderen wie auch zum Kanton, bei welcher die Kompetenz des Regierungsrats nur unwesentlich höher ist, die Höhe der Ausgabenkompetenz überprüft werden muss. Der Stadtrat bringt auch Argumente, dass eine Anpassung mit erheblichen Aufwand und Kosten verbunden ist und blendet die demokratischen Mittel und den Nutzen völlig aus. Der Einwohnerrat hätte wohl mehr B+A's zu beraten, was aus ihrer Sicht auch richtig ist. Vielleicht würden dann auch weniger Vorstösse eingereicht. Er merkt an, dass Leistungsvereinbarungen nach Laufzeit berechnet werden. Es kann ja wohl kein Argument sein, die Kompetenz der Ausgaben nicht anzuschauen, weil eine Senkung zu Gunsten des Einwohnerrats mehr Arbeit generiert. Sonst müsste man sich fragen, ob es dem Stadtrat lieber wäre, ohne Einwohnerrat zu regieren. Das wäre effizienter, aber die Entscheidungen wären in der Bevölkerung nicht breit abgestützt. Die FDP-Fraktion wünscht sich vom Stadtrat eine Auslageordnung mit einem Vorschlag über die künftigen Ausgabenkompetenzen zwischen dem Stadtrat und dem Einwohnerrat und der Referendumsfähigen Einwohnerinnen und Einwohner. Sie freuen sich auf eine sachliche Diskussion über die Kompetenzzuweisungen zwischen Stadtrat und Einwohnerrat und bitten den Einwohnerrat ihr Anliegen als Postulat zu überweisen.

Martin Zellweger merkt an, dass die KFG die Motion in ihrer September Sitzung diskutiert hat. Sie hat jedoch keine Abstimmung gemacht oder eine Empfehlung ausgesprochen. Bereits zu Beginn zeigte der Stadtrat bereits Bereitschaft einen Bericht auszuarbeiten und die Thematik auszuleuchten, sollte der Motionär seine Motion in ein Postulat umwandeln. Insbesondere auch weil in der Motion keine konkrete Grösse für die Festlegung der freibestimmbaren Ausgaben verlangt wurde und so erst eine Ab-

wägung gemacht werden müsse. Die Diskussion zeigte, dass die Bereitschaft des Stadtrates den Vorstoss in Form eines Postulats entgegenzunehmen bei den Fraktionen grundsätzlich positiv aufgenommen wurde. Man hat sich jedoch nicht auf eine grundsätzliche Empfehlung durch die KFG festgelegt.

Gemäss Pascal Meyer begrüsst die Grüne/glp-Fraktion den Entscheid die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Die Diskussion um die Ausgabenkompetenz ist eine Folge der nicht unzweifelhaften finanzpolitischen Führung der Gemeinde Kriens der vergangenen Jahre. Demzufolge hat das Vertrauen in die Krienser Exekutive stark gelitten. Bekannterweise ist die gegenwärtige Exekutive mit neuen Personen besetzt worden. Der jetzige Stadtrat arbeitet bisher mit einer relativ hohen Transparenz. Die Fraktion bewertet diese Entwicklung der kommunikativen Praxis als positiv. Sie gibt ihnen das verlorene Vertrauen schrittweise zurück. In der Begründung schreibt der Stadtrat nun, dass die Finanzkompetenz von frei bestimmbareren Ausgaben mit der vergangenen Revision der Gemeindeordnung massiv angepasst wurde. Aus Gründen der Effizienz soll diese Ausgabenkompetenz nicht abermals angepasst werden. Nun ist der Stadtrat dennoch bereit, im Bericht zum Postulat die Folgen einer weiteren Verschärfung aufzuzeigen. Die Fraktion möchte eine stringente Antwort auf die Frage haben, wie der Stadtrat die Höhe der Finanzkompetenz bezüglich der frei bestimmbareren Ausgaben beurteilt. Ob der Einwohnerrat mehr Arbeit oder die Gemeindeordnung angepasst werden muss, kann keine akkurate Begründung der Höhe der stadträtlichen Finanzkompetenz sein. Viel mehr stellt sich die Frage, über welche Geschäfte hätte man in vergangenen Zeiten bei tieferen Kompetenzen zusätzlich diskutiert. Hätte diesen Geschäften eine politische Einordnung geholfen? Welche Geschäfte wären in Zukunft von tieferen Finanzkompetenzen betroffen? Mit welchen Kosten ist bei einer Ausweitung des Verwaltungsaufwandes solcher Geschäfte konkret zu rechnen? Hat der Stadtrat über mit der jetzigen Kompetenz politische brisante oder Geschäfte mit hohem Risiko in eigener Kompetenz entschieden? Welcher Prozentsatz des Steuerertrages als stadträtliche Finanzkompetenz kann der Stadtrat im Bezug auf die obigen Fragen als sinnvolle Höhe der Finanzkompetenz nachvollziehbar erörtern? Das von Beat Tanner erwähnte grössere Mitspracherecht des Einwohnerrates bei diesen Ausgaben muss sich aus Sicht der Fraktion nicht als Mehraufwand, sondern als qualitativer Mehrertrag bei Geschäften erweisen. Ansonsten ist die eine Ausweitung des Verwaltungsaufwandes keine sinnvolle Investition. In diesem Sinne soll der Stadtrat nun prüfen, ob dem Rat eine Änderung dieser Kompetenz vorzuschlagen ist.

Laut Martin Zellweger hat die SVP-Fraktion bereits bei der letzten Revision der Gemeindeordnung eine Reduktion der Stadträtlichen Kompetenzen für freibestimmbareren Ausgaben verlangt. Die Arbeitsgruppe hat sich zwar dagegen ausgesprochen, die Fraktion hat trotzdem im Einwohnerrat eine Reduktion der Kompetenz auf 1.5 % des Steuerertrags - also ca. 1.3 Millionen Franken – beantragt. Mit den einschlägigen Erfahrungen der letzten Jahre wäre das jedoch inzwischen zu hoch angesetzt. Es war auch damals bereits ein Kompromiss. Vor der Revision lag die Kompetenz bei ca. 4 Millionen Franken, auch eine Leistung welche Kriens einzigartig gemacht hat. Der Vorschlag der Arbeitsgruppe wurde mit den 3 % - als ca. 2.6 Millionen Franken angenommen, dies gilt auch heute. Auch hier ist Kriens im Vergleich zu anderen Städten oder umliegenden Gemeinden Spitzenreiter, anscheinend immer wenn es ums Geld ausgehen geht. Sogar Zürich liegt mit 2 Millionen Franken hinter Kriens, die Stadt Luzern mit Fr. 750'000.00 massiv tiefer und umliegende Gemeinden sind dann im Vergleich zu Kriens schon fast ohne Kompetenz. So unterscheiden sich die politischen Kulturen. Wenn es ums Geld ausgehen geht wird in Kriens anscheinend Vertrauen grossgeschrieben. Hier ist jedoch Vertrauen nicht die korrekte Sprache, heute spricht man von Governance. Es geht um einen Ordnungsrahmen der sicherstellt, dass die Willensbildung und Entscheidungsfindung bei der Erfüllung öffentlicher Aufgaben organisiert und in einem vernünftigen situationsgerechten Rahmen abläuft. In der finanziell prekären Situation, kombiniert mit den im Rahmen der PUK aufgezeigten organisatorischen Mankos die erst noch beseitigt werden müssen, ist es nichts Anderes als verantwortungsvoll mit alten Zöpfen aufzuräumen und nicht den Zeiten der grossen Kellen nachzutruern. Nochmals, das hat überhaupt nichts damit zu tun ob man einer Behörde Vertrauen schenkt oder nicht, es ist schlichtweg zeitgemässe Governance. Der Rat soll sich an die Voten zur Bauabrechnung Sportstadion Kriens erinnern und dann sollte nicht an der Notwendigkeit der Anpassungen gezweifelt werden. Die Überweisung der Motion wäre der SVP-Fraktion

recht, da sie zum Handeln verpflichtet. Sie können aber selbstverständlich auch mit einem Postulat leben, da sie dem Stadtrat ja vertrauen, dass er wie auch schon bewiesen eine zeitgemässe und nicht eine Alt-Krienser Lösung vorschlägt und mit einer Auslegeordnung die Entscheidungsgrundlagen liefert.

Im Votum von Andreas Vonesch hätte Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion einige Vorbehalte gegenüber der Motion vorgebracht. Mit einer Zustimmung zur Motion wären viele Fragen ungeklärt geblieben. Deshalb hätte die Fraktion den Motionär gebeten, seine Motion in ein Postulat umzuwandeln, wie es der Stadtrat vorschlägt. Diesen Weg können sie unterstützen. So erhält der Rat in einem detaillierten Bericht, die notwendigen Antworten und können auf dieser Basis zu einer verträglichen Lösung kommen. Die Fraktion wird dem Postulat zustimmen.

Michael Portmann merkt an, dass Beat Tanner mit seinem Vorstoss Finanzinstrumente von der Stadt Luzern auf die Stadt Kriens übertragen will. Wozu dies gut sein soll, bleibt offen. Eine Begründung, warum die Ausgabenlimiten in der Stadt Kriens angepasst werden müssen, fehlt. Sehr wahrscheinlich besteht der Sinn vor allem darin, die Ausgaben zu kürzen. Interessant, dass das Vertrauen keine Rolle mehr spielen soll, wenn es um die Budgetplanung geht. Selbstverständlich gibt es aber auch andere Gründe neben dem Vertrauen, sachlichere Gründe. Der Einwohnerrat hat über den hohen Personalaufwand im Budget diskutiert und schon wieder soll etwas eingeführt werden, was Personalressourcen braucht. Schon wird wieder bezweifelt, dass tiefere Limiten mehr Aufwand erzeugen. Und insgesamt passt das neue Finanzinstrument auch gar nicht in die Reihenfolge Finanzstrategie und Finanzhaushaltsreglement. Alles gleichzeitig wollen und den Aufwand scheuen. Er hat den Eindruck, dass hier das Fuder noch weiter überladen wird. Deshalb ist Michael Portmann dagegen, dass diese Motion überwiesen wird und auch als Postulat findet er diese Forderung ohne Begründung unpassend. Schliesslich gäbe es auch den Weg über eine Interpellation, in welcher durch gezieltes Fragen auch sichtbar wird, wie sich die Sachlage verändern würde, wenn man in Kriens die gleichen Ausgabenlimiten hätte wie in der Stadt Luzern.

Beat Tanner erläutert, dass es nicht darum geht ein Finanzsystem der Stadt Luzern zu übernehmen. Es geht lediglich um die Kompetenz, ab welchem Betrag welche Instanz entscheidet und ab wann die Bevölkerung die Möglichkeit erhält ein fakultatives Referendum zu ergreifen. Es geht rein nur um die Kompetenzen und nicht um sparen.

Michael Portmann stellt fest, dass die Stadt Luzern 1'100 Vollzeitstellen bei 83'000 Einwohner hat. Kriens hat 28'000 Einwohner und nur 165 Vollzeitstellen. Wenn man sieht, dass die Stadt Luzern im Finanzdepartment 145 Vollzeitstellen hat, ist die Krienser Verwaltung sehr schlank aufgestellt. Im Moment wäre es zudem schlecht, dass das Volk schon wieder ein Referendum ergreift. Denn es wurden erst kürzlich zwei Referenden ergriffen. Michael Portmann sieht den Sinn im Moment nicht und ist der Meinung, dass diese Fragen mit einer Interpellation geklärt werden könnten.

Christine Kaufmann-Wolf merkt an, dass verschiedene Punkte geprüft werden müssen, damit die Stadt Ausgaben tätigen kann. Es muss geprüft werden, ob es eine rechtliche Grundlage gibt, ob ein Budgetkredit vorhanden ist, wie und wann die Ausgaben finanziert werden können, ob es Kreditüberschreitungen gibt, ob es eine Ausgabenkompetenz gibt und wer diese bewilligen darf. Geld darf nur ausgegeben werden, wenn es eine gebundene oder eine freibestimmbare Ausgabe ist. Die Ausgaben basieren auf eine Rechtsgrundlage des Budgetkredits und auf einer Ausgabenbewilligung im Vorhinein. Der Stadtrat ist froh, dass der Motionär zu einer Umwandlung in ein Postulat zugestimmt hat. In der Motion ist keine klare Zahl definiert und das Postulat gibt dem Stadtrat die Möglichkeit dies zu prüfen. Es benötigt eine Anpassung der Gemeindeordnung, welche auch vor das Volk kommt. Der Stadtrat ist überzeugt, dass

er gerne Hand bieten möchte und so eine gute Basis schafft. Der Grossstadtrat Luzern hat sehr viele Geschäfte, welche ganztägige Sitzungen verursacht. Wenn die Ausgabenkompetenz runter geschraubt wird, gibt der Stadtrat auch ein wenig Verantwortung an den Einwohnerrat ab. Unter Umständen kommt es evtl. zu einem kleinen Stau. Der Stadtrat ist bereit eine solche Auslegeordnung zu machen.

Abstimmung über die Überweisung des Postulats Tanner: Anpassung der Ausgabenkompetenz des Einwohnerrats (Nr. 046/21)

Das Postulat wird mit 19:4 Stimmen und drei Enthaltungen überwiesen.

Albrecht Michèle	Ja
Bienz Viktor	Ja
Camenisch Rätö	Ja
Ercolani Enrico	Ja
Fluder Hans	Ja
Gomer-Beacco Bettina	Nein
Gut Kathrin	Nein
Kobi Tomas	Ja
Koch Patrick	Ja
Lengwiler Beda	Ja
Lisibach Armin	Ja
Meyer Pascal	Ja
Niederberger Raoul	Enthaltung
Portmann Michael	Nein
Rösch Daniel	Ja
Rüegg Beat	Ja
Segger Cedric	Nein
Solari Simon	Ja
Spörri Raphael	Enthaltung
Stofer Peter	Ja
Tanner Beat	Ja
Tschümperlin Erich	Ja
Vonesch Andreas	Ja
Zellweger Martin	Ja
Ziemssen Jörg	Ja
Zosso Cyrill	Enthaltung

10. Postulat Ercolani: Solarpanels auf Krienser Dächern

Nr. 047/21

Gemäss Anita Burkhardt-Künzler ist der Stadtrat für die Überweisung dieses Postulats. Er fragt den Einwohnerrat, ob jemand opponiert.

Da nicht opponiert wird, gilt das Postulat als überwiesen.

11. Postulat Niederberger: Spielplätze für Kriens

Nr. 055/21

Gemäss Anita Burkhardt-Künzler ist der Stadtrat für die Überweisung dieses Postulats. Er fragt den Einwohnerrat, ob jemand opponiert.

Da nicht opponiert wird, gilt das Postulat als überwiesen.

12. Postulat Nyfeler: Anwendung der «Leichten Sprache» bei Publikationen der Stadt Kriens **Nr. 061/21**

Gemäss Anita Burkhardt-Künzler ist der Stadtrat für die Überweisung dieses Postulats. Er fragt den Einwohnerrat, ob jemand opponiert.

Kathrin Gut erläutert, dass gemäss Pro Infirmis in der Schweiz 800'000 Menschen leben, welchen das Lesen schwerfällt. Am 1. Januar 2004 sind in der Schweiz das Behindertengleichstellungsgesetz (BehiG) und die Behindertengleichstellungsverordnung (BehiV) in Kraft getreten, mit Regeln für die Zugänglichkeit des öffentlichen Internetangebots für Behinderte ohne erschwerende Bedingungen. Die Information sowie die Kommunikations- und Transaktionsdienstleistungen über das Internet müssen für Sprach-, Hör- und Sehbehinderte sowie motorisch Behinderte zugänglich sein. Gemäss Botschaft des Bundesrats ist das oberste Ziel des Gesetzes die Schaffung von «Rahmenbedingungen, welche die Unabhängigkeit Behinderter von der Hilfe durch Drittpersonen erlauben und damit vom Gefühl befreien, von anderen Personen abhängig zu sein». Das BehiG setzt Rahmenbedingungen, die es Menschen mit Behinderungen erleichtern, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen und insbesondere selbstständig soziale Kontakte zu pflegen, sich aus- und fortzubilden und eine Erwerbstätigkeit auszuüben. Der Auftrag ist somit klar formuliert und muss nur noch umgesetzt werden. Die leichte Sprache erhöht die Verständlichkeit für Menschen, welche nicht über genügend Sprachkompetenz verfügen. Die leichte Sprache hat in den letzten Jahren deutlich an Wichtigkeit zugenommen und ist ein wichtiger Bestandteil von Barrierefreiheit auf Webseiten und Informationsmaterialien. Die SP-Fraktion dankt für die Überweisung des Postulates von Nicole Nyfeler.

Tomas Kobi dankt im Namen der Grünen/glp-Fraktion der Postulantin für ihr Postulat. Die Verwaltung erarbeitet eine Vielzahl an amtlichen Dokumenten, die sich an die Öffentlichkeit richten. Oftmals werden diese in einer Sprache geschrieben, die das Verstehen für viele Menschen unnötig erschwert oder gar verunmöglicht. Das Postulat spricht ein berechtigtes Anliegen an. Es soll allen in Erinnerung rufen, dass verständliche, einfache oder leichte Sprache wichtig ist. Einfache, wie auch Leichte Sprache verwendet keine komplexen Wörter, keine Einschubsätze oder Klammern, sondern kurze Sätze und ein simples, einfaches Deutsch, das für den Grossteil der Betroffenen verständlich ist. Das betrifft nicht nur Migrantinnen und Migranten, sondern auch Menschen mit einer kognitiven Einschränkung und Personen hohen Alters. Die Leichte Sprache hilft einem Teil der Bevölkerung, weiterhin Texte lesen und verstehen zu können und ermöglicht somit auch ihnen den Zugang zu Informationen. Leichte Sprache ist wichtig, da viele Menschen schwere Sprache nicht verstehen. Schwierig zu verstehen sind Fremdwörter, Fachwörter und lange Sätze. Leichte Sprache verstehen alle besser. Wie seine Vorrednerin Kathrin Gut bereits erwähnte geht die Stiftung für Alphabetisierung und Grundbildung Schweiz davon aus, dass etwa 800'000 Personen in der Schweiz einen einfachen Text nicht richtig lesen und verstehen können, obwohl sie in der Regel die obligatorische Schulzeit durchliefen. Im Kanton Luzern gibt es schätzungsweise 45'000 Erwachsene die Defizite im Lesen und Schreiben haben. In einer demokratischen Gesellschaft muss das einen beschäftigen. Die Leichte Sprache muss überall dort verwendet werden, wo sie Menschen mit Sprachschwierigkeiten erreicht. Sie leistet einen Beitrag zur Demokratie und zur Emanzipation dieser Menschen. Die Grüne/glp-Fraktion unterstützt das Postulat «Leichte Sprache» bei Publikationen der Stadt Kriens.

Laut Martin Zellweger hat erstmals im Mai 2015 eine öffentliche Verwaltung in der Schweiz einen offiziellen Text in «Leichter Sprache» veröffentlicht. Es ist der Bericht zum Gesetz für Menschen mit Behinderung. Man hat dann geprüft ob allenfalls 2017 ein anstehender Wirkungsbereich zum Gesetz über

soziale Sicherung und Integration ebenso erscheinen sollte. Sucht man heute im Kanton Luzern auf den Webseiten der Kommunen nach leichter Sprache, so findet man dies lediglich beim Kanton für ein Dokument „Leben mit Behinderung“, zumindest fand er keinen Hinweis bei den Nachbargemeinden, in Sursee, in Willisau oder etwa in Zug. Er kann nicht abschliessend beurteilen wie umfassend die Leichte Sprache heute eingesetzt wird, zumindest wurde er nicht fündig. Der Rat hat sich heute intensiv über das Budget unterhalten. Der Einwohnerrat weiss, dass jeder Rappen gedreht werden muss. Es wird dem Einwohnerrat vorgetragen, dass die Ressourcen und Personal bereits heute knapp seien um die aktuellen Verpflichtungen zu leisten. Die SP-Fraktion mit Michael Portmann wollte «das Fuder nicht überladen» und sagt, dass Kriens «nur 165 Vollzeitstellen» haben. Erstaunlich, dass der Vorstoss also von der SP-Fraktion kommt. Muss Kriens wirklich auch hier wieder Vorreiter sein. Sein Verständnis ist wirklich auf einem Tiefpunkt angelangt. Die SVP-Fraktion wird sich so wie sie die Mitte-links Mehrheit im Rat kennen, kaum gegen die Überweisung stellen können, und haben auch nichts gegen einen Bericht, wenn das der Stadtrat so will und anscheinend die Ressourcen dazu hat. Kriens muss in der jetzigen Situation wirklich nicht auch hier noch Pionier spielen.

Daniel Rösch erläutert, dass die FDP-Fraktion der Überweisung des vorliegenden Postulats opponiert. Das Anliegen des Vorstosses scheint gut gemeint zu sein und anscheinend gibt es einen kleinen Bevölkerungsanteil, welcher von der leichten Sprache profitieren könnte. Der Fraktion erscheint jedoch die Forderung, welche die Postulantin verlangt, als nicht umsetzbar. So wird unter anderem vorgeschlagen, dass Reglemente sowie Verordnungen zukünftig in leichter Sprache daherkommen. Heute ist es aber so, dass nicht einmal die schweizerische Bundesverfassung in der leichten Sprache zur Verfügung steht. Hier scheint es also noch Herausforderungen zu geben, welche auch der Bund noch nicht gelöst hat. Daniel Rösch bezweifelt, dass die Stadt Kriens das besser kann. Der Begriff «Leichte Sprache» impliziert, dass es einfach ist, Text in «Leichter Sprache» zu verfassen. Die scheint ihm jedoch nicht der Fall zu sein. Texte welcher in leichter Sprache verfasst sind, werden in der Regel von Dienstleistern verfasst, welche dafür spezialisiert sind. Hier müsste als Know-how extern eingekauft werden. Die Fraktion ist der Meinung, dass mit den heutigen Digitalen Hilfsmitteln entsprechende Verständnis Probleme vielfach gelöst werden können. Zudem besitzt die Stadt Kriens über eine hilfsbereite Verwaltung, welche bei Verständnis Problemen sicherlich gerne für Bürger und Bürgerinnen zur Verfügung steht. Aus diesen Gründen ist die FDP-Fraktion gegen die Überweisung des Postulats.

Michèle Albrecht merkt an, dass Die Mitte/Die junge Mitte-Fraktion als Wertepartei eine Inklusion aller Bevölkerungsgruppen selbstverständlich sehr unterstützt. Die Fraktion wünscht sich, dass Publikationen öffentlicher Institutionen nicht zum Papiertiger werden, sondern bei allen Anspruchsgruppen verstanden werden. Die Herausforderung wird jedoch darin liegen, welche relevanten Publikationen aus formaljuristischen Gründen auch in «leichter Sprache» publiziert werden sollen bzw. müssen. Dabei verweisen sie auf die professionellen Unterstützungsangebote, wie z.B. den Übersetzungsdienst des Büros für Leichte Sprache von Pro Infirmis. Bekanntlich fällt rund 800'000 Menschen in der Schweiz das Lesen schwer (10 % der Gesamtbevölkerung). Im Sinne dieser hohen Fallzahl erachtet Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion das Anliegen auch in der Stadt Kriens als prüfenswert und unterstützen die Überweisung. Denn nur wer informiert ist, kann mitreden und sich einbringen.

Bettina Gomer-Beacco merkt an, dass Sprache Vertrauen oder eben Misstrauen schafft, wenn man sie nicht versteht. Für viele Menschen sind amtliche Mitteilungen verwirrende Dokumente, verwaltungsdeutsch eine Fremdsprache, welcher sie schlicht misstrauen. Sie fühlen sich zurückgesetzt, nicht mitgenommen und haben das Gefühl übers Ohr gehauen zu werden. Was für Menschen sind dies? Zum Beispiel Menschen die schlecht oder gar nicht lesen können, weil sie es in der Schule nicht richtig gelernt haben und es heute selten tun müssen. Menschen die aus einem anderen Land kommen und Deutsch erst lernen müssen. Aber auch älteren Menschen, für welche der Alltag oftmals nur noch Stress bedeutet. Sie werden von der Demokratie ausgeschlossen. Aus scham diskutieren sie nicht mit.

Aus scham geht man nicht aufs Amt, denn wer gesteht denn ein, dass er trotz hier geboren die Dokumente nicht lesen kann. Wer immer nur und vor allem bei der Bildung sparen will darf als Konsequenz bei solchen Themen nicht schmürzeln.

Erich Tschümperlin erwischt sich immer wieder selber, aber auch andere Ratsmitglieder, beim Gestalten von Sätzen, welche sich in die Länge ziehen. Lange Sätzen werden von keinem technischen Hilfsmittel in eine Fremdsprache umgewandelt. Er glaubt nicht, dass es viel Kosten muss und auch nicht, dass es extern gegeben werden muss. Das Postulat bezweckt, dass man sich einfacher ausdrückt und klar darstellt. Er hat geschaut, was der Einwohnerrat schreibt oder geschrieben bekommt. Er zitiert zwei Sätze aus einer Antwort des Stadtrates. «Das Schlitteln abseits, von den Pilatus Bahnen AG angebotenen Schlittelpiste zwischen Fräkmünt und Krienseregg, soll jedoch nicht aktiv gefördert werden, ausserhalb der Verantwortungsbereichs der Bahnen liegen und des Gemeinwesen keine Haftungsansprüche bei Unfällen aussetzen.» Solche Sätze werden gelesen, es ist jedoch nicht notwendig, da es alle behindert. Im gleichen Vorstoss hat er folgenden weiteren Satz gefunden. «Mit Artikel 28 des Bau- und Zonenreglements und Artikel 14 der Schutzverordnung Krienser Hochwald und den dazugehörigen Schutznutzungszonen Wintersportart hat die Stadt Kriens damit einen Gemeingebrauch zu Lasten von Privateigentum ins Leben gerufen und damit die betroffenen Strassen und Flächen der Privateigentümer für die Dauer der Winterperiode zu einer öffentlichen Sache gemacht, welche im Grundsatz theoretisch einen Werkeigentümervertrag nach Artikel 58 OR zu Lasten der Stadt Kriens nach sich ziehen könnte.» Wenn man mit der Überweisung des Postulats wenigstens solche Sätze verhindern könnte, dann würden evtl. mehr verstehen, was damit gemeint ist. So gesehen ist dieser Vorstoss sicherlich sinnvoll.

Auch Michael Portmann möchte einen Satz zitieren. «Das Fazit ist, dass Steuereinnahmen, wie sie in der Finanzstrategie vorgesehen sind, fehlen und die Kompensation der steigenden Aufgaben- und Ausgabenlast nicht durch weiteren Leistungsabbau verantwortet werden kann.» Der gleiche Satz lautet in leichter Sprache wie folgt. Der Stadtrat beschliesst: Die Finanzstrategie wird umgesetzt. Trotzdem fehlen Steuereinnahmen und die steigenden Aufgaben und Ausgaben können nicht ausgeglichen werden. Ein Ausgleich wäre nur mit Leistungsabbau möglich. Das kann der Stadtrat nicht verantworten. Michael Portmann glaubt, dass es dazu nur etwas Wille zu kurzen Sätzen braucht. Und dann werden die Aussagen viel deutlicher.

Martin Zellweger merkt an, dass man im Einwohnerrat anfangen könnte. Dann hätte man an einem halben Tag alle Traktanden durch.

Christine Kaufmann-Wolf staunt wie viel Diskussionsstoff dieses Thema gibt. Sie hat gedacht, dass dieses Postulat direkt überwiesen wird. Man hat bereits gehört, dass in der Schweiz 800'000 Personen, welche Probleme mit Lesen und Schreiben haben. Dies nicht wegen einem Migrationshintergrund. Der Kanton Luzern hat dieses Problem erfasst und angefangen Bildungsgutscheine auszustellen, für Personen, welche ein solches Problem haben. Der Kanton hat eine grosse Aktion gemacht, auch über das Internet mit einer grossen Werbekampagne. Die Leute konnten nicht erreicht werden, da die Personen ein Problem mit Lesen haben. Im Kanton Luzern gibt es auch ein Behindertengleichstellungsgesetz und ein Leitbild für eine Zusammenarbeit mit Menschen mit einer Behinderung. Sie bestätigt, dass das Verwaltungsdeutsch herausfordernd sein kann. Dies sieht man zum Beispiel beim Kantonsblatt. Es gibt jedoch ein gutes Beispiel, welches in Kriens bereits gebraucht wird. Easyvote wurde für junge Leute geschaffen, welche abstimmen dürfen. Dies hilft ihnen, die Abstimmungsvorlagen zu verstehen. Der Stadtrat hat gesagt, dass er dies prüfen möchte. Es muss auch geprüft werden, welche Unterlagen überhaupt in einfacher Sprache geführt werden. Sie ist der Meinung, dass es in der heutigen Zeit nicht angeht, einen Teil der Bevölkerung auszugrenzen.

Abstimmung über die Überweisung des Postulats Nyfeler: Anwendung der «Leichten Sprache» bei Publikationen der Stadt Kriens (Nr. 061/21)

Das Postulat wird mit 16:10 Stimmen überwiesen.

Albrecht Michèle	Ja
Bienz Viktor	Ja
Camenisch Rätö	Nein
Ercolani Enrico	Nein
Fluder Hans	Nein
Gomer-Beacco Bettina	Ja
Gut Kathrin	Ja
Kobi Tomas	Ja
Koch Patrick	Nein
Lengwiler Beda	Ja
Lisibach Armin	Nein
Meyer Pascal	Ja
Niederberger Raoul	Ja
Portmann Michael	Ja
Rösch Daniel	Nein
Rüegg Beat	Nein
Seeger Cedric	Ja
Solari Simon	Ja
Spörri Raphael	Ja
Stofer Peter	Ja
Tanner Beat	Nein
Tschümperlin Erich	Ja
Vonesch Andreas	Ja
Zellweger Martin	Nein
Ziemssen Jörg	Nein
Zosso Cyrill	Ja

13. Postulat Koch: Kundenfreundliche Leerungszeiten für Briefeinfürwürfe! Postalische Grundversorgung quo vadis? Nr. 062/21

Das Postulat wurde vom Postulant zurückgezogen.

14. Bericht Motion Wendelspiess: Projektierungskredit Sichere Wege zu Schulen und Sportstätten Nr. 280/20

Der Bericht zur Motion Wendelspiess wurde abtraktandiert.

15. Bericht Postulat Koch: Schlittelpiste Krienseregg-Kriens – Umsetzung der verbindlichen Zonenbestimmungen Nr. 016/20

Laut Anita Burkhardt-Künzler ist das Postulat im Kompetenzbereich des Stadtrates, weshalb es keine Abstimmung gibt.

Patrick Koch möchte es nicht unterlassen, dem Einwohnerrat zu danken. Mit der Unterstützung im Einwohnerrat und den klaren Voten wurde signalisiert, dass die Einwohnerratsmitglieder als Volksvertreter die traditionelle Schlittelbahn erhalten wollen. Der letzte Winter hat gezeigt, dass es immer wieder schneereiche Winter geben kann. Obwohl die Pilatusbahnen wegen Corona keine Schlittler befördern durften, war der Andrang auf der Schlittelpiste Krienseregg – Kriens gewaltig. Auch auffällig viele Skifahrer fuhren auf der Sondernutzungszone talwärts. Nicht vorstellbar, wäre die Ausübung des Wintersports bei besten Verhältnissen plötzlich verboten. Die Ausdauer hat sich ausbezahlt. Es brauchte aber einen langen Atem, doch jetzt ist die Krienser Schlittelbahn von der Krienseregg nach Kriens gerettet. Im Zeitraum vom 19. Dezember 2018 bis zum 6. Dezember 2020 hat Patrick Koch insgesamt drei Vorstösse zu diesem Thema eingereicht. Er hat sehr viel Freizeit in diese Herzensangelegenheit gesteckt und keine Kosten gescheut. Bereits im ersten Vorstoss der Interpellation «Freudenschreie, weisse Pracht und Nervenkitzel – Schluss mit dem Schlittelplausch von Krienseregg nach Kriens?» hat er jedoch auf die Sondernutzungszone Wintersport hingewiesen. Hätte der damalige Stadtrat sein Anliegen sofort ernst genommen, so wären die weiteren Vorstösse überflüssig gewesen. Auch hätte er den vierstelligen Betrag, den er u.a. für ein juristisches Gutachten ausgegeben hat, sinnvollerweise für etwas Anderes einsetzen können. Auch hätte er dem Stadtrat nicht mit einer Aufsichtsbeschwerde beim Regierungsrat drohen müssen, wenn der Zonenplan nicht eingehalten wird. Auch der Stadtrat und Verwaltung haben grossen Aufwand betrieben und ein umfangreiches juristisches Gutachten erstellen lassen. Zu seiner grossen Überraschung rückt nun plötzlich die Streubachstrasse in den Focus. Die Streubachstrasse soll tatsächlich ausserhalb der Wintersportzone liegen, was so auch nicht stimmt. Dies ist besonders merkwürdig, ist sie doch das Herzstück dieser Schlittelpiste. Die einzige logische Erklärung auf die Schnelle wäre wohl, dass beim Übertragen der Zonen im Plan ein Fehler unterlaufen ist. Doch so einfach dürfte es nicht sein. Auf jeden Fall wird er dies noch genau hinterfragen, warum dies so sein soll, resp. warum die Streubachstrasse nicht komplett in die Zone eingeschlossen ist. Die Streubachstrasse und die Sonderzone Wintersport kommen sich einfach grundsätzlich, vom Zweck her in einen Nutzungskonflikt. Auch wenn eine Schneeräumung auf Teilen der Streubachstrasse grundsätzlich möglich sein soll, ist die Hochwaldgenossenschaft angehalten, dies mit Augenmass zu tun. So hat es ihm der Präsident der Hochwaldgenossenschaft versprochen. Vereiste Stellen können punktuell gesalzen werden oder alternativ wäre der Einsatz von Kies in diesem Fall sehr sinnvoll. In früheren Jahren wurde die Streubachstrasse im Winter immer mit sehr viel Spitzengefühl durch die Hochwaldgenossenschaft unterhalten. Was für ihn aber gar nicht geht, ist, wenn auf der Streubachstrasse nur ein Signal aufgestellt wird, das von möglichen Wintersportlern warnt. Skifahrer und Schlittler rechnen nicht mit entgegenkommenden Autos auf schneebedeckter Strasse. Idealerweise wird die schneebedeckte Streubachstrasse gar nicht von Autos befahren. Auch war dies in der Vergangenheit nie so. Die Schneesportler haben sich daran gewöhnt. Es ist zwingend notwendig, dass bei der Strassenkreuzung beim Burestübli eine entsprechende Hinweistafel angebracht wird. Z.B. mit dem folgenden Wortlaut: «Streubachstrasse im Winter gesperrt. Umleitung über Bruderhusenstrass». Wenn doch eine Umleitungsmöglichkeit besteht, soll doch diese benutzt werden. Ohne diese klare Hinweistafel begeben sich die Stadt, aber auch die Hochwaldgenossenschaft wortwörtlich aufs Glatteis. Die Gefahr von Haftungsansprüchen kann hiermit am wirkungsvollsten minimiert werden. Bei guten Schneeverhältnissen sollen Autos nicht auf der Streubachstrasse fahren. Ursprünglich war ja nur die Strecke Krienseregg-Kriens für das Schlitteln geöffnet. Nachdem nun eine Schlittelpiste von Fräkmüntegg bis Kriens besteht, darf durchaus die bestehende Linienführung hinterfragt werden. Es wäre sinnvoll, wenn die Schlitten von der Fräkmüntegg kommend, auf der Langwasenstrasse auf der Höhe des Restaurants Naturfreundehaus weiterfahren könnten. So müssten sie den mühsamen Aufstieg bis zur Höhe der Kriensereggbahn nicht in Angriff nehmen, wo dann der eigentliche Einstieg in die untere Sektion der Schlittelbahn erfolgt. Er zitiert den Muotathaler Wetterfrosch Martin Holdener. Er sagt, dass die Weihnachten 2021 sehr weiss werden sollen und es schier zwei Sömmer braucht bis der reichliche Schnee vom Winter 2021/2022 wieder weggefressen ist. Der nächste Schnee kommt bestimmt.

Peter Stofer stellt fest, dass es tatsächlich mehrere Aufwärmrunden benötigt hat, bis der Stadtrat eingesehen hat, dass er den Zonenzweck zwischen der Krienseregg und Kriens durchsetzen muss. Diese Selbstverständlichkeit ist nun klar und allen soweit einleuchtend, dass dies so gemacht wird. Der

Stadtrat hat sich bereiterklärt die Schwar zräumung zu unterbinden und eine vernünftige Signalisation zu machen. Damit ist gesichert, dass man auch Zukünftig am Schattenberg schlitteln kann. Er dankt Patrick Koch für seine Hartnäckigkeit, welche offenbar nötig war, und auch dem Stadtrat für die zukünftige Kooperation.

Beat Tanner merkt an, dass die FDP-Fraktion das Schlitteln von Privatpersonen auf Eigenverantwortung schon immer unterstützt. Sie nehmen ein bisschen mit Befremden Kenntnis davon, dass der Stadtrat die Sondernutzzone Wintersport in der Vergangenheit nicht Zonenkonform sichergestellt hat. Dass der Stadtrat dies mit einem rechtlichen Gutachten gemacht hat, dass man nun zu diesem Beschluss kommt, hat die Fraktion ein wenig erstaunt. Sie begrüssen die vorgeschlagenen Massnahmen. Nun fehlt nur noch der Schnee und einen schönen Winter. Die Fraktion hofft, dass man mit der Strassengenossenschaft eine gute Lösung findet, welche für beide Parteien stimmt. Sie bedankten sich beim Postulant für das hartnäckige Dranbleiben. Dies zeigt einmal mehr, dass ein «Nein» noch nicht sonnenklar ist.

Andreas Vonesch merkt an, dass das Postulat von Patrick Koch an der Einwohnerratssitzung vom 11. März 2021 oppositionslos überwiesen worden ist. Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion hätte damals gerne in ihrem Votum darauf hingewiesen, dass sie das Postulat darum unterstützen, weil sie die Zonenkonformität haben einfordern wollen. Die Fraktion hätte auf die Verantwortung hingewiesen, weil die Sondernutzungszone Wintersport im Bau- und Zonenreglement festgehalten ist und der Einwohnerrat dieses selber erlassen hat. Der Einwohnerrat hätten also bei einer Ablehnung gegen die eigene gesetzliche Grundlage gehandelt. Die Fraktion hätte aber auch auf die ungeklärten rechtlichen Aspekte hingewiesen und den Stadtrat aufgefordert, diese mit den involvierten Akteuren genau zu klären. Nun liegen in einem rechtlichen Gutachten die Antworten vor. Im Bericht zum Postulat beschreibt der Stadtrat die abgeleiteten Massnahmen und wie er diese umzusetzen gedenkt. Für Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion ist der aufgezeigte Weg eine pragmatische Lösung für alle involvierten Parteien, um das «eigenverantwortliche Schlitteln» zwischen Krienseregg und Kriens zu ermöglichen. Über ein Kuriosum musste er doch Schmunzeln. Warum ist die Streuibachstrasse von der Wintersportzone ausgenommen? Darauf hätte die Fraktion gerne noch eine Antwort. Die Mitte/Die junge Mitte-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Aufarbeitung und die umfassenden Abklärungen. Sie danken auch Patrick Koch für seinen langen Schnauf in dieser Angelegenheit und hoffen, dass es ihm auch Frau Holle in der kommenden Wintersaison mit ganz viel Schnee dankt.

Bettina Gomer-Beacco dankt im Namen der SP-Fraktion dem Stadtrat für die Beantwortung. Besonders danken möchte sie Patrick Koch, hat er doch mir enormen Einsatz ein kleines Stück Krienser Geschichte erhalten. Sie findet die Lösung mit den Tafeln ideal, einfach umsetzbar und verständlich. In der genauen Ausführung hat es aber noch ein paar Ungereimtheiten und diese müssen noch geklärt werden. Sie glaubt, dass es vielen gleich wie ihr geht. Warum muss der Schnee gleich weggeräumt sein, kaum ist er gefallen? Auf den Hauptstrassen ist ihr das durchaus recht, sie muss schliesslich zur Arbeit gehen oder anders gesagt mit dem Velo fahren oder - im Winter eher rutschend oder besser gesagt, auf dem Veloweg schlitternd, was von schlitteln kommt. Vielleicht haben die Werkdienstmitarbeitenden so Zeit, die Velowege und Trottoirs unterhalb zu räumen, dort wo es definit keine Schlittelwege braucht. Die Haftungsfrage bei Schäden treibt heute schon arge Blüten und vielleicht kommt es wirklich einmal zu einem Rechtsstreit. Alle beteiligen sich täglich an grösseren Fehlern mit fataleren Konsequenzen, welche für das Fernbleiben von Schnee verantwortlich sind, und somit leider die ganze Frage bald ganz obsolet macht. Gletscher schmelzen, Hänge rutschen, die Klimakrise wird bereits heute, schneller als man geglaubt hat, zur Klimakatastrophe und kosten Geld und nicht zuletzt Menschenleben und den Tod ganzer Arten. Es wäre sinnvoll sich auch in diesem Fall mit Haftungsfragen auseinanderzusetzen. Der Mensch ist kollektiv, bequem und denkt im Allgemeinen zu Kurzfristig. Vielleicht wird man von der nächsten Generation verklagt und lachen nur noch über die Haftungs-Sorgen

von heute. Dieses klimafreundliche Wintersportvergnügen sollte genossen werden, solange man es noch kann.

Viktor Bienz merkt an, dass dies ein Thema ist, welches durch die Pilatus Bahnen AG ausgelöst wurde. Diese haben gesagt, dass sie den Unterhalt der Schlittelpiste nicht mehr machen. Es hiess, dass vorallem Streubach nicht mehr gesichert ist. Die Hochwaldgenossenschaft hat gesagt, dass sie dies nicht verantworten können und haben beschlossen, dass wenn die Strasse vereist ist, diese geräumt und gesalzen werden muss. Leider hat man an diesem bestimmten Tag, welcher Patrick Koch erwähnt hat, schwarzgeräumt. Man hat immergesagt, dass der Wintersport toleriert wird solange es nicht gefährlich wird. Frischer Schnee ist nicht gefährlich. Man muss auch beachten, dass es dort Bewohner gibt, welche nachhause wollen. Im Reglement steht, dass die Strasse mit Ketten befahrbar sein muss. Im letzten Winter hatte man Probleme mit dem Rettungsdienst, welcher hochfahren wollte. Es benötigt von allen Seiten Verständnis. Er glaubt, dass man mit dem Vorstoss von Patrick Koch eine gute Lösung gefunden hat.

Maurus Frey stellt fest, dass man viele gute Worte gehört hat. Er dankt für die positive Aufnahme des Berichts. Augenmass, Vernunft und Selbstverantwortung sind gute Punkte. Er möchte jedoch, dass die Ratsmitglieder sich nicht zu viel Schnee in die Augen streuen. Wenn man die erste Antwort des Stadtrates vom ersten Vorstoss hervornimmt, dann sieht man, dass die Aussage des Stadtrates grundsätzlich die Gleiche ist. Selbstverantwortliches Schlitteln soll möglich sein. Der Stadtrat hat einige Kurven gezogen. Die erste Frage war, ob man die Pilatus Bahnen AG zwingen könnte. Die nächste Frage war, ob die Stadt dies nicht selber kann und dann war noch die Frage, betreffend dem Zonenzweck. Es ist einfach drei Vorstösse hintereinander nachzujagen um etwas zu erzwingen. Die Haltung des Stadtrates ist immer noch dieselbe. Viktor Bienz, als Vertreter der Hochwaldstrassengenossenschaft, hat bereits erwähnt, dass es nicht so ist, dass der Zonenschutzzweck konstant missachtet worden ist in den letzten Jahren. Die muss fairerweise festgehalten werden. Hier wurde vom Postulant ein Nichtzonenzweckkonform angetroffen. Dies hat zu einer Praxisänderung bzw. zu einer Bewusstseinsänderung geführt hat. Weshalb diese Streubachstrasse nicht in der Zone ist, kann er jetzt auch noch nicht abschliessend beantworten. Schlussendlich denkt er, dass es ein Happyend ist und hofft selber auch auf viel Schnee. Mit Augenmass, Vernunft und Selbstverantwortung kann dort auch weiterhin das Schlittel Vergnügen ausgeübt werden.

Nachdem der Gegenstand des Postulats im Kompetenzbereich des Stadtrats liegt, gilt es mit diesem Bericht als erledigt.

16. Bericht Postulat Niederberger: Separate Busspur Bauphase Bypass

Nr. 021/21

Laut Anita Burkhardt-Künzler ist das Postulat im Kompetenzbereich des Stadtrates, weshalb es keine Abstimmung gibt.

Raoul Niederberger dankt dem Stadtrat für den Bericht zu seinem Postulat. Der Bericht lässt ihn etwas ernüchternd zurück. Es ist richtig, dass die Stadt Kriens eine separate Busspur während der Bauphase des Bypasses nicht allein erwirken kann, sondern dabei auf die Unterstützung verschiedener Partner angewiesen ist, allen voran dem Kanton Luzern. So ist es denn auch schön zu hören, dass mit dem Kantonsratsbeschluss B 67 dem Regierungsrat nochmals der Auftrag erteilt wurde, die Idee einer durchgehenden Busspur von Kriens bis Ebikon nochmals zu evaluieren. In Anbetracht der enormen Bedeutung einer separaten Busspur für den Anschluss an den öffentlichen Verkehr von Kriens, besonders Zentrum und Obernau hätte er sich ein proaktiveres Vorgehen des Stadtrates gewünscht. Das

Astra treibt die Planungen für die Realisierung des Bypasses weiter voran und auch der Kantonstrat und der Regierungsrat stehen hinter dem Projekt. Die Realisierung wird immer konkreter. Die Massnahmen, um die negativen Effekte dieses Baus auf die Stadt Kriens abzufedern dagegen noch nicht. So fragt er sich zum Beispiel, ob man bezüglich dieser Thematik bereits Kontakt mit dem Regierungsrat hat. Gibt es irgendwelche konkreten Informationen zum Zeitplan der Umsetzung des Kantonsratsbeschlusses. Insbesondere würde ihn interessieren, ob die Massnahme im Sinne des Kantonsratsbeschlusses B 67 vor, während oder erst nachdem Bau des Bypasses realisiert werden soll. So wäre eine möglichst frühe Realisierung wünschenswert, möglichst vor oder zu Beginn der Bauphase, wie er es in seinem Postulat gefordert hat. Ist doch während der Bauphase mit massiven Verkehrsproblemen in Kriens zu rechnen, da der Sonnenbergtunnel teilweise gesperrt sein wird und ein Teil der Kapazität der Autobahn vom untergeordneten Verkehrsnetz geschluckt werden muss. Hat der Stadtrat bereits das Gespräch mit der Stadt Luzern und der Gemeinde Ebikon, Emmen gesucht, um den Druck für eine Umsetzung einer separaten Busspur zu erhöhen? M.E. dürfte im speziellen auch die Stadt Luzern ein grosses Interesse an einer solchen separaten Busspur haben. Raoul Niederberger hofft, dass der Stadtrat an dieser Stelle ihm noch einige meiner Fragen beantworten kann. Es wird aber heute sicherlich nicht die letzte Diskussion über den Bypass gewesen sein, die im Rat geführt werden. Der Kampf für eine siedlungsverträgliche Umsetzung dieses Projekts geht nun in die heisse Phase. Es ist wichtig, dass Kriens seine Kräfte bündelt und gemeinsam für dieses Ziel kämpfen. Mit dem neuen Komitee Bypass Plus wurde ein erster sehr wichtiger Schritt dahingehend gemacht. Der Weg ist aber noch weit, deshalb ruft er den Einwohnerrat auf, sich heute noch ins Komitee einzuschreiben.

Räto Camenisch sagt, dass er Raoul Niederberger interessiert zugehört hat. Er ist ihm sehr dankbar für diesen Vorstoss. Man muss immer wieder auf die Geschichte einhauen. Es ist allen klar, dass der Bypass der Stadt Kriens aufs Auge gedrückt wird. Diejenigen, welche den Bypass Kriens auf Auge gedrückt haben, sind nicht bereit Konsequenz zu tragen. Der Bypass ist sowieso am falschen Ort, da er um die Stadt Luzern herumführen sollte und nicht hindurch. Er erinnert daran, dass Ursprünglich eine Pforte Süd und eine Pforte Nord geplant war. Die Grünen der Stadt Luzern haben das Referendum der Pforte Süd ergriffen. Die Bevölkerung der Stadt Luzern haben diese Pforte Süd befürwortet. Die Verwaltung hat diese jedoch fallen gelassen und hat dem ganzen Südgebiet versprochen, dass diese eine durchgehende Busspur erhalten. Mit dieser Aussage hat man die Stadt Kriens jahrelang abgespiessen. Anschliessend ist der Verkehrsegoismus der Stadt Luzern gekommen. Dieser wurde soweit getrieben, dass man alle Anschlusswerke fallen musste. Kriens trägt nun die Folgen davon. Im Bericht B 67 hat man in einem Satz mitgeteilt, dass die Busspur fallen gelassen wurde. Er hat sich anschliessend in der Kommission gewehrt und gesagt, dass nicht alles durch die Pilatusstrasse gehen muss. Man könnte den Verkehr auch Quartierstrasse umleiten. Dies wäre eine erweiterte Verkehrsplanung. Er konnte die Kommission zu einem Kommissionsantrag bzw. Bemerkungsantrag überzeugen, welcher im Kantonsrat angenommen wurde. Mit dieser Bemerkung ist jedoch noch gar nichts gemacht. Weitere solche Versicherungen hat Kriens nicht erhalten. In Kriens hat man einen Kampf um die Überdeckung. Der Kampf um die Busspur ist praktisch bereits verloren. Dies widerspiegelt sich auch in der Antwort des Stadtrates. Es ist eine hilflose Antwort. Kriens muss noch lernen sich mehr zu wehren.

Da vieles bereits gesagt wurde, möchte sich Viktor Bienz nicht unnötig wiederholen. Die Mitte/Die junge Mitte-Fraktion ist grundsätzlich mit dem Stadtrat einverstanden. Der Kantonsrat hat im Planungsbericht über das weitere Vorgehen, eine Bemerkung überwiesen. Eine durchgehende Busspur Kriens-Ebikon soll unter Einbezug erweiterter Ideen, Massnahmen und Priorisierungen noch einmal evaluiert werden. Jetzt ist es wichtig den Druck aufrecht zu halten. Der Stadtrat wie auch der Postulant muss dranbleiben und die Entwicklung im Auge behalten. Die Fraktion will dem Stadtrat den Rücken stärken und fordern, dass er sich weiterhin für dieses Anliegen einsetzt und flankierende Massnahmen während der Bauphase vom Bypass beim Kanton fordert. Sie danken dem Stadtrat für sein Einsetzen beim Kanton und wünschen im viel Erfolg.

Raphael Spörri findet es schön, dass die SP-Fraktion und die SVP-Fraktion in dieser Hinsicht auf der gleichen Linie liegen. Es ist ein Kampf der noch nicht fertig ist und Kriens muss auf sich selber schauen. Es ist jedoch falsch, wenn man jetzt anfängt Keile einzutreiben. Er möchte dem Stadtrat Mut machen, an dieser Sache dranzubleiben, den Kontakt suchen und härtnäckig bleiben. Er dankt für den Bericht und erinnert den Rat daran Härtnäckig zu bleiben.

Christine Kaufmann-Wolf dankt dem Postulanten, dass er dieses Thema aufgegriffen hat. Der Stadtrat ist immer dran und bemüht sich auch. Rätö Camenisch konnte dieses Thema gut in der Kommission platzieren. Hinter den Kulissen wird sehr viel gemacht. Dass man es überhaupt geschafft hat, dass der Kanton diese Bemerkung annimmt, war viel Arbeit. Rätö Camenisch hat sich ziemlich ins Zeug gelegt, damit diese Bemerkung eingetragen wird. Die Einwohnerratsmitglieder müssen ihre Parteikolleginnen und -kollegen informieren und mobilisieren. Im Kantonsrat ist es nicht einfach, wenn man mit solchen Ideen aus Kriens kommt. Man ist im Austausch mit dem Regierungsrat. Maurus Frey und sie konnten während den Sessionen mit dem Regierungsrat Fabian Peter ein Gespräch führen. Das sind alles Verhandlungen. Wenn man nun die Einhausung mit einer Busspur gefährden, hat Kriens ein Problem. Priorität eins ist zurzeit die Einhausung und Priorität zwei ist die Busspur. Es darf nicht miteinander vermischt werden, da es verschiedene Gruppierungen sind. Der Kanton ist auch daran interessiert, dass der Verkehr rollt. Jedoch hat man ein Platzproblem auf der Kantonsstrasse. Die Anliegen sind noch nicht in der Verhandlung, aber sie sind deponiert. Die aktuelle Verhandlungsposition ist nicht ganz einfach. Sie appelliert an den Einwohnerrat, dass die Kantonsratsgspändli informiert und mobilisiert werden müssen. Zudem macht sie darauf aufmerksam, dass in zwei Jahren Wahlen sind und man Kantonsräte aus Kriens benötigt.

Nachdem der Gegenstand des Postulats im Kompetenzbereich des Stadtrates liegt, gilt es mit diesem Bericht als erledigt.

17. Bericht Postulat Burkhardt: Sternenkinder-Grab in Kriens

Nr. 024/21

Laut Anita Burkhardt-Künzler ist das Postulat im Kompetenzbereich des Stadtrates, weshalb es keine Abstimmung gibt.

Gemäss Michèle Albrecht bedankt sich Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion, in Rücksprache mit der Postulantin, für den zufriedenstellenden Bericht. Die Fraktion ist der Meinung, die Forderungen werden im Interesse der Betroffenen erfüllt und sie freuen sich auf die Erstellung der Sternenkinder-Gräber bereits im Jahr 2022. Man sollte sich wieder den leichteren Dingen zuwenden, denn bekanntlich ist das Leben für Lebendige. Oder ist es gar das Lebendigste überhaupt, den Tod zu einem Teil des Lebens zu machen?

Laut Tomas Kobi werden Sternenkinder jene Kinder genannt, die vor, während oder gleich nach der Geburt sterben. Nach Gesetz sind Fehlgeburten nicht meldepflichtig, haben somit kein Anrecht auf eine Bestattung und haben nach den gesetzlichen Bestimmungen nicht existiert. Für die Eltern und Angehörigen haben sie dies aber sehr wohl. Es ist enorm wichtig, dass Eltern wissen, wo ihr Kind liegt. Das gilt im Besonderen für Kinder, die nach der Geburt nicht gelebt haben. Sie haben kaum Spuren hinterlassen und es gibt keine Erinnerungen oder Familienfotos. Deshalb sind ein Grab und ein Abschied an einer Gedenkstätte umso wichtiger. Sie sind eine der wenigen Spuren und Erinnerungen, die den Eltern bleiben. Die Grüne/glp-Fraktion dankt dem Stadtrat für den Bericht. Nun besteht ab Frühling 2022 eine Grabstätte für Sternenkinder in Kriens. Kinder, die tot geboren wurden, können von nun an

dort bestattet werden. Im Bericht wird erwähnt, dass die Grabstätte symbolisch passend gestalten werden soll. Es wäre schön, wenn sich die Verantwortlichen an bereits bestehenden Grabstätten inspirieren lassen. Anregungen gibt es einige wie z.B. Luzern, Laufen, Gossau oder Hinwil. Damit wird ein Anliegen, dass die Grünen bereits bei der 1. wie bei der 2. Lesung «Bericht und Antrag: Erlass neues Reglement über dem Friedhof und Bestattungswesen der Gemeinde Kriens, Nr. 226/16 gefordert hatten, umgesetzt.

Gemäss Hans Fluder fordert die Postulantin den Stadtrat auf, zur Prüfung einer speziellen Ruhestätte für Sternenkinder auf dem Friedhof in Kriens. Sternenkinder, also Kinder die vor der 22. Schwangerschaftswoche sterben oder weniger als 500 Gramm wiegen werden somit nicht im Zivilstandsregister eingetragen. Eine Schwangerschaft ist mit viel Freude verbunden und das Schicksal umso grösser, wenn das Kind das Licht der Welt nicht erblickt. Aus diesem Grund ist die SVP-Fraktion der Meinung, dass ein solches Kind in einem würdigen Rahmen beigesetzt werden darf und sich die Eltern verabschieden können. Laut Bericht wird im Friedhof Anderallmend ein Standort geprüft, wo solche Sternenkinder ihre letzte Ruhe finden.

Enrico Ercolani merkt an, dass dies ein wunderbares Postulat und menschlich grandios ist. Der Standort, welcher der Stadtrat vorgeschlagen hat, ist grossartig. Man kann Freude haben, dass es für Angehörige nun eine solche Möglichkeit gibt. Wenn man irgendwo hingehen kann, um diese Trauer abzubauen, ist das wunderbar. Er dankt der Postulantin und dem Stadtrat.

Kathrin Gut dankt für diesen Vorstoss und für die Umsetzung durch den Stadtrat. Die Stadt Kriens schliesst eine Lücke für trauernde Eltern, die schon lange besteht. Für Eltern von Sternenkindern ist es wichtig einen Platz zu haben in der Stadt oder Gemeinde, wo sie zuhause sind und wo sie angemessen trauern und den Verlust verarbeiten können.

Maurus Frey dankt für die positive Aufnahme. Der Standort wurde gewählt und die Gestaltung ist in Ausarbeitung. Er hat sich im Rahmen dieses Geschäftes mit dieser Thematik befasst und er erkennt einen Wandel in der Gesellschaft. Ein Wandel zum Respekt und Anteilnahme, dass auch darüber gesprochen werden darf und auch soll. Umso schöner findet er es, dass man eine solche Einigkeit im Rat verspürt. Der Stadtrat schätzt dies sehr.

18. Bericht Postulat Camenisch: Ausbau Ränggloch

Nr. 036/21

Laut Anita Burkhardt-Künzler ist das Postulat im Kompetenzbereich des Stadtrates, weshalb es keine Abstimmung gibt.

Räto Camenisch merkt an, dass Kriens nicht nur einen Bypass im Osten, sondern auch ein Renggloch im Westen hat. Das Luzerner Volk hat dies grossmehrheitlich angenommen, deshalb ist nun die Abstimmung gegessen und das Renggloch saniert. Man hat es dem Volk als Erleichterung für Kriens verkauft. Jeder im Rat sollte wissen, dass dies nicht so ist. Man weiss, dass es eine Belastung für Kriens sein wird. Insbesondere mit der ungelösten Verkehrssituation beim Bypass. Er ist der Meinung, dass dies eine typische kantonale Pflästerlipolitik ist. Dies sind alles punktuelle Verbesserungen ohne ein Gesamtkonzept. Wenn das Renggloch ausgebaut ist, wird der Kanton sagen, dass Kriens ihre Baute erhalten hat und nun schweigen muss. Die Verkehrssituation in Kriens wird je länger man wartet, immer unhaltbarer. Man ist täglich sehr nah an einem Verkehrszusammenbruch. Dabei hätte man auf den Ausbau verzichten müssen, damit man eine Gesamtlösung findet, damit der Verkehr in Kriens

besser rollt. Mit einem Tunnel hätte man das Problem für 100 Jahre gelöst. Nun baut man das Renggloch aus und verkauft es Kriens als super Lösung. Der Stadtrat musste nun beim Kanton vorsprechen. Er hat den Vorstoss gemacht, um zu zeigen, wie verzwickte diese Situation überhaupt ist. Der Stadtrat erhält nun vom Kanton eine Verkehrszählung. Rätö Camenisch benötigt keine Verkehrszählung, denn es reicht, wenn man die Situation in Kriens während den Stosszeiten beobachtet. So sieht man direkt, dass das Problem besteht und immer schwieriger wird. Man hat Kriens falsche Voraussetzungen vorgespiegelt. Das Underdog Bild von Kriens ist nach wie vor gültig.

Pascal Meyer stellt fest, dass der Postulant den Krienser Stadtrat auffordert, abzuklären, wie der zu erwartende erhöhte Verkehrsdruck auf das Krienser Zentrum nach dem Ausbau K4 und K33a aufgefangen und abgemildert werden kann. Eine Antwort auf diese Kernfrage bleibt der Stadtrat im Bericht und schlussendlich auch der Kanton schuldig. Gemäss Bericht scheint er diese Frage auch nicht gestellt zu haben. Stattdessen verweist er auf die vorgebrachte Forderung nach einer Vorher-/Nachher-Messung des Verkehrsaufkommens. Darüber kann man verständlicherweise enttäuscht sein, muss es aber nicht. Die Behandlung der Wie-Frage setzt schlussendlich voraus, dass auch tatsächlich ein Mehrverkehr eintritt oder dieser, beispielsweise auf Grund einer Verdoppelung der Spuren, auch mit Sicherheit erwartet werden kann. Beispiele für ähnliche Sanierungen, welche in der Folge zu einem Mehrverkehr führten, werden weder im Postulat noch im Bericht als Argumente erwähnt. Die Annahme des Mehrverkehrs bleibt somit nicht begründet und ist somit Spekulation. Entsprechend ist es müssig beim Kanton nach dem Wie zu fragen, weil sich dieser, wie er es in seiner Antwort deutlich zum Ausdruck bringt, noch nicht mit diesem Szenario auseinandergesetzt hat und dies auch nicht wirklich will. Für den Kanton ist es eine reine Unterhaltsarbeit und eine Anpassung der Fahrbahn an heute gültige Normen. Da es aus Sicht des Kantons kein Ausbau ist, wird wohl kein Mehrverkehr angenommen und damit erübrigt sich die Wie-Frage bei der Verkehrsreduzierung. Mit der Aufforderung zur Schaffung von Fakten hat der Stadtrat aus Sicht der Grüne/glp-Fraktion sinnvoll gehandelt und das Krienser Anliegen beim Kanton etabliert. Damit würde zumindest mal die Möglichkeit geschaffen, im Nachgang entsprechende Massnahmen zu fordern resp. zu begründen, wenn es zu Mehrverkehr kommt. Wichtig ist es, dass der Stadtrat das Thema auch weiter präsent hält. Will man den Mehrverkehr aber effektiv vermeiden und die Verkehrslast in Kriens reduzieren, dann müssen Kriens selbst anfangen. Der Grossteil des Krienser Verkehrsproblem ist nämlich hausgemacht. Klar, der zusätzliche Verkehr übers Renggloch wird zu einem Grossteil von den Nachbarn erzeugt. Es soll jedoch nicht vergessen werden, dass auch Kriens Nachbarn sind und anderswo Mehrverkehr verursacht.

Gemäss Armin Lisibach nimmt die FDP-Fraktion die Beantwortung dankend entgegen und möchte aufgrund der Attention und den Aktivitäten in dem Handlungsfeld auch für den Vorstoss im Kantonsrat danken. Im Sinne von Kriens, vom Obernau bis zur Kuonimatt, ist es eminent wichtig, dass die Situation mit den Tangenten, Verkehrsmomenten und Verkehrserfüllung «Transitverkehr» mit beobachtenden aktiven Fühlern wahrgenommen wird. Ob durch Aktivitäten von dem Ausbau des Renggloch's wirklich mehr Verkehr gezählt entsteht, wird sich wohl erst mit erhärteten und effektiven Daten rechtfertigen. Die Fraktion hofft schwer, dass Kriens mit dieser Erkenntnis dann nicht doch noch sich wünscht, in eine Röhre gucken zu dürfen. In dem Bezug hat er sich erlaubt, beim zuständigen Projektleiter des Kantons Luzerns nachzufragen. Fakt ist, dass bis ins Jahr 2040 eine Verkehrszunahme von rund 17 % erwartet wird und dass keine Prognose, oder Modellberechnung speziell zu den Auswirkungen des Ausbaus Renggloch erarbeitet wurde, wie es bei der letzten Debatte rund um das Zentrum mitgeteilt wurde. Armin Lisibach möchte der Bevölkerung gegenüber nicht derjenige sein, welcher in 20 Jahren sagt, hätte er doch vor 20 Jahren. Die FDP-Fraktion nimmt den Bericht zur Kenntnis und dankt für die aktive, hoffentlich auch proaktive Bewertung und Handhabung dieses Dauer-Brenners.

Gemäss Viktor Bienz dankt Die Mitte/Die junge Mitte-Fraktion dem Stadtrat für die Beantwortung des Postulats. Das Renggloch ist eine Versorgungssache von nationaler Bedeutung. Bei dem vorgesehenen Bauvorhaben ist nachfolgend unweigerlich mit einem höheren Verkehrsaufkommen zu rechnen.

Es ist für Kriens sehr wichtig, dass die Verkehrszählungen vor und nach der Bauphase gemacht werden. Die Zahlen sind wichtige Beweismittel, um Flankierende Massnahmen in den weiteren Verhandlungen zu fordern. Aber auch in Zukunft um ein Umfahrungstunnel von der Kriens Stadt auf Bund und Kantonalen Ebene zu Begründen. Es würde Kriens auch helfen, wenn der Wegweiser Richtung Stadt Luzern bei der Horüti nach Littau zeigen würde und nicht nach Kriens. Den Littau ist bereits Luzern.

Raphael Spörri merkt an, dass dieser Bericht ein wenig ernüchternd ist. Wie Rätö Camenisch bereits erwähnt hat, steht Kriens wieder alleine da und die Antworten den Kantons sind nicht zufriedenstellend. Der Postulant fordert vermehrte Kontaktaufnahme mit dem Kanton. Gleichzeitig fordert die gleiche Partei mit einem Referendum gegen Finanzen, welche genau dies im Blickfeld haben. Der Einwohnerrat hat ein Kredit gesprochen von Fr. 300'000.00 um Verkehrsprobleme zu lösen, anzudenken oder zu planen. Zusammen mit dem Kanton, welcher auch Fr. 300'000.00 bringt, versucht man nun eine Lösung zu suchen. Die Partei verweigert sich genau gegen das, was sie nun fordern. Raphael Spörri fragt sich, ob er im falschen Film ist. In Zukunft wird Kriens auf sich selber gestellt sein. Diese Chance soll gepackt werden. Er dankt dem Stadtrat und möchte ihm weiterhin Mut machen, an dieser Sache dran zu bleiben.

Rätö Camenisch hat vom Verkehrsegoismus der Stadt Luzern gesprochen. In Kriens möchte man Verkehrsegoismus der Stadt Kriens machen. Genau dies versucht die SVP-Fraktion zu unterbinden. Kriens hat kein Geld für solche Experimente. Verkehrsegoismus möchte man nicht in Kriens platzieren. Dies kann nicht die Lösung sein.

Erich Tschümperlin erläutert, dass sie kein Verkehrsegoismus wollen, denn die Kapazitäten sollen erhalten bleiben. Er merkt an, dass die Attraktivität dieser Strasse zunehmen wird und Kriens daher mehr Verkehr haben wird. Nach den Messungen wird geschaut, ob überhaupt etwas unternommen werden kann mit irgendwelchen Massnahmen. Auf die Jahre hinaus, wird die Situation so bleiben wie sie ist. Kann man von Kriens aus nicht proaktive Massnahmen verlangen und zum Beispiel den Schwerverkehr limitieren. Wenn die Schleusen von Anfang an geöffnet werden, wird Kriens auf die Jahre hinaus keinen Einfluss mehr haben.

Maurus Frey stellt fest, dass gesagt wurde, dass Kriens Underdog ist. Er fragt sich, wie fest Underdog Kriens wirklich ist von einer Skala von 1 bis 10. Nur zu sagen, dass Kriens Underdog ist, reicht nicht. Er ist sehr dankbar für derartige Vorstösse. Sie sind die Basis für den Dialog mit dem Kanton. Es sei sehr schwierig in den Dialog zu treten und diesen auf Augenhöhe zu führen. Er dankt Armin Lisibach dafür, dass er nach den Zahlen gefragt hat. Diese Zahlen, welche gebraucht wurden um die Abschätzung des Verkehrs zu treffen, sind aus dem Jahr 2000. Für ihn als Ingenieur ist es eine unverständliche Sache, wieso man so handeln kann und aufgrund solcher Daten, derartige Investitionen auslöst. Es handelt sich nicht um einen Kapazitätsausbau, denn es geht auch darum die Sicherheit wiederherzustellen und die Naturgefahren in den Griff zu bekommen. Es kann eine gewisse Skepsis aus dem Abstimmungsergebnis gelesen werden. Der Stadtrat ist auf verschiedenen Ebenen mit dem Kanton im Gespräch. Kriens hat Anspruch auf eine siedlungsvertragliche Abwicklung vom Verkehr. Man ist auch solidarisch unterwegs in den K5 Mobilitätsgruppen. Letzte Woche hat man ein intensives Gespräch mit dem neuen Verkehrsingenieur vom Kanton geführt. Maurus Frey gibt Rätö Camenisch recht, denn es fehlt ein Konzept vom Kanton Luzern. Diese Woche kam der Bericht für die Verkehrspolitik im Kanton. Er ist gespannt, ob die Lücken gefüllt werden konnten. Er dankt für die Vorstösse in dieser Richtung. Sie sind die Grundlagen der Dialoge. Man benötigt Zahlen und Fakten um die Leute zum Handeln zu zwingen. Man kann sich auch nicht auf ein Statement einlassen. Für ihn ist es befremdend, wenn er von der zuständigen Dienststelle nicht zugesichert bekommt, dass Kriens ein Teil der Begleitgruppe ist. Dies sind Herausforderungen und Schwierigkeiten, welche es spannend machen. Wichtig ist, dass man auf Augenhöhe miteinander diskutieren kann.

Nachdem der Gegenstand des Postulats im Kompetenzbereich des Stadtrats liegt, gilt es mit diesem Bericht als erledigt. Die zuständige Kommission KBVU wird weiter über den Fortgang der Verhandlung und ergriffene Massnahmen informiert.

19. Beantwortung Interpellation Camenisch: Betreffend einer Diskrepanz zwischen der Entwicklung der Ausgaben «wirtschaftliche Sozialhilfe für Flüchtliche und vorläufig Aufgenommene (WSH)» im AFP 2021 – 2025 der Stadt Kriens und den kantonalen Voraussagen in der Beantwortung von A 376 (Rüttimann Daniel) im KR.

Die schriftliche Antwort wurde via Extranet zugestellt.

Anita Burkhardt-Künzler fragt den Interpellanten, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Räto Camenisch wünscht eine Diskussion.

Anita Burkhardt-Künzler stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Räto Camenisch dankt für die Beantwortung seiner Interpellation. Er ist sich bewusst, dass dies auf beiden Seiten eine Schattenbox ist. Aus diesem Grund müssen die Antworten gegenseitig gemessen werden. Er wurde durch die Angaben im Kanton, dass in den nächsten fünf Jahren mehr als 2'500 Sozialhilfebezüger aus dem Asylbereich in die Gemeinden wechseln, aufgeschreckt. Das müssten für Kriens über 200 sein. Dies hat ihn ein wenig beunruhigt, da es im AFP nicht so vorgesehen war. Er wollte auch wissen, wieso Kriens neue Asylbewerber aufnehmen musste. Der Kanton hat nämlich versprochen, dass Kriens keine Aufnahmequote erfüllen muss. Tatsache ist, dass viele Wohnungen vom Kanton angemietet werden. Wenn die Leute in die Sozialhilfe entlastet werden, dann bleiben sie in Kriens. Räto Camenisch ist der Meinung, dass es richtig ist, dass der Stadtrat beim Kanton vorstellig ist und ihn bittet nicht zu viele nach Kriens abschiebt. Man darf an das Versprechen von damals erinnern. Der Stadtrat behauptet, dass es mit dieser Welle nicht so schlimm sein wird. Er kann das Gegenteil nicht beweisen, ist jedoch froh, dass man darauf hingewiesen hat und bei der Budgetierung darauf schaut.

Laut Raoul Niederberger dankt die Grüne/glp-Fraktion dem Stadtrat für die umsichtige Beantwortung der Fragen des Interpellanten. Die Fraktion ist mit dem Interpellanten insofern einig, dass die steigenden Sozialkosten der letzten Jahren Kopfschmerzen bereiten und eine Lösung für diese Problematik gefunden werden muss. Bei den Lösungen für dieses Problem, sieht die Meinung der Fraktion indes anders aus als die des Interpellanten. Die vom Interpellanten monierten Diskrepanz zwischen der kommunalen und kantonalen Planung überrascht sie wenig. Die Fraktion teilt diesbezüglich die Meinung des Stadtrats, dass die langfristigen Prognosen in diesem Bereich sehr schwierig sind. Man kann in diesem Zusammenhang auch von einem Blick in die Kristallkugel sprechen. Ein grosser Teil der entscheidenden Faktoren kann nicht gesteuert werden. Man kann die Entwicklungen nur besser und schlechter antizipieren. Wem das besser gelungen ist und wessen Prognose eher den realen Begebenheiten entspricht, wird die Zukunft zeigen. Gesagt sei an dieser Stelle noch, dass für die Grüne/glp-Fraktion der implizite Schluss, dass alleine Asylsuchenden und Geflüchtete für die steigenden Sozialkosten verantwortlich sind, deutlich bestreiten. Für die Entwicklung der letzten Jahre war hier vielmehr die neue Lastenverteilung zwischen Stadt Kriens und Kanton Luzern der massgebende Faktor.

Michèle Albrecht dankt im Namen der Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion dem zuständigen Departement für die sachlich umfassende Beantwortung und dem Interpellanten für die durchaus berechtigten und kritischen Fragen. Sie denkt, dass es ist hilfreich und klärend ist, wenn auch das Stadtparlament wieder einmal die Eckdaten und die Erfahrungszahlen in der Asylthematik vermittelt bekommt. Bekanntlich liegt die Problemstellung in der Steigerung der Ausgaben Wirtschaftliche Sozialhilfe (WSH) für Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene, weil die Zuständigkeit nach 10 Jahren vom Kanton auf die Gemeinden wechselt. Konkret spricht man für die Stadt Kriens voraussichtlich von mehr als 200 Flüchtlinge bzw. 100 Dossier über die nächsten vier Jahre, da per 2025 der Höhepunkt der finanziellen Belastung prognostiziert wird. Es geht dabei aber um viel mehr. Nämlich um die Fragestellung der Integration und Verteilung dieser Menschen im Kantonsgebiet und um die Solidarität unter den Gemeinden. Der Soziallastenausgleich muss also im Rahmen des Finanzausgleichs überprüft und allfällige Massnahmen dann umgesetzt werden. Die Stadträte, Kantonsräte und der Regierungsrat sind gefordert. Nebst Betreuung, Schutz, Sprachförderung und Integration müssen diese Personen vor allem in den Arbeitsmarkt einbezogen und integriert werden. Nur das ist langfristig wirkungsvoll für die Stadt Kriens, die Finanzen, die einzelnen Personen selber und für die gesamte Gesellschaft.

Michael Portmann bestätigt, dass es beängstigend ist, wenn man die Entwicklungen in der ganzen Welt ansehen. Sie haben Auswirkungen bis in die Schweiz. Der Sieg der Taliban in Afghanistan ist eine echte humanitäre Katastrophe. Die Zahl der Flüchtlinge weg von Afghanistan riesig. Vielleicht werden sie hier auch als Flüchtlinge oder als vorläufig Aufgenommene anerkannt. Gemäss Asylgesetz sind der Standortkanton und die Standortgemeinde dazu verpflichtet, ihnen ein Leben im Alltag zu ermöglichen. Dazu gehören Unterbringung, Betreuung und Beschäftigung. Wer medizinische oder psychische Behandlungen braucht, soll sie erhalten. Kinder sollen den Schulunterricht besuchen. All das müssen der Kanton Luzern und die Stadt Kriens zusammen für die Menschen im Asylzentrum auf Krienser Boden leisten. Sie sind beide dazu verpflichtet. Dass in dieser Zusammenarbeit nicht alles rund läuft, ist seit längerem bekannt. So vernachlässigt der Kanton die Arbeitsintegration in den Asylzentren. Selbst nach 10 Jahren können diese Menschen ihren Unterhalt nicht selbst verdienen. Das erschwert die Arbeit in Kriens sehr. Dann muss die Stadt Kriens die Arbeitsintegrationsmassnahmen sicherstellen. Nur so lassen sich diese Menschen überhaupt aus der Sozialhilfe lösen. Solche Versäumnisse des Kantons Luzern kostet die Stadt Kriens jedes Jahr einen schönen Batzen Geld. Die SP-Fraktion dankt an dieser Stelle dem Stadtrat und dem Sozialdepartement für die transparente Darstellung von Gesetzesgrundlagen und Zahlen. Für sie bedeutet diese Verpflichtung, dass sich die Stadt Kriens für diese Menschen einsetzen muss. Je schneller sie selbstständig leben können, desto kleiner sind die Aufwände im Budget. Dem Kanton Luzern auf die Finger klopfen, gehört auch dazu. Besonders bei Kindern und Jugendlichen ist es wichtig, sie aus der Armut der Sozialhilfe herauszuholen. Der Blick auf die Zahlen zeigt die grosse Herausforderung und die humanitäre Verpflichtung.

Cla Büchi dankt für die Rückmeldungen und die wohlwollenden Worte. Auch für den Stadtrat ist dies eine Art Schattenbox, vor allem wenn es darum geht die Zahlen zu interpretieren und sie anschließend ins Budget einzuarbeiten. Im Oktober 2018 hat der Kanton noch 90 Personen bis im Jahr 2022 für Kriens prognostiziert. Anderthalb Jahre später waren es noch 38. Es ist schwierig, diese Veränderungen ins Budget zu nehmen. Aus diesem Grund ist der Stadtrat vorsichtig beim Budgetieren. Es beunruhigt auch den Stadtrat. Wenn der Kanton es nicht schafft, die Personen innerhalb von 10 Jahren zu integrieren, dann schafft es Kriens auch nicht. Nach 10 Jahren schaffen die Personen das nicht mehr. Aus diesem Grund hat der Stadtrat grosse Hoffnungen, dass sich der Kanton darum bemüht, diese Personen zu integrieren. Anfangs 2022 hat der Stadtrat einen Termin mit dem DAF, damit die Thematik angeschaut werden kann. Ursprünglich war angedacht, dass die Aufnahme der Flüchtlinge für alle Gemeinden gleich gelten. Dies hat man im Jahr 2018 wieder abgeschafft. Dies ist ein weiteres Problem. Der Stadtrat hofft, dass es einen Ausgleich gibt. Die stadtnahen Gemeinden haben die meisten Leute und die Landsgemeinden praktisch keine. Evtl. muss mit Vorstössen beim Kanton darauf hingewiesen werden, dass die Lasten vermehrt ausgeglichen werden.

20. Postulat Tanner: Pilotversuch: Betriebsauslagerung Parkbad Kriens und Krauer an die Hallenbad AG**Nr. 063/21**

Gemäss Anita Burkhardt-Künzler ist der Stadtrat für die Überweisung dieses Postulats. Er fragt den Einwohnerrat, ob jemand opponiert.

Beat Tanner erläutert, dass die FDP-Fraktion eine Prüfung fordert, ob der Betrieb des Parkbads und des Krauerschwimmbades an die Hallenbad AG ausgelagert werden kann. Die Hallenbad AG führt die Betriebe des Hallenbads auf der Allmend, das Strandbad Tribschen, das Waldschwimmbad Zimmeregg, das Regionale Eiszentrum sowie die Sportanlage Würzenbach mit grossem Erfolg. Gemäss Auskunft der Hallenbad AG in der NLZ vom 9. September 2021 wäre die Hallenbad AG für Gespräche offen. Reto Mattmann, Geschäftsführer der Hallenbad AG sagt auch, «dass es grundsätzlich schon so ist, dass man als Betriebs-AG mit Leistungsauftrag meistens agiler ist als ein Gemeindebetrieb. Wir können in vielen Situationen schneller handeln, ohne stets mit der Stadt Rücksprache nehmen zu müssen». Die FDP-Fraktion sieht auch ein Synergiepotential. Als Beispiel kann das Personal erwähnt werden. Zum einen wären Vollzeitstelle oder ganz Jahresstellen möglich und mit einem gemeinsamen Personalpool kann man bei Engpässen aushelfen. Weiter könnten durch gemeinsame Beschaffungen von Produkten zur Wasseraufbereitung bessere Konditionen erzielt werden. Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass man diese Option im Sinne der Kundinnen und Kunden unbedingt prüfen muss. Ein Pilotversuch würde dem Einwohnerrat weitere Entscheidungsgrundlagen liefern.

Simon Solari erläutert, dass die Grüne/glp-Fraktion der Meinung ist, dass eine Einzelauslagerung der Krienser Badanstanalten keinen Sinn macht. Vermutlich könnten Kosten eingeschränkt werden, aber dies einher mit einer drastischen Beschränkung des Angebots. Einsparungen sind nur erzielbar, wenn die Schwimmhalle Krauer direkt geschlossen wird. Und so ein Schritt kann die Krienser Politik auch alleine machen, ohne Luzern. Übrigens wäre es viel ehrlicher, wenn man gerade direkt über eine Eingemeindung in Luzern diskutieren würde, als über die Auslagerung einzelner Elemente. Dann könnte man auch gerade zum Beispiel das Zivilstandsamt, das Bauamt, oder das Steueramt regionalisieren und nach Luzern auslagern. Aber die Krienserinnen und Krienser wollen eigenständig bleiben und müssen deshalb auch die entsprechenden Kosten tragen oder andere Lösungsansätze verfolgen. Aus diesen Gründen und weil die Grüne/glp-Fraktion die Fusion mit Luzern dazumals ablehnte, sprechen sie sich gegen die Überweisung des Postulats aus. Die Fraktion stehen immer noch für ein selbständiges und selbstbestimmtes Kriens ein.

Martin Zellweger verwendet die leichte Sprache. Er dankt Beat Tanner für das Postulat. Er habe bereits alles gesagt. Die SVP-Fraktion unterstützt den Antrag.

Michèle Albrecht dankt im Namen der Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion dem Postulanten für den prüfenswerten Vorstoss. Die betriebliche Auslagerung des Parkbad Kriens und des Hallenbad Krauer an die Hallenbad AG erscheint der Fraktion als Pilot während drei bis vier Jahren erstrebenswert. Wirtschaftliche Faktoren wie Synergien und Flexibilität aufgrund der Führung von mehreren Betrieben sprechen dafür und können helfen, die Krienser Stadtfinanzen zu entlasten. Insbesondere da eine engere Zusammenarbeit der Bäder in der Region durch LuzernPlus bereits angestossen ist, zwar der Bericht noch ausstehend, aber der Prozess als ergebnisoffen betont wird. Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion folgt dem Stadtrat und ist für die Überweisung.

Cedric Seger hat bemerkt, dass im Einwohnerrat Metaphern hoch im Kurs sind und er dem Rechnung tragen möchte. Aus diesem Grund möchte er in die gleichen Kerben hauen, wie einer der Vorredner.

Er findet, dass die Badi ein Ort der Interaktion, Integration, Freiheitsgestaltung und der sportlichen Aktivität ist. Es ist sehr wichtig für Kinder wie auch Erwachsene. Wichtig ist, dass diesen Punkten Rechnung getragen wird und nicht wegen wirtschaftlichen Punkten vernachlässigt werden. Er glaubt, dass diesen Punkten am besten Rechnung getragen werden kann, wenn Kriens dies selber in der Hand hat.

Cyrill Zosso stellt fest, dass Cedric Seger gesagt hat, dass der Mehrwert generiert werden kann, wenn Kriens dies selber in der Hand hat. Er hat das Gefühl, dass dieses Postulat ökonomisch gefärbt ist. Es dominiert die Einsparungsmöglichkeit für die Stadt Kriens. Er ist sich nicht sicher, ob die anderen Mehrwerte darunter leiden würden. Er findet das Postulat prüfenswert, jedoch sollten nicht nur die finanziellen Gesichtspunkte berücksichtigt werden. Er wird das Postulat unterstützen.

Räto Camenisch merkt an, dass diejenigen, welche das Fusionsgestürm mitgemacht haben, wissen, dass man zu einer Fusion «Nein» sagte aber zu einer sinnvollen Zusammenarbeit «Ja». Eine Gesellschaft, welche darauf spezialisiert ist, wird dies optimal betreiben können. In der Vergangenheit hat man immer wieder gesehen, dass Kriens Schwierigkeiten haben, solche Sachen zu betreiben. Aus diesem Grund würde eine Auslagerung Sinn machen. Zudem merkt er an, dass es Auslagerung und nicht Auslieferung heisst. Auslagerung bedeutet unter klaren Bedingungen und Konditionen, das Geschäft weiterzugeben. Er glaubt, dass sich Kriens dazu bewegen könnte und es ein Gewinn wäre.

An der ersten Sitzung der K5 Sport von Roger Erni, am 15. September 2020, war der Projektauftrag Zusammenarbeit Badeanlagen Agglo Luzern Thema. Die Stadt Kriens sprach einen Kredit von Fr. 1'600.00. Das Finanzdepartement ist am Aufbereiten von Zahlen, Daten, Fakten zu den Badeanlagen der Region und können sich eine allfällige Auslagerung vorstellen. Synergien sieht der Stadtrat. Die Stadt Emmen kam auf Kriens zu und fragte, ob aufgrund des eingereichten Postulates eine Zusammenarbeit zwischen Emmen und Kriens denkbar sei (Analog GICT). Man weiss jedoch noch nicht wie die Resultate dieses Prozesses sind. Roger Erni möchte bereits erwähnen, dass er nicht versprechen kann, dass das Postulat bis in 6 Monaten mit einer Lösung im Einwohnerrat ist.

Abstimmung über die Überweisung des Postulats Tanner: Betriebsauslagerung Parkbad Kriens und Krauer an die Hallenbad AG (Nr. 063/21)

Das Postulat wird mit 16:7:3 Stimmen überwiesen.

Albrecht Michèle	Ja
Bienz Viktor	Ja
Camenisch Räto	Ja
Ercolani Enrico	Ja
Fluder Hans	Ja
Gomer-Beacco Bettina	Nein
Gut Kathrin	Enthaltung
Kobi Tomas	Nein
Koch Patrick	Ja
Lengwiler Beda	Ja
Lisibach Armin	Ja
Meyer Pascal	Ja
Niederberger Raoul	Nein
Portmann Michael	Enthaltung
Rösch Daniel	Ja
Rüegg Beat	Ja
Seger Cedric	Nein
Solari Simon	Nein
Spörri Raphael	Enthaltung

Stofer Peter	Nein
Tanner Beat	Ja
Tschümperlin Erich	Nein
Vonesch Andreas	Ja
Zellweger Martin	Ja
Ziemssen Jörg	Ja
Zosso Cyrill	Ja

21. Postulat Tanner: Drive-in-Briefkasten für die Schweizer Post und die Stadt Kriens an der Gemeindehausstrasse Nr. 069/21

Gemäss Anita Burkhardt-Künzler ist der Stadtrat für die Überweisung dieses Postulats. Sie fragt den Einwohnerrat, ob jemand opponiert.

Beat Tanner stellt fest, dass die Stadt Kriens immer weiterwächst. Gewisse Quartiere, wie zum Beispiel der Mattenhof, entwickeln sich zu Subzentren. Die Distanzen zum Stadthaus sind teilweise ziemlich gross. Die Kommunikation zwischen der Stadt und den Einwohnern ist noch längstens nicht Digital. Vor allem bei Abstimmungen und Wahlen erfolgt dies noch in Papierform. Der FDP-Kriens ist es ein grosses Anliegen, dass möglichst viele ihr Recht zum Abstimmen wahrnehmen können. Die Beteiligung ist aus Sicht der Fraktion noch zu klein. Manchmal liegt es auch an den einfachsten Dingen, wie zum Beispiel die Wahlunterlagen zurückzusenden. Viele Rücksendungen von Unterlagen sind zu aufwendig und zu kompliziert. Die Fraktion hat sich überlegt, welche Massnahmen helfen könnten um die Beteiligung bei Wahlen und Abstimmungen zu fördern. Ein Gemeindebriefkasten als Drive-in wäre aus Sicht der FDP-Fraktion eine Möglichkeit, welche verhältnismässig einfach umzusetzen und auch nicht teuer wäre. Wenn man jetzt die Unterlagen mit dem Auto bringt, muss man zuerst noch einen Parkplatz finden. Nicht alle können gut zu Fuss dorthin gelangen. Aus dieser Idee hat sich eine weitere ergeben. Man könnte diesen Drive-in-Briefkasten mit einem Postbriefkasten kombinieren. Die Fraktion ist der Meinung, dass dies zu einer Entspannung beitragen könnte. Er kann damit leben, dass der Stadtrat das Postulat ablehnen möchte. Bei der Vorbereitung hat er sich gefragt, ob ein Stadtbriefkasten beim Mattenhof sogar eine Möglichkeit wäre. Er persönlich findet es auch mühsam, wenn man den Briefmarken nachsprinten muss. Er ist der Meinung, dass man verschiedene Möglichkeiten prüfen soll, um den Einwohnern ein besseres Angebot bieten zu können.

Pascal Meyer dankt im Namen der Grünen/glp-Fraktion beim Postulaten, welcher mit der Frage an den Einwohner- und Stadtrat gelangt, ob in Kriens ein Briefkasten errichtet werden könnte, welcher bequem aus dem Auto bedient werden kann. Die Fraktion erachtet das Anliegen als nicht strategiekonform. Kriens hat sowohl klima- wie auf verkehrspolitische Bedenken. Soll eine Gemeinde, welche bereits heute hohe Kosten gegen die Folgen Klimawandels und der Verkehrsüberlastung stemmen muss, ein Angebot ausbauen, welches am Ende des Tages genau diese Kosten mitverursacht hatte? Noch dazu hat die Stadt Kriens den Symbolischen Klimanotstand. Ein gemütlich zum Briefkasten fahrender und aufgrund des Klimawandels klimatisierter SUV ist doch der Stereotyp einer Politik, welche man verlassen möchte. Daher wird die Grüne/glp-Fraktion dieses Postulat nicht unterstützen.

Patrick Koch erläutert, dass die SVP-Fraktion der Meinung ist, dass bereits ein Drive-in-Briefkasten in Kriens besteht. Dieser ist von der Hauptverkehrsachse erreichbar. In diesem Sinne ist dieser Punkt eigentlich erfüllt. Bei einem Drive-in-Briefkasten wie im Postulat gefordert wird, müssten alle Autos einen Umweg fahren. Für die Abstimmungen gibt es einen Briefkasten beim Stadthaus. Dieser ist mit dem Velo und zu Fuss zugänglich. Die ganze Situation rund um die Post ist verkehrstechnisch eine Katastrophe. Es hat viel zu wenig Parkplätze. Wenn man rückwärts aus dem Parkfeld fahren möchte, ist

direkt dahinter ein Veloweg. Diese Situation muss überdacht werden. Auch er hat in seinem Vorstoss einen Briefkasten im Mattenhof gefordert. Seiner Meinung nach würde dies Sinn machen. Schlussendlich ist es die Entscheidung der Post und diese muss auch wirtschaftlich denken. Er ist froh, dass man wenigstens im Dorfzentrum am Wochenende Post einwerfen kann. Die SVP-Fraktion ist grundsätzlich gegen diesen Vorstoss.

Beda Lengwiler bedankt sich bei Beat Tanner für das Postulat. Die Mitte/Die junge Mitte-Fraktion hält es nicht für nötig einen weiteren Drive-in Briefkasten einzurichten. Die Idee ist grundsätzlich nicht schlecht. Jedoch ist es sehr schwer dies umzusetzen. Sie sind der Meinung, dass andere Verkehrsteilnehmende wie Fussgänger und Velofahrer durch diese Idee negativ betroffen wären. Bei der alten Post gibt es einen Briefkasten, welcher eine optimale Lösung für alle Verkehrsteilnehmenden bietet. Auch für die Autofahrer. Dieser Briefkasten wird dementsprechend auch am meisten gebraucht. Es ist wichtig, dass dies von der Stadt gut kommuniziert wird. Die Fraktion findet, dass es keinen neuen Briefkasten für die Wahlen braucht, welcher mit dem Auto erreichbar ist. Das Zentrum soll von Autofahrer entlastet werden. Das Ziel ist es, ein attraktives Zentrum zu schaffen und nicht den Verkehr im Zentrum zu fördern.

Bettina Gomer-Beacco merkt an, dass die SP-Fraktion dagegen. Es gibt bereits an vielen Orten gut erreichbare Postbriefkasten, man muss nur das geeignete Verkehrsmittel benützen. Zudem hat einen Drive-in Briefkasten für Autos in unmittelbarer Nähe. Auf diesem vorgeschlagenen Teilstück ist es sowieso eng und es nicht noch mehr Spurenwechsel etc. braucht. Postversand wird zunehmen weniger gebraucht und dann meist am Schalter für Eingeschrieben oder ähnliches abgewickelt wird. Die Post muss selbst entscheiden, wo es Posteinwurfkasten braucht, damit der von allen erforderte Service Public erhalten bleibt und daneben zahlbar. Die SP-Fraktion will auf jeden Fall den MIV nicht mit zusätzlichen Angeboten fördern und dies aus drei guten Gründen. Wegen einer zunehmenden Energieknappheit, weil dem allgemeinen Umwelt-mit-decken Rechnung getragen werden soll. Der Strassenverkehr ist seit Längerem der Hauptverursacher für viele gesundheitsschädliche Luftschadstoffe, z.B.: Feinstaub oder Stickoxide. Also sollten dies mitten im Lebensraum eher vermieden werden. Die Fraktion will eine Attraktivierung des Zentrums mit einer allgemeinen Belebung fördern. Genau das passiert mit einem kurzen Gang auf die Post, zum Postkasten, auf dem Weg zum Stadthaus über den Stadthausplatz und das kurze Anschauen von Schaufenstern bei dieser gesunden Zwischenpause um dann vielleicht jemanden zu Treffen und so Kriens als Lebenswerte Stadt mitzugestalten. Dies ist zudem noch budgetneutral.

Raoul Niederberger merkt an, dass die Grüne/glp-Fraktion das Postulat aufgrund der genannten Gründen ab. Jedoch würde für sie ein Stadtbriefkasten im Gebiet Mattenhof durchaus Sinn machen. Er ist der Meinung, dass Beat Tanner evtl. sein Postulat abändern kann oder ein Neues einreiche. Da damit viele Fahrten verhindert werden könnten, wäre es ökologisch Sinnvoll und auch den Verkehr im Zentrum würde man damit entlasten.

Beat Tanner dankt den Ratsmitgliedern für ihre Voten. Er hat gemerkt, dass sein eigentliches Anliegen ein wenig untergegangen ist. Seiner Meinung nach, wäre es toll, wenn mehr Leute die Möglichkeit erhalten im Mattenhof ihre Briefe für die Stadt Kriens einzuwerfen, damit sie nicht immer zum Stadthaus fahren müssen. Er möchte dem Stadtrat ans Herz legen, dass es viele Leute schätzen würden. Ihm ist bewusst, dass dies wieder mit Kosten verbunden wäre, jedoch wäre dies ein guter Service für die Bürgerinnen und Bürger. Wenn man dies ohne Postulat machen könnte, würde er dies auch sehr begrüßen.

Erich Tschümperlin findet die Idee eines Briefkastens im Gebiet Mattenhof eine gute Idee. Er merkt an, dass man sich einen Briefkasten für das Obernau auch noch überlegen könnte. Es sollte nicht ein Quartier mehr bevorzugt werden.

Christine Kaufmann-Wolf merkt an, dass es spannend war zuzuhören. Innovative Ideen sind immer gut und trotzdem hat der Stadtrat eine ablehnende Haltung gegenüber diesem Drive-in-Briefkasten. Der Postulant hat zwei Punkte erwähnt. Einerseits der Drive-in-Briefkasten und andererseits ein Postbriefkasten für die gemeindeeigene Post direkt an der Strasse. Die Post hat ganz klar gesagt, dass es einen einzigen Drive-in-Briefkasten pro Gemeinde gibt. In Kriens ist der beim Eingang des Hofmatt-Parking. Die Post hat diesen Briefkasten favorisiert, da er mit dem Auto einfach zu erreichen ist. Zudem gefährdet er keine Fussgänger und keine Velofahrer. Dies ist auch der meist genützte Briefkasten in Kriens. Zudem würde ein zweiter Briefkasten, an der vorgeschlagenen Stellen, keine Option, da es zu nah zum anderen Briefkasten wäre. An der Gemeindehausstrasse ist es sehr eng und die Situation der Postparkplätze ist sehr gefährlich. Aus diesen Gründen ist dies ein ungeeigneter Standort. Es gibt vier Mal im Jahr eine Abstimmung. Es kann von den Bürgerinnen und Bürger erwartet werden, dass sie ihr Couvert per Post zurücksenden oder es direkt ins Stadthaus bringen. Christine Kaufmann-Wolf findet die Idee mit einem Briefkasten im Mattenhof innovativ. Dieser müsste jedoch beschriftet und auch bewirtschaftet werden. Sie könnte locker 20 Kurzzeitparkplätze aufzählen. Zudem muss bedacht werden, dass es nur viermal im Jahr ist. In der Stadt Kriens gibt es 35 gelbe Postbriefkasten. Fünf Briefkästen werden auch am Samstag geleert und einer noch am Sonntag. Kriens hat diese Möglichkeit und ist gut bestückt im Gegensatz zu anderen Gemeinden. Sie merkt an, dass im Mattenhof auch ein neuer Briefkasten installiert wurde.

Abstimmung über die Überweisung des Postulats Tanner: Drive-in-Briefkasten für die Schweizer Post und die Stadt Kriens an der Gemeindehausstrasse (Nr. 069/21)

Das Postulat wird mit 24:2 Stimmen nicht überwiesen.

Albrecht Michèle	Nein
Bienz Viktor	Nein
Camenisch Räto	Ja
Ercolani Enrico	Nein
Fluder Hans	Nein
Gomer-Beacco Bettina	Nein
Gut Kathrin	Nein
Kobi Tomas	Nein
Koch Patrick	Nein
Lengwiler Beda	Nein
Lisibach Armin	Nein
Meyer Pascal	Nein
Niederberger Raoul	Nein
Portmann Michael	Nein
Rösch Daniel	Nein
Rüegg Beat	Nein
Seeger Cedric	Nein
Solari Simon	Nein
Spörri Raphael	Nein
Stofer Peter	Nein
Tanner Beat	Ja
Tschümperlin Erich	Nein
Vonesch Andreas	Nein
Zellweger Martin	Nein
Ziemssen Jörg	Nein
Zosso Cyrill	Nein

Schluss

Die nächste Sitzung findet am 9. Dezember 2021 statt.

Dieses Jahr findet aufgrund des fehlenden Budgets für ein gemeinsames Weihnachtsessen offiziell kein solches statt. Anita Burkhardt-Künzler merkt an, dass es schön wäre, wenn der Einwohnerrat sich im Anschluss an die nächste Sitzung trotzdem zu einer kleinen Weihnachtsfeier treffen würde. Sie möchte beliebt machen, dass man sich im Anschluss auf ein Nachtessen auf eigene Kosten treffen wird. Es wird eine Einladung versendet und man soll sich verbindlich an- oder abmelden.

Roger Erni erhielt vor 1.5 Jahren von Albert Schwarzenbach, dem damaligen Präsidenten des Grossen Stadtrates Luzern, im Januar 2020 eine Einladung ins Luzerner Theater. Wegen Corona musste diese Aufführung abgesagt werden und jetzt wird diese Einladung wiederholt. Die Oper von Giuseppe Verdi «Macbeth» findet am 2. Februar 2022 um 19:30 Uhr im Stadttheater Luzern statt. Eingeladen ist das Parlament inklusive Partner. Sie bittet die Ratsmitglieder um rechtzeitige An- oder Abmeldung.

Anita Burkhardt-Künzler bedankt sich für die heutige konstruktive Sitzung.

Man trifft sich anschliessend im Restaurant Grüne Bode zum Ausklang.

Die Sitzung schliesst um 19:05 Uhr.

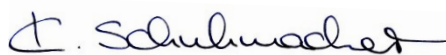
Genehmigung im Namen des Einwohnerrates

Der Einwohnerratspräsidentin:



Anita Burkhardt-Künzler

Der Stadtschreiberin:



Karin Schuhmacher Bürgi

Die Protokollführerin:



Kimena Gisler